

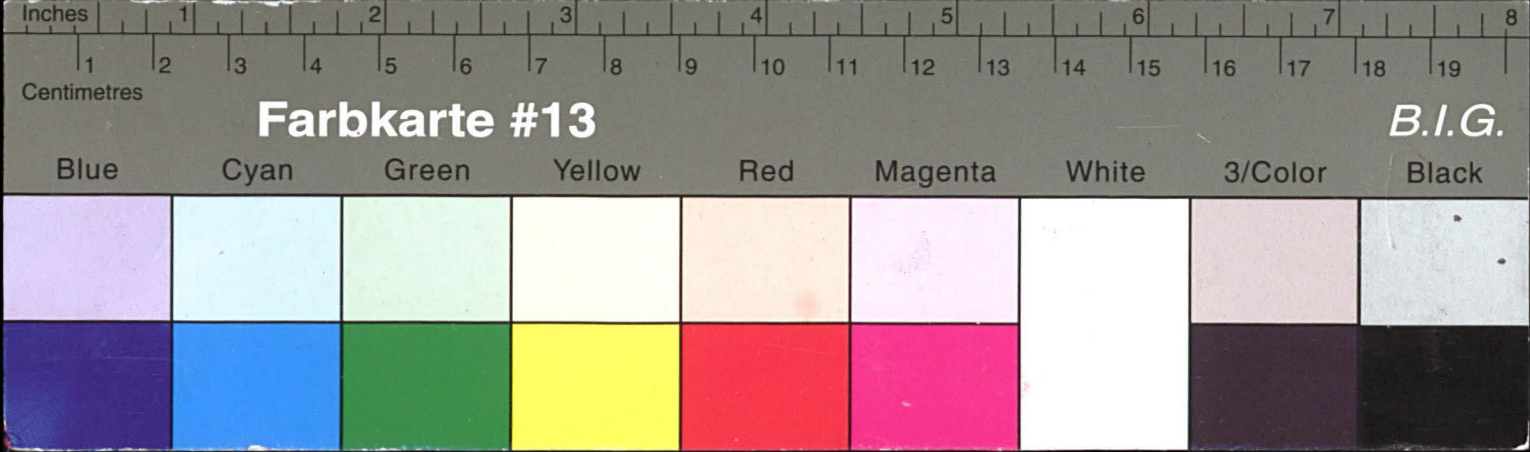
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Kreisarchiv Stormarn

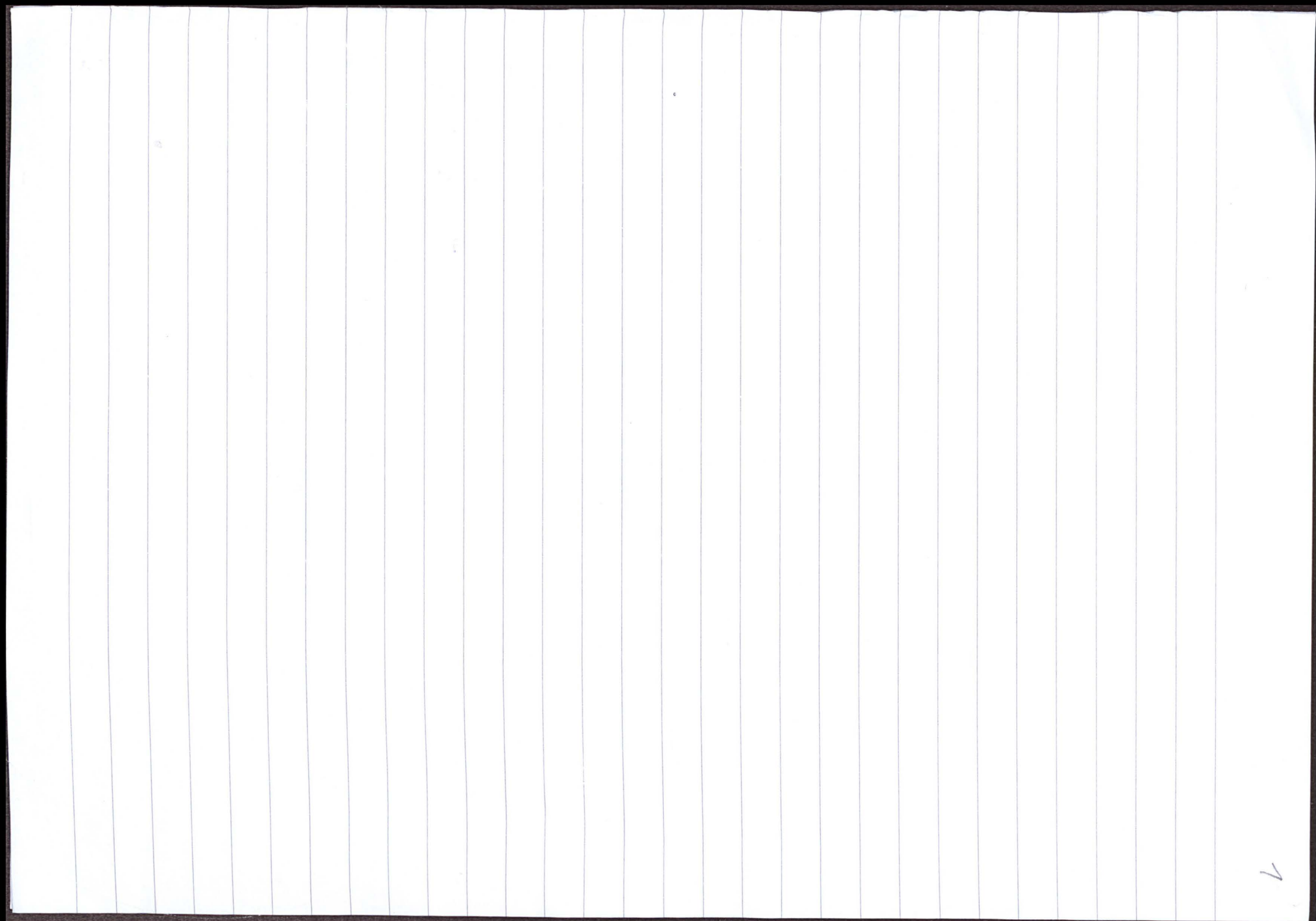
Bestand **E**103

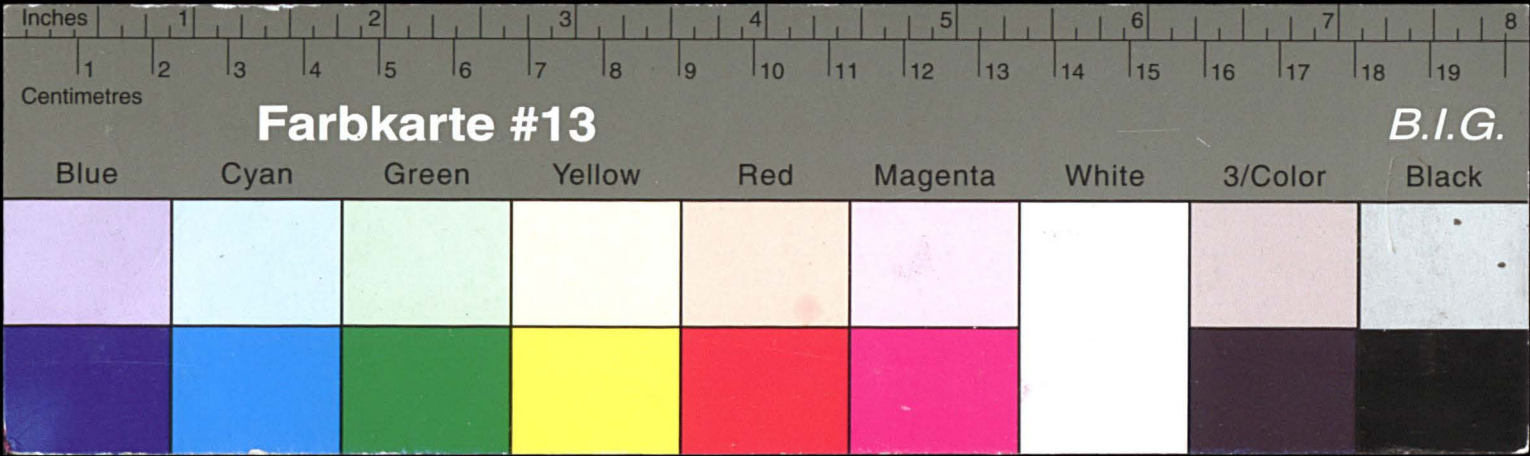
598



Kreisarchiv Stormarn E103

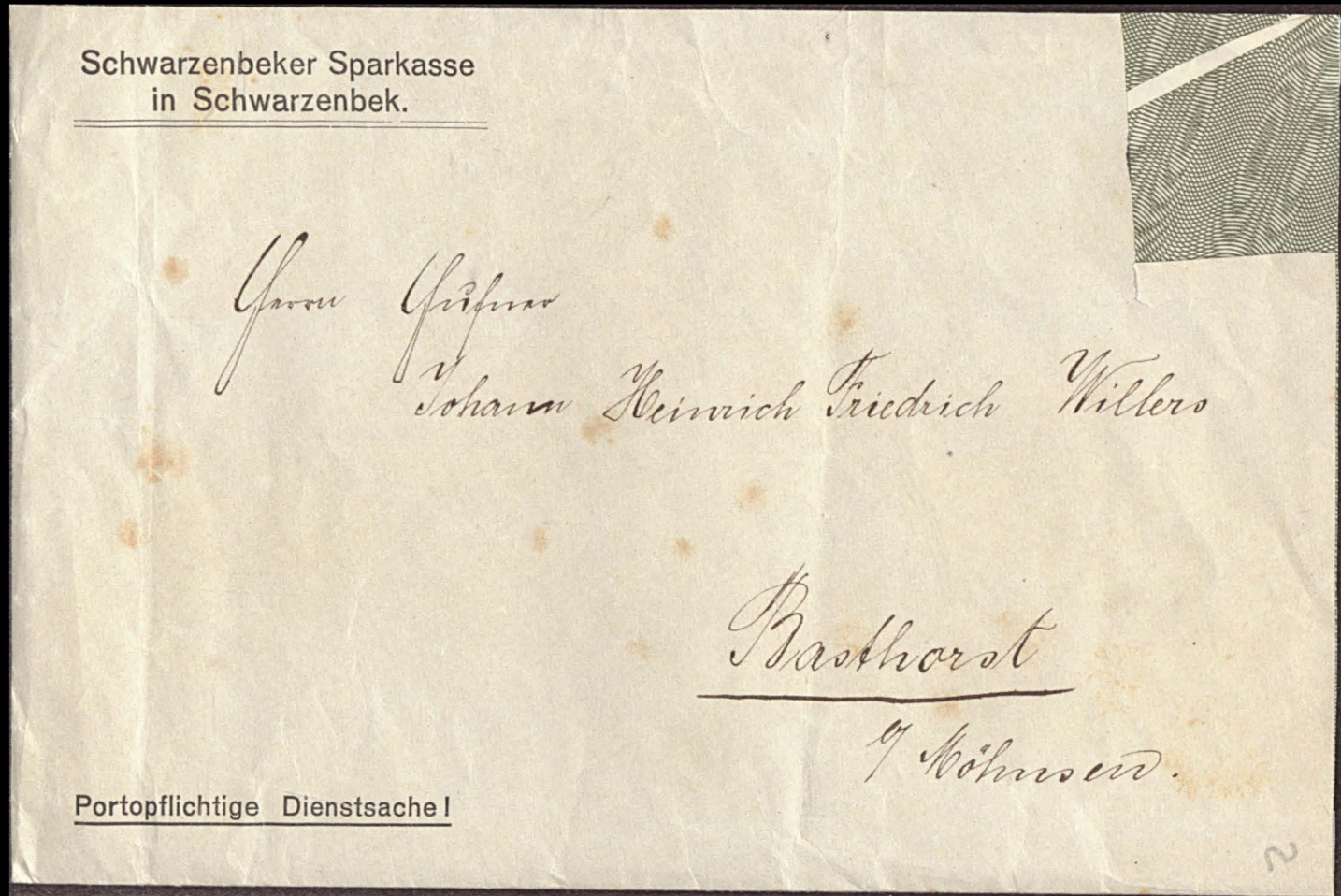
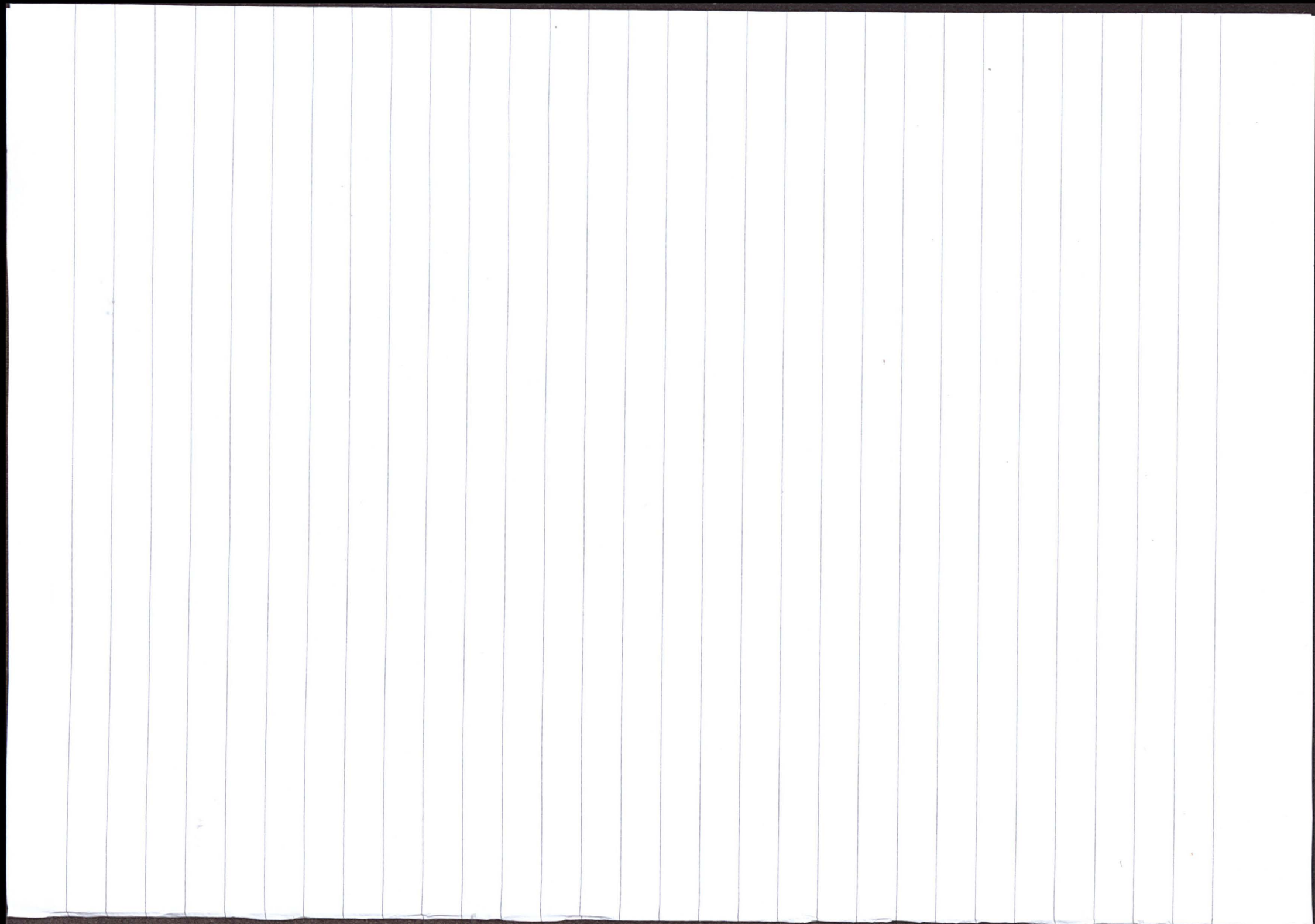
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

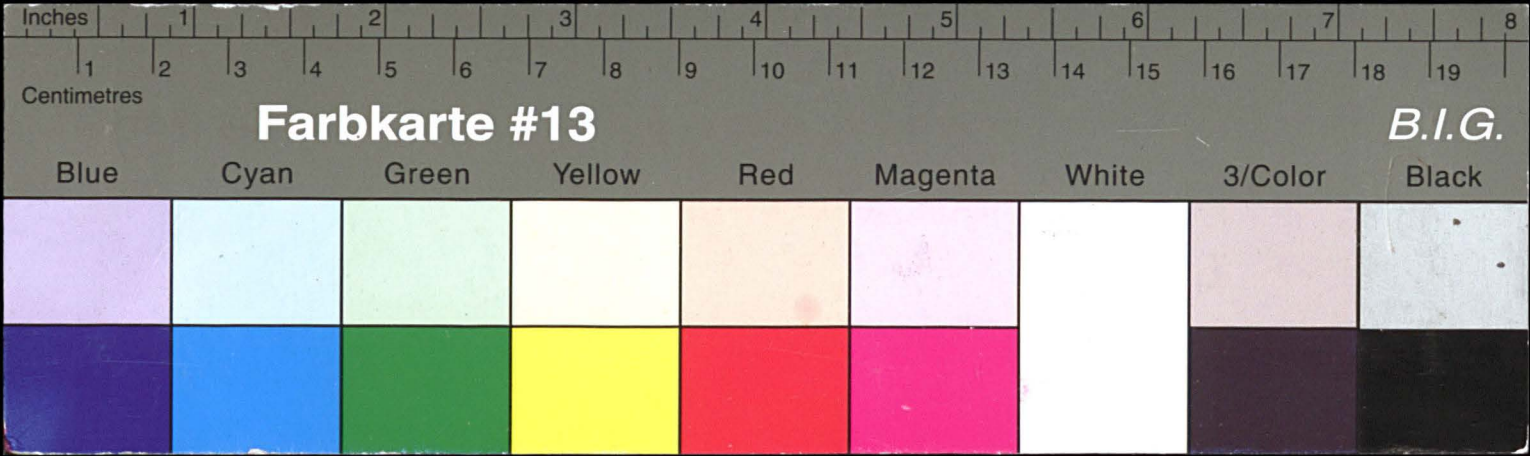




Kreisarchiv Stormarn E103

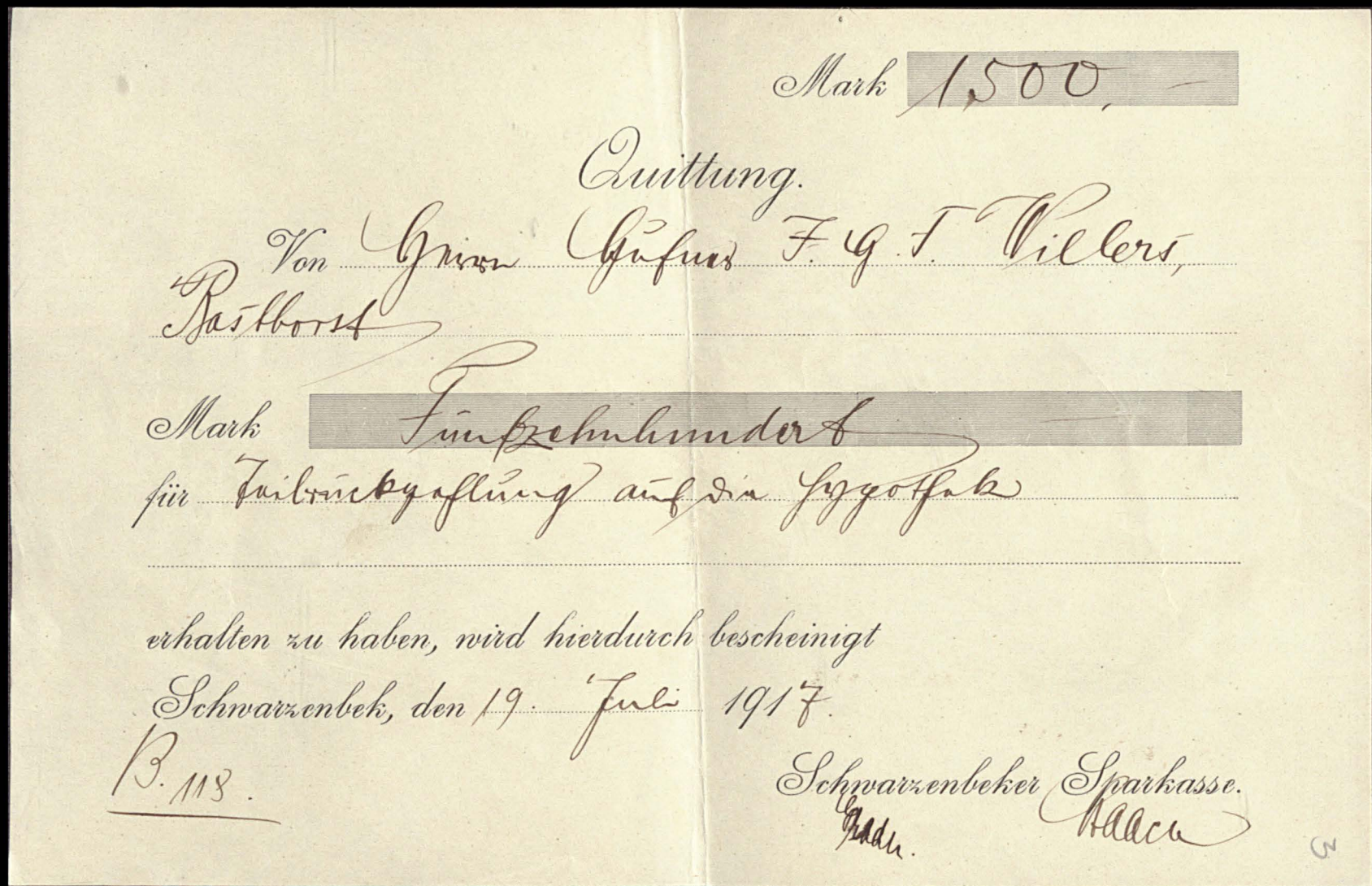
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

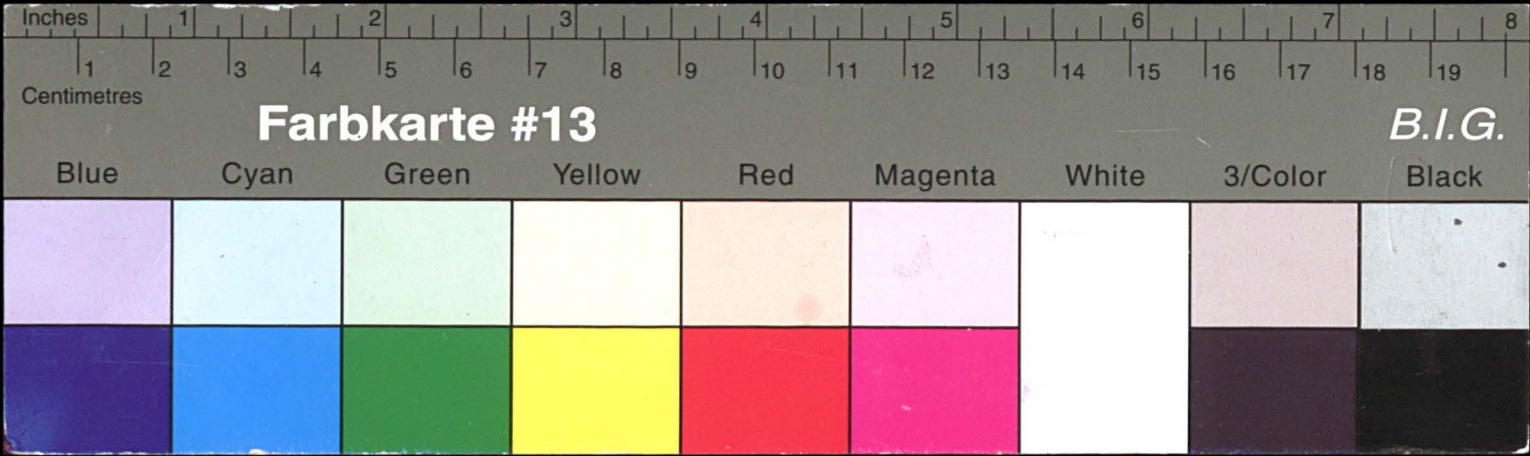




Kreisarchiv Stormarn E103

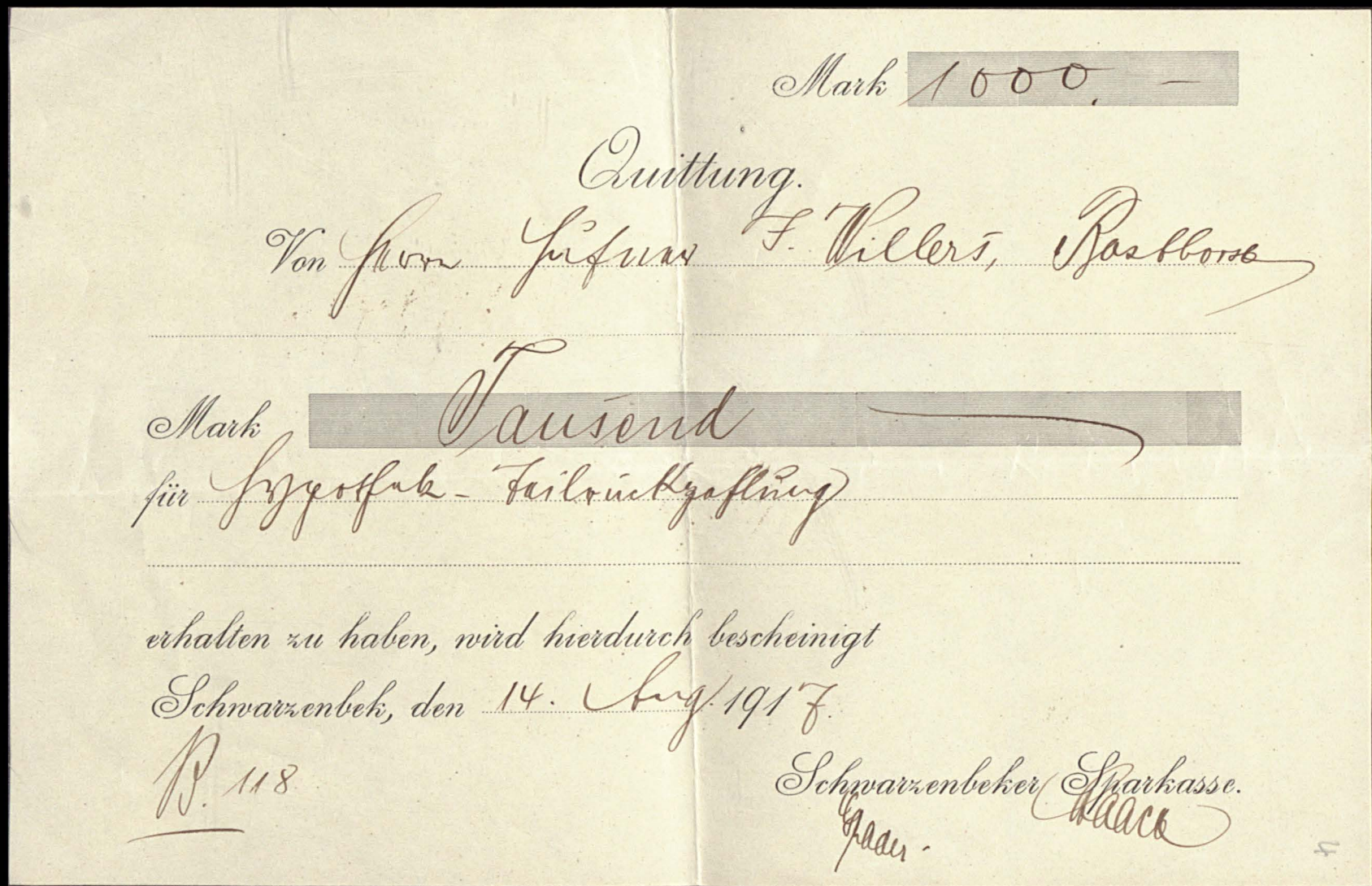
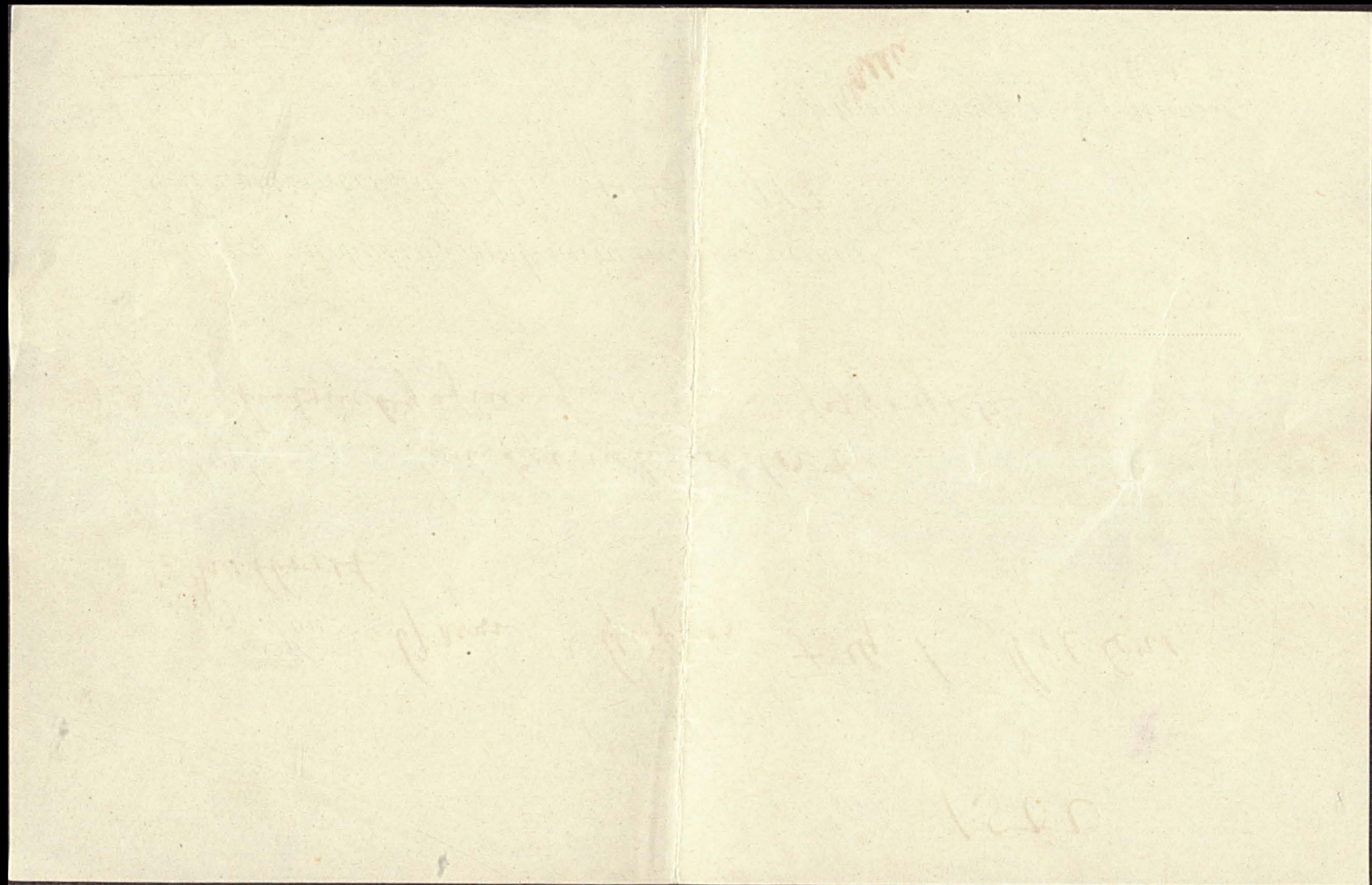
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

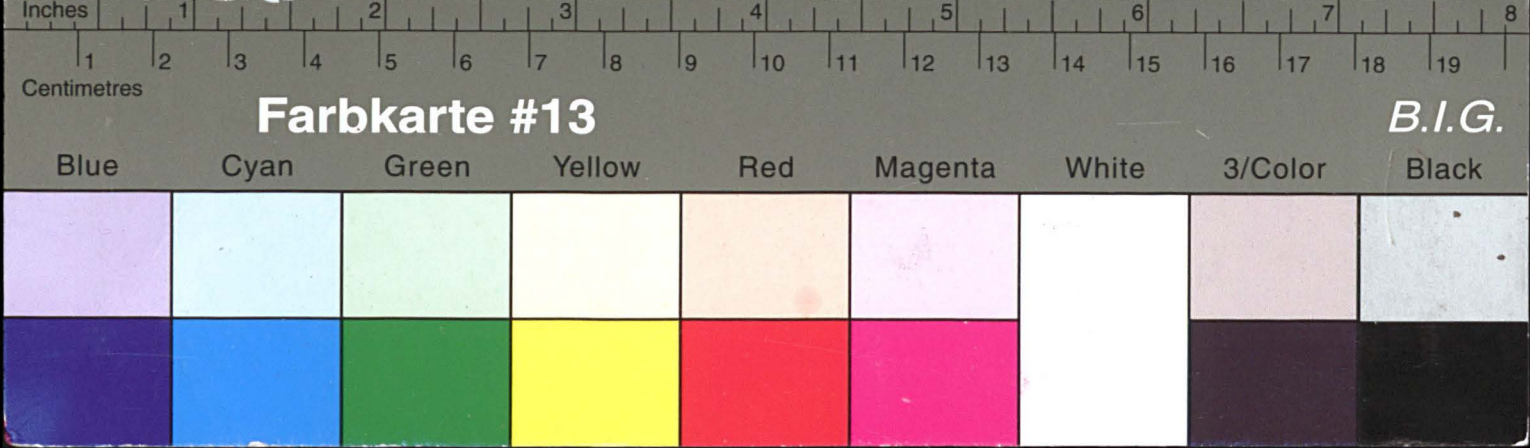




Kreisarchiv Stormarn E103

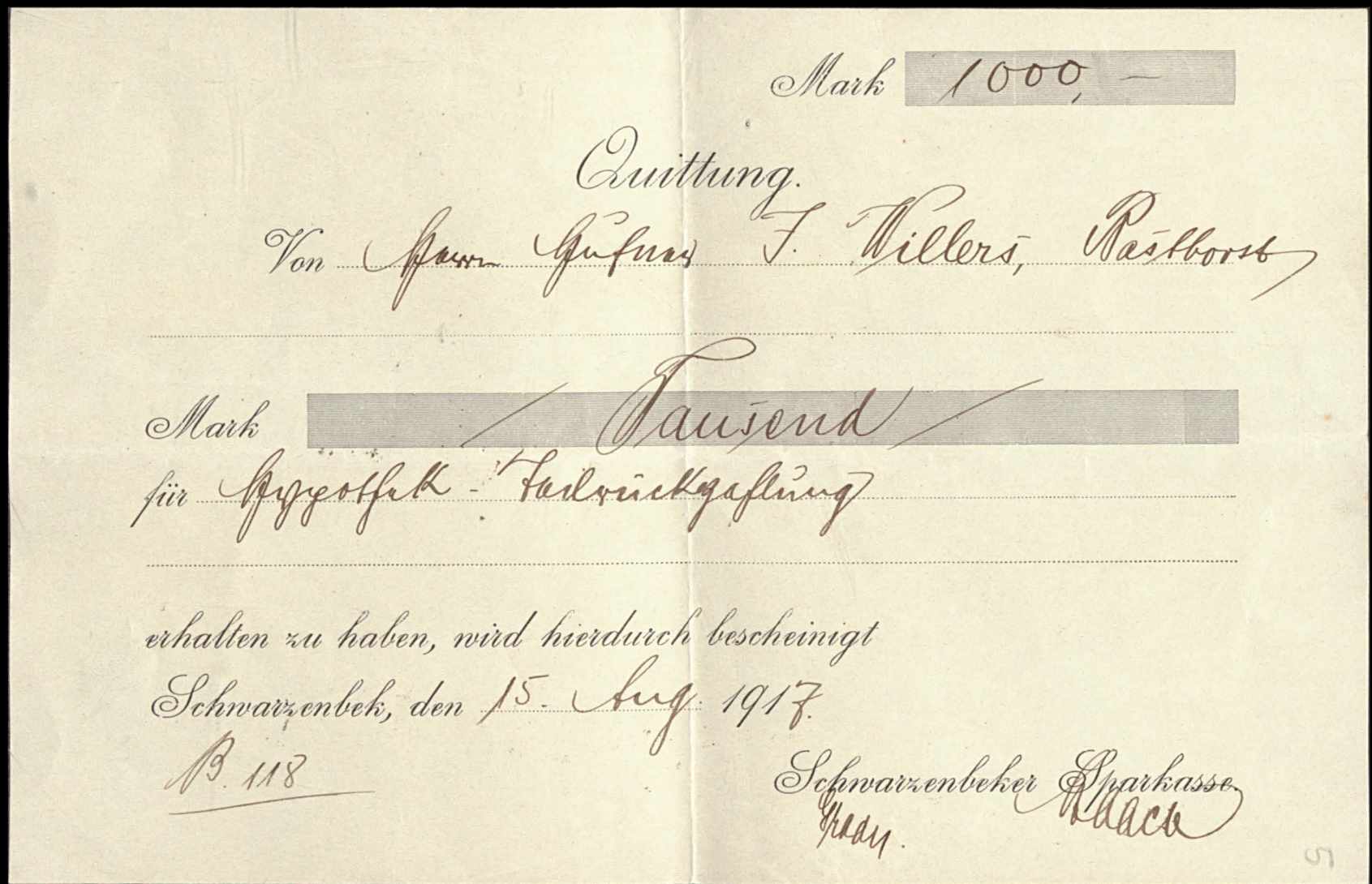
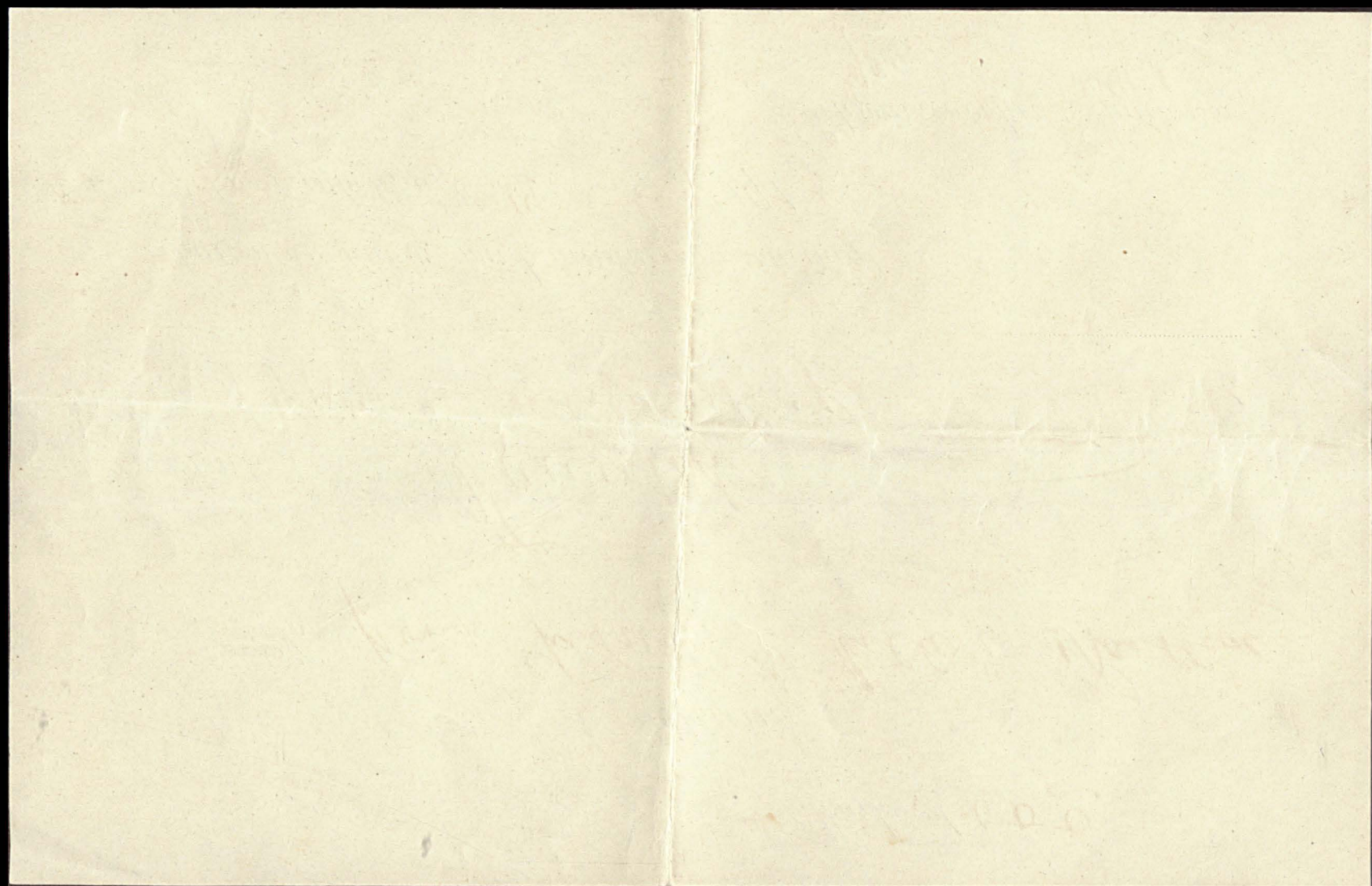
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

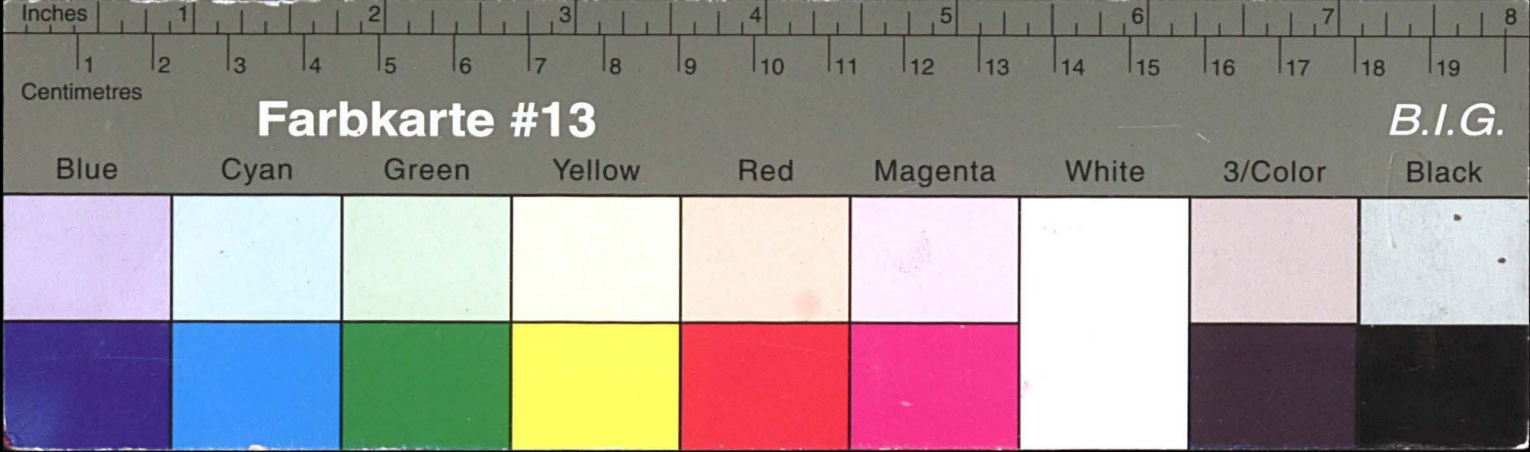




Kreisarchiv Stormarn E103

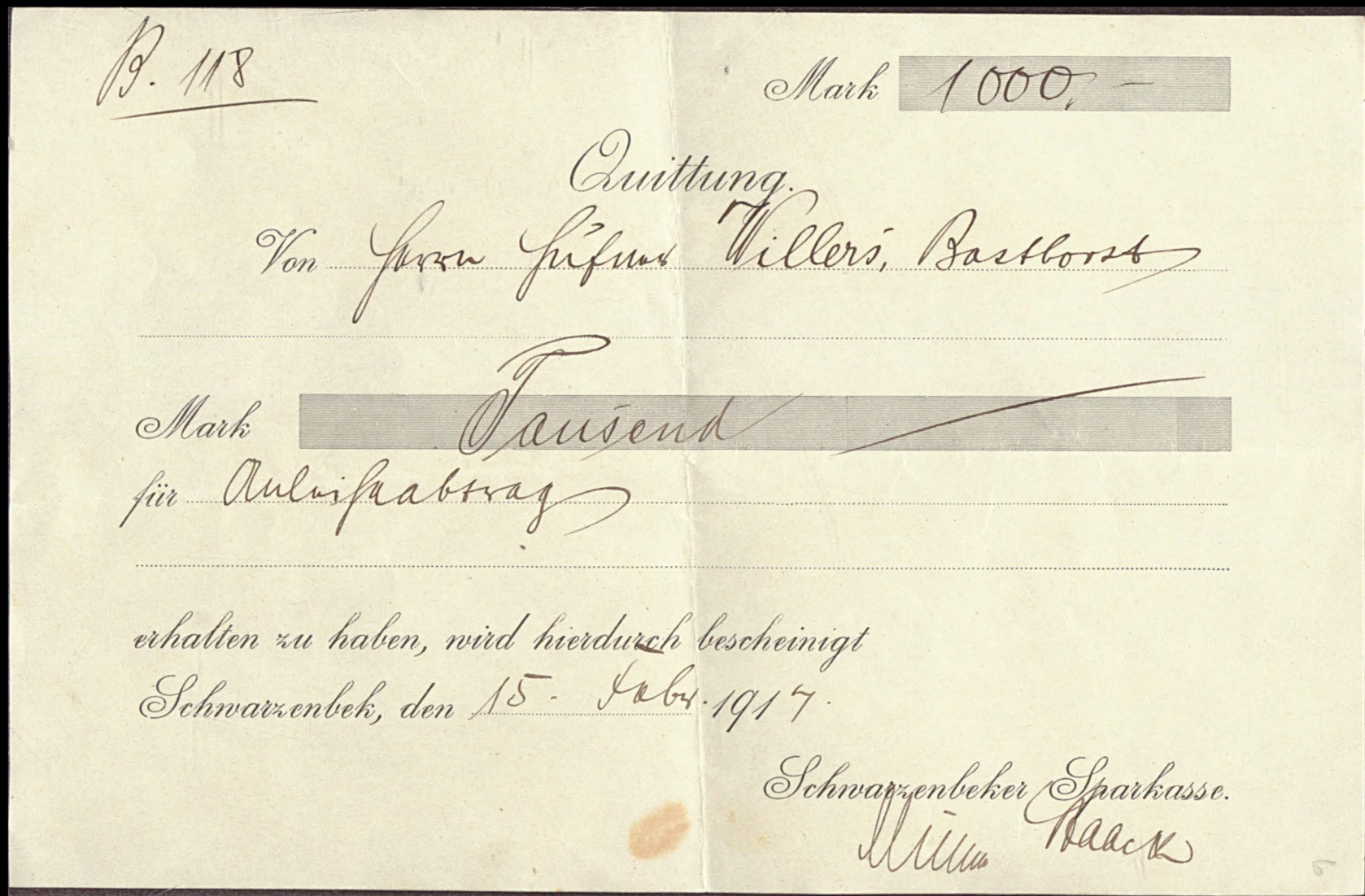
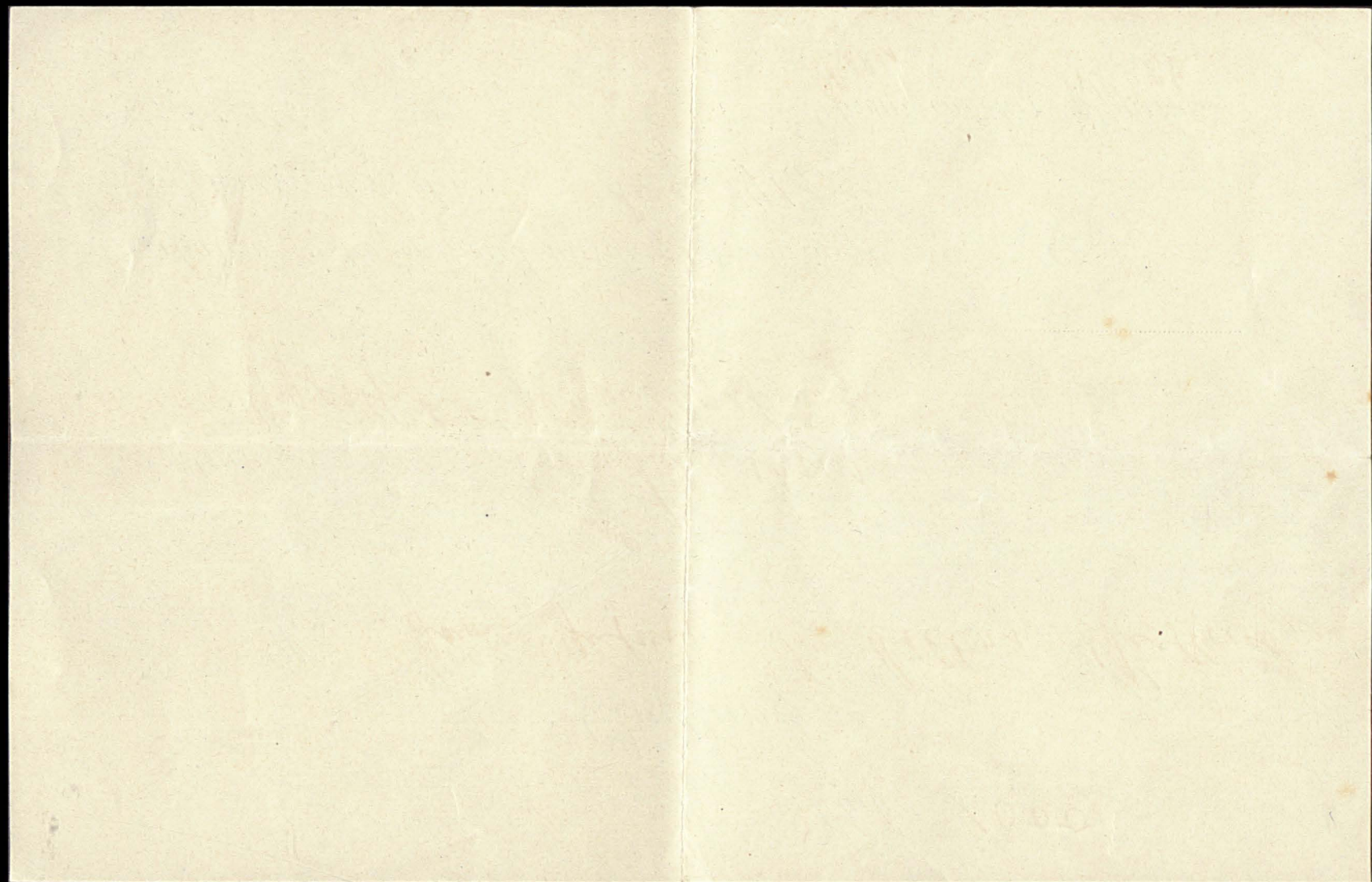
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

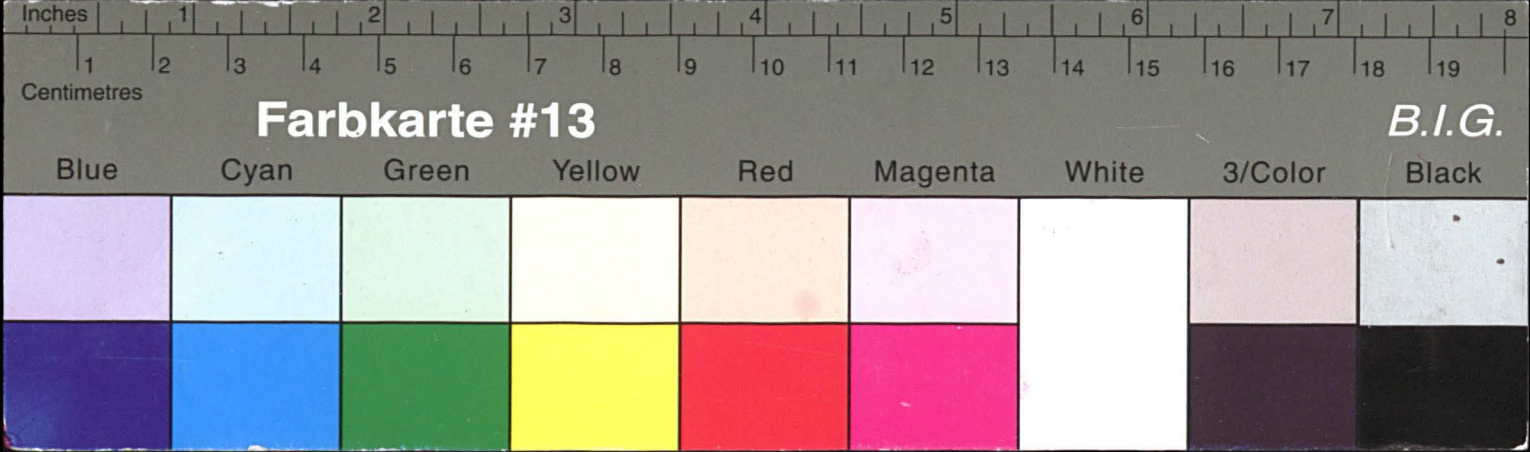




Kreisarchiv Stormarn E103

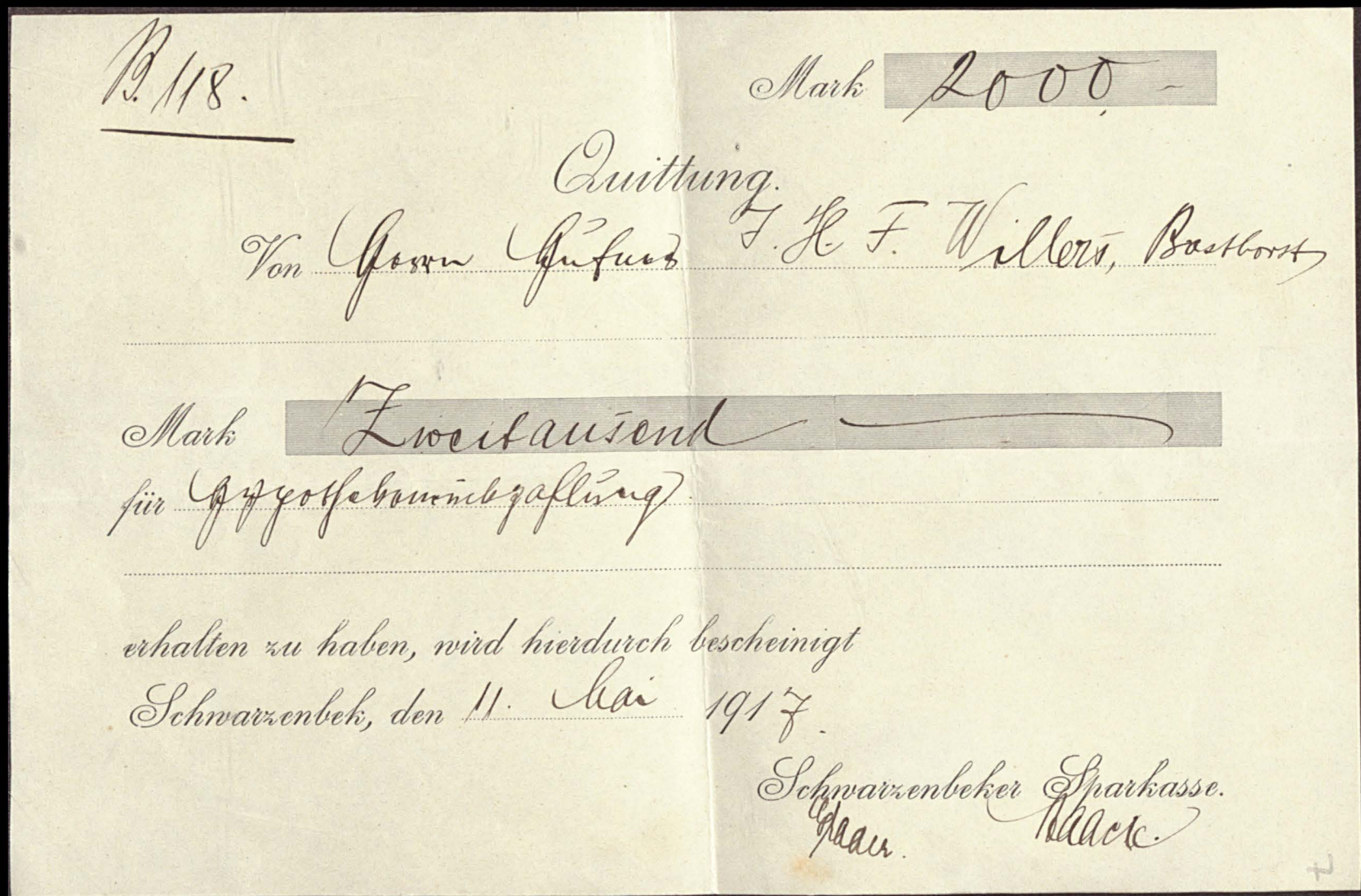
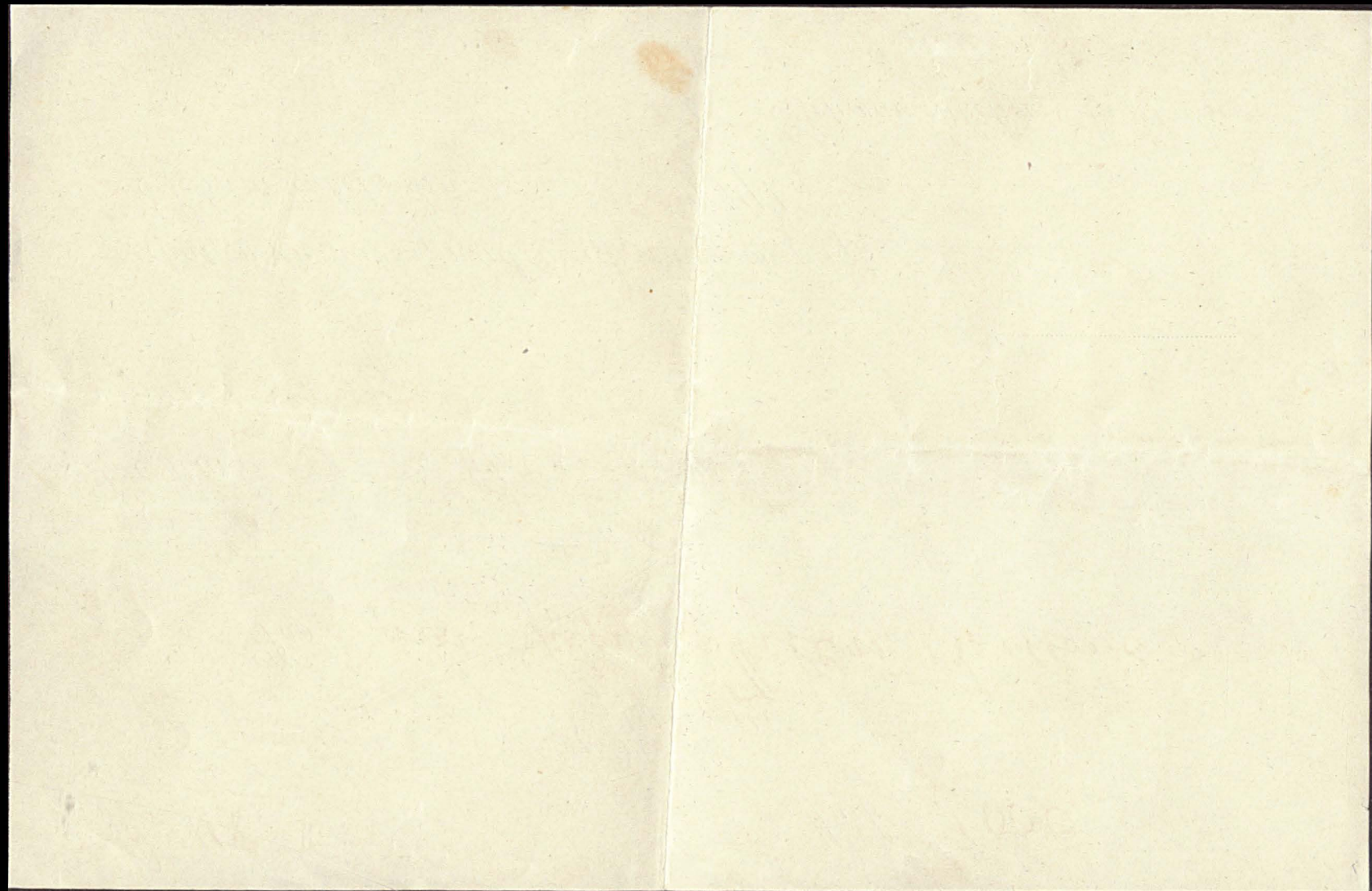
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

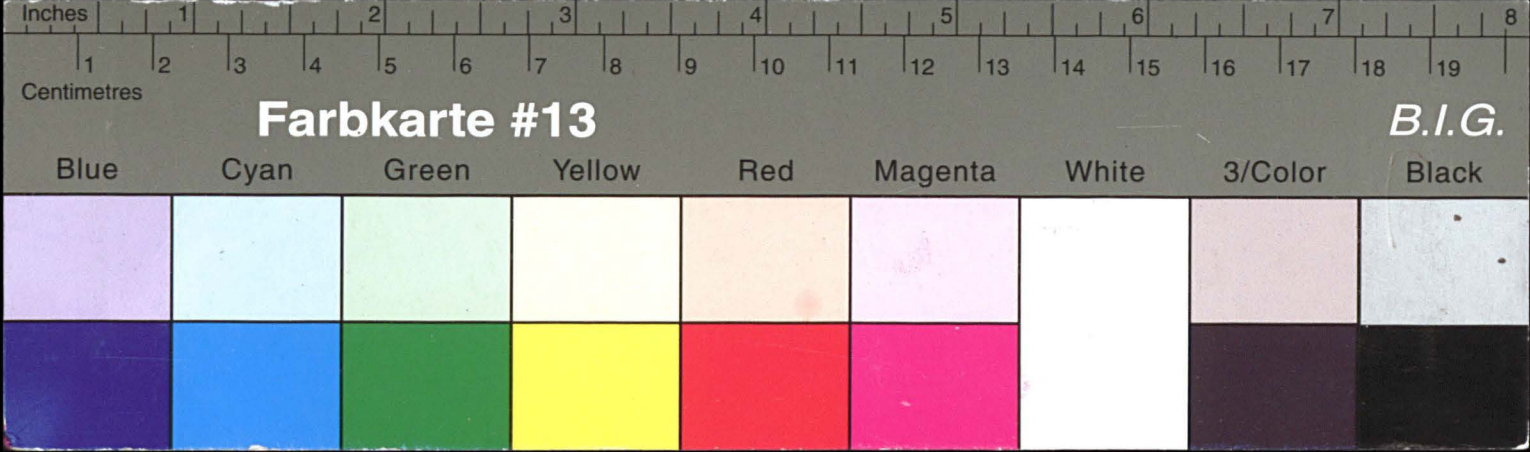




Kreisarchiv Stormarn E103

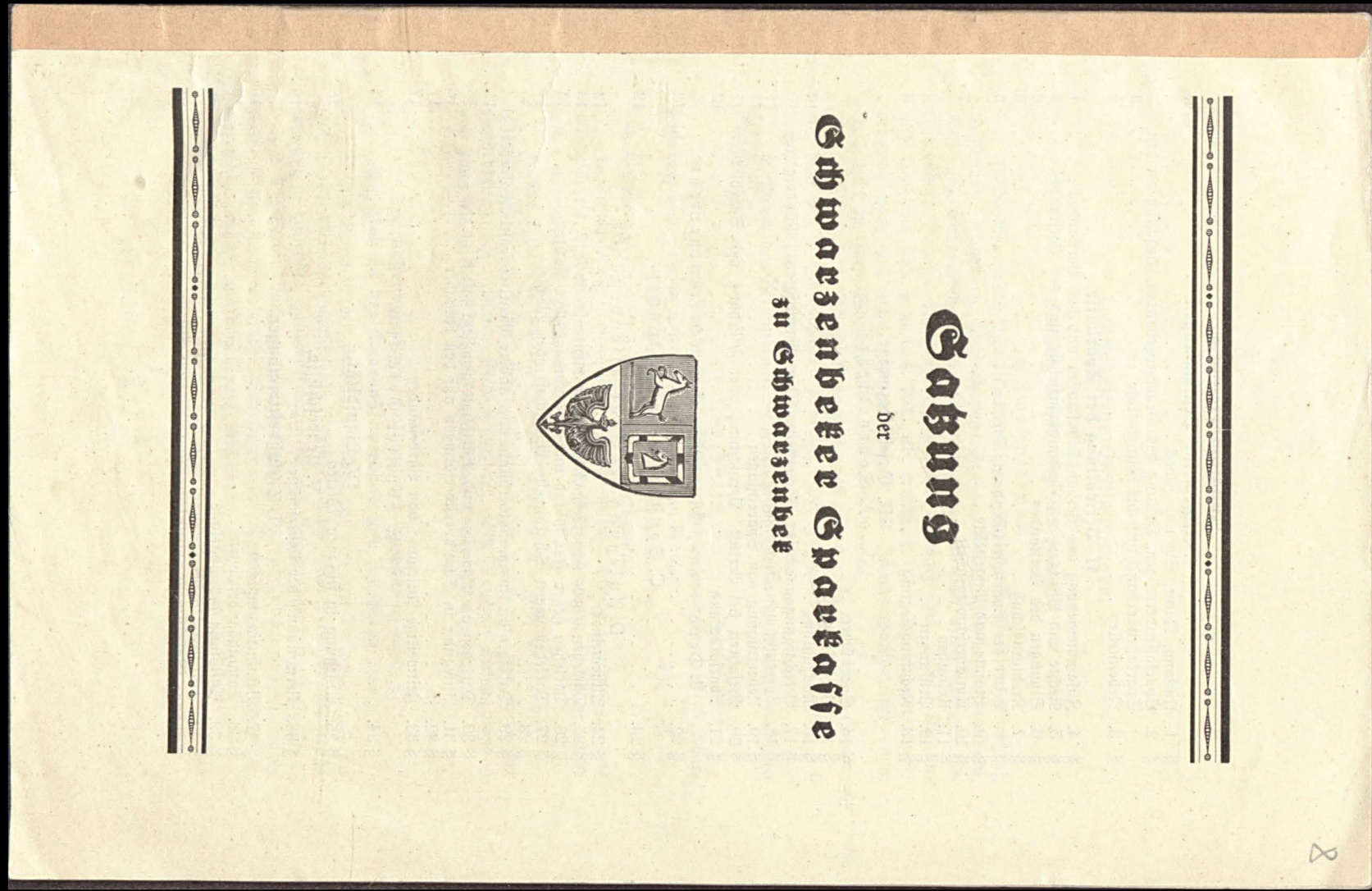
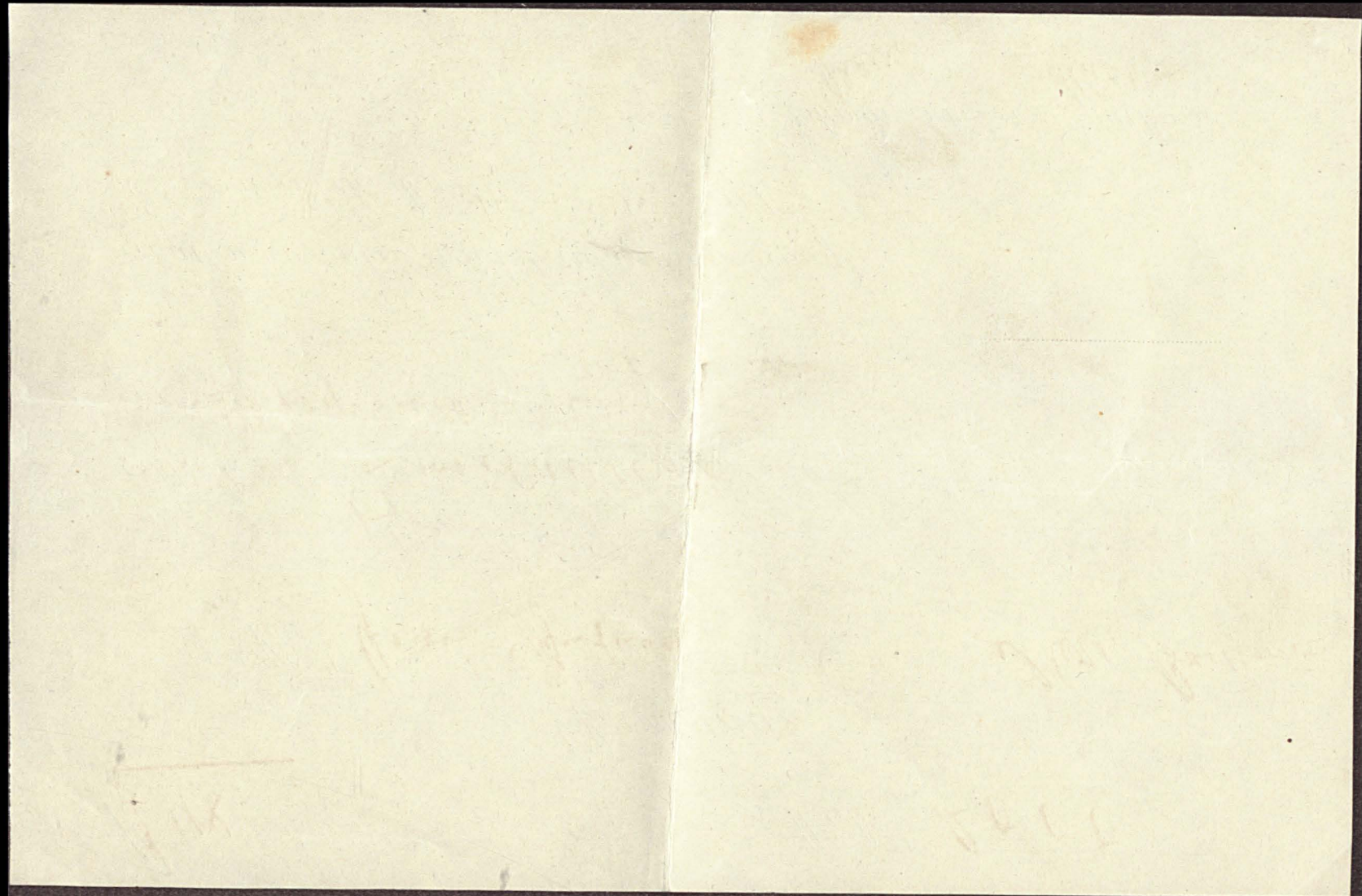
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

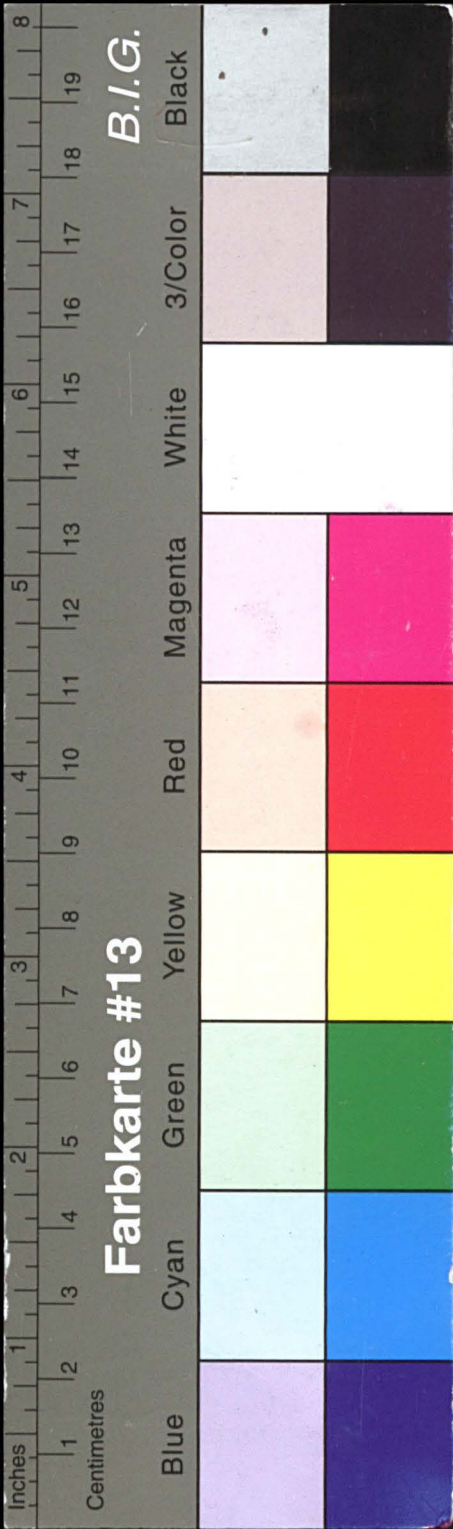




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Inhaltsverzeichnis.		
I. Allgemeine Bestimmungen.		
1. Umfang, Name, Sitz und Zweck	Seite	3
2. Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband und die Girozentrale		3
3. Nebenstellen		4
II. Verwaltung der Sparkasse.		
4. Zusammenfassung des Verbandsausschusses und des Vorstandes		4
5. Rechte und Pflichten des Verbandsvorstehers und des Vorstandes		5
6. Sitzungen des Vorstandes		6
7. Kreditausschuß		6
8. Leiter der Sparkasse (Rentant, Direktor)		6
9. Beamte und Angestellte		7
10. Amtsverschwiegenheit		7
11. Urkunden		7
12. Prüfungen		8
13. Rechnungslegung		8
III. Geschäftszweige.		
A. Sparverkehr.		
14. Sparbücher		9
15. Verzinsung		9
16. Rückzahlung		10
17. Berechtigungsausweis, Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelder		10
18. Sperrung von Sparbüchern		11
19. Uebertragung von Spareinlagen		11
20. Verfahren bei Verlust, Vernichtung oder Fälschung von Sparbüchern		11
21. Sparförderung		12
B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.		
22.		12
C. Sonstige Verpflichtungen.		
23.		12
D. Anlegung der Sparkassenbestände.		
24. Allgemeines		12
25. Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld		13
26. Darlehen gegen Faustpfand und Verpfändung von Rechten		13
27. Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel		14
28.		15
29. Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften		15
30. Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften		16
31. Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber		16
32.		17
33. Zeitweilige Anlegung von Barbeständen		17
E. Sonstige Geschäfte.		
34.		17
IV. Liquidität.		
35. Anlegung in flüssigen Werten		18
V. Ueberschüsse.		
36. Verwendung der Ueberschüsse		19
VI. Schlußbestimmungen.		
37. Bekanntmachungen		19
38. Satzungsänderungen		19
39. Auflösung der Sparkasse		20
40. Inkrafttreten der Satzung		20
Anhang: Beleihungsgrundsätze		21

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Umfang, Name, Sitz und Zweck.

a. Zweckverband.

1. Die Gemeinden Nummühle-Willenkamp, Besehorst, Börsen, Brunstorf, Dassenhof, Escheburg, Fuhlenhagen, Grabau, Grove, Havelst, Hohenhorn, Kasseburg, Kuddewörde, Köthel (launenburgischen Anteils), Kröppelshagen mit Fahrenstorf, Möhsen, Mühlenrade, Rothenbek, Schwarzenbek, Talkau, Wentorf und Wohltorf sind vom 1. 4. 1905 ab gemäß § 128 ff. der Landgemeindeordnung vom 4. 7. 1892, jetzt auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 19. 7. 1911 zu einem Zweckverband unter dem Namen „Schwarzenbeker Sparkasse“ mit dem Sitz in Schwarzenbek vereinigt. Der Zweckverband hat gemäß § 6 dieses Gesetzes die Rechte einer öffentlichen Körperschaft.

2. Zweck des Verbandes ist die Fortführung der im Jahre 1829 errichteten Sparkasse.

b. Sparkasse.

3. Diese für den Zweckverband Schwarzenbeker Sparkasse errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Schwarzenbek führt den Namen „Schwarzenbeker Sparkasse“ und bedient sich eines Siegels mit dieser Bezeichnung.

4. Die Sparkasse ist eine selbständige, öffentlich-rechtliche, gemeinnützige und mündelsichere Anstalt des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse unter dessen unbeschränkter Haftung.

5. Die Sparkasse soll den Sparfann fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe dieser Satzung und kann die in dieser Satzung zugelassenen Geldgeschäfte ausführen.

§ 2.

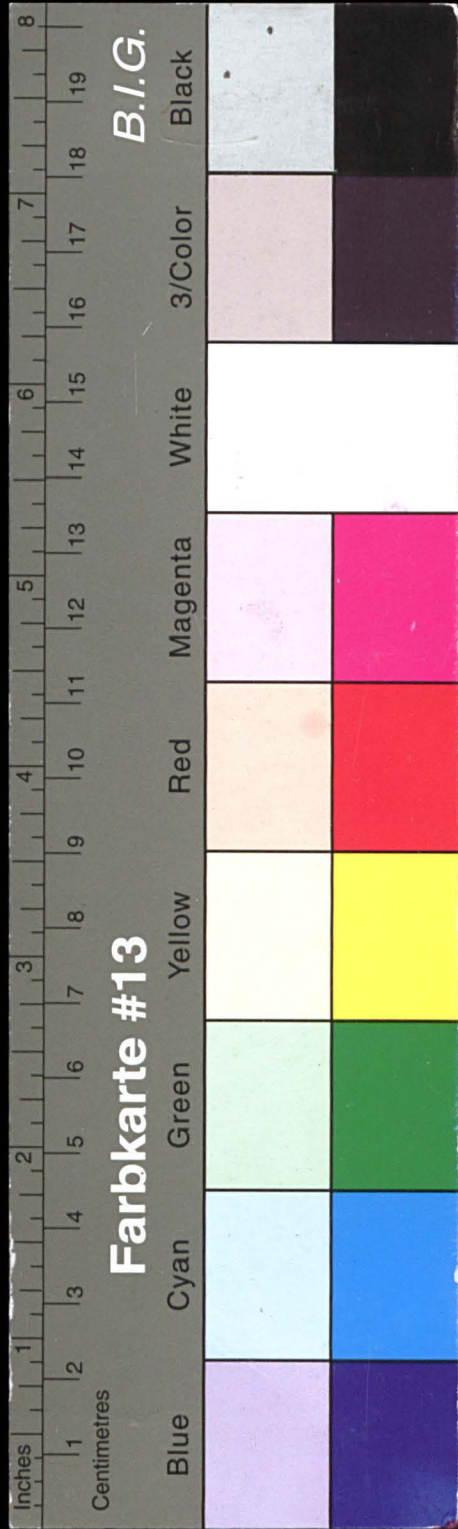
Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband und die Girozentrale.

1. Die Bestände der Sparkasse bilden ein von den Beständen anderer Kassen oder Vermögensmassen des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse getrennt zu haltendes Sondervermögen (Sparkassenvermögen).

2. Die Verbindlichkeiten der Sparkasse sind unbeschränkt der unbeschränkten Haftung des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse als des Gewährverbandes zunächst aus dem Sparkassenvermögen zu befriedigen.

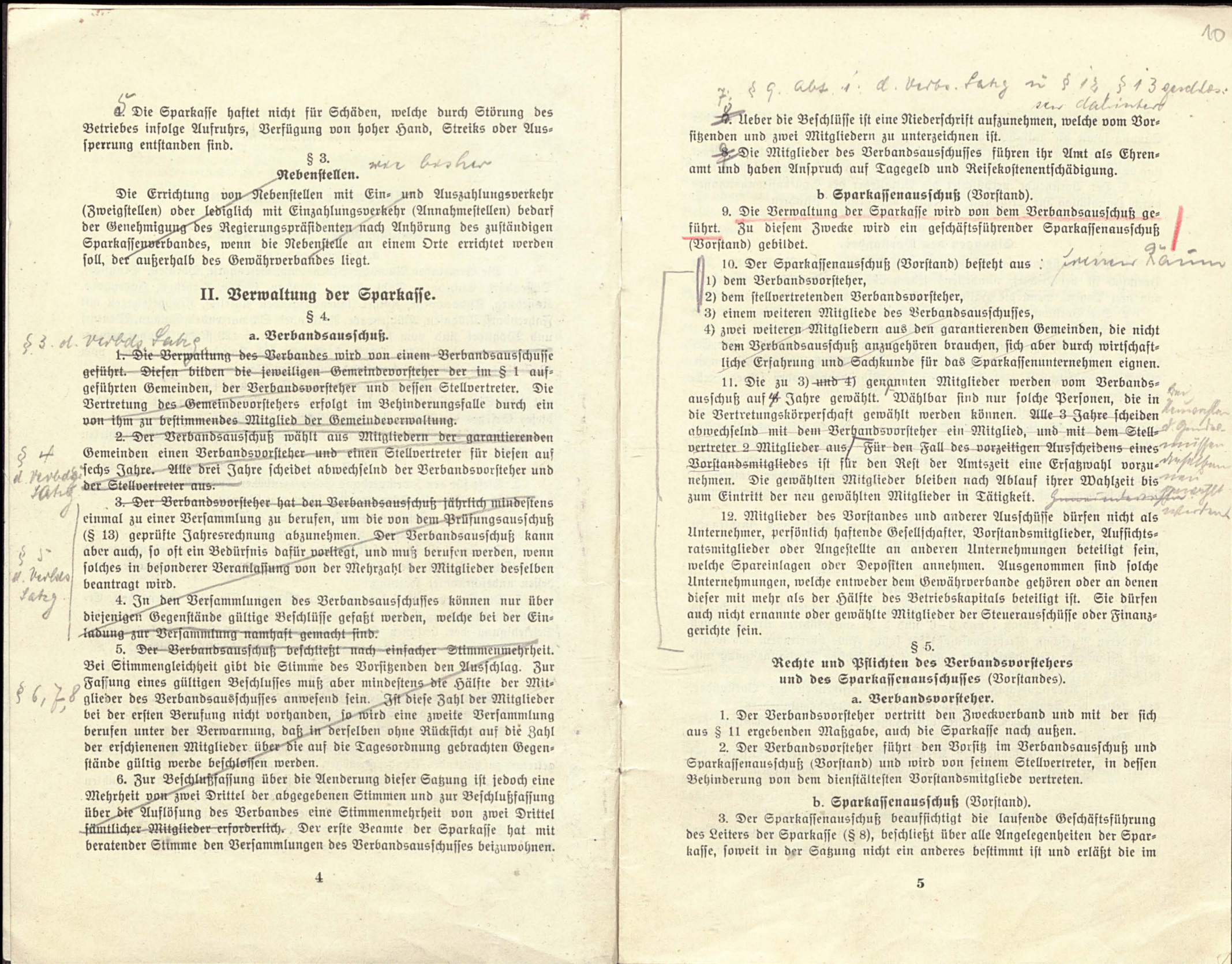
3. Die Kasse gehört dem Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverband als Mitglied an und ist an die zuständige Girozentrale angeschlossen.

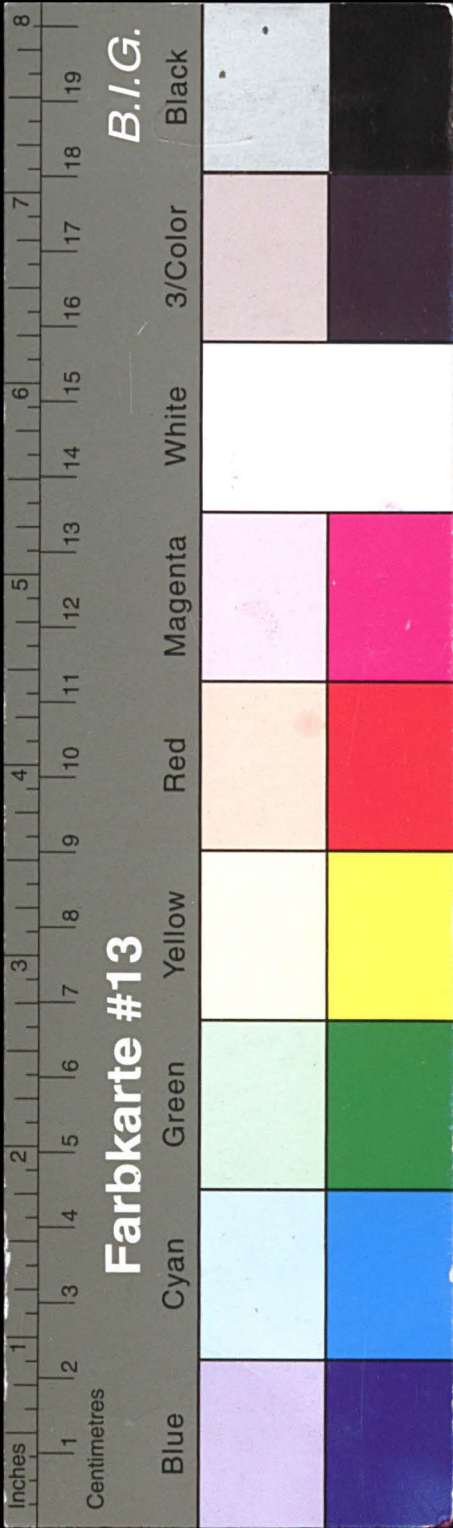
§ 2 Abs. d. Verb. Satzg. 3



Kreisarchiv Stormarn E103

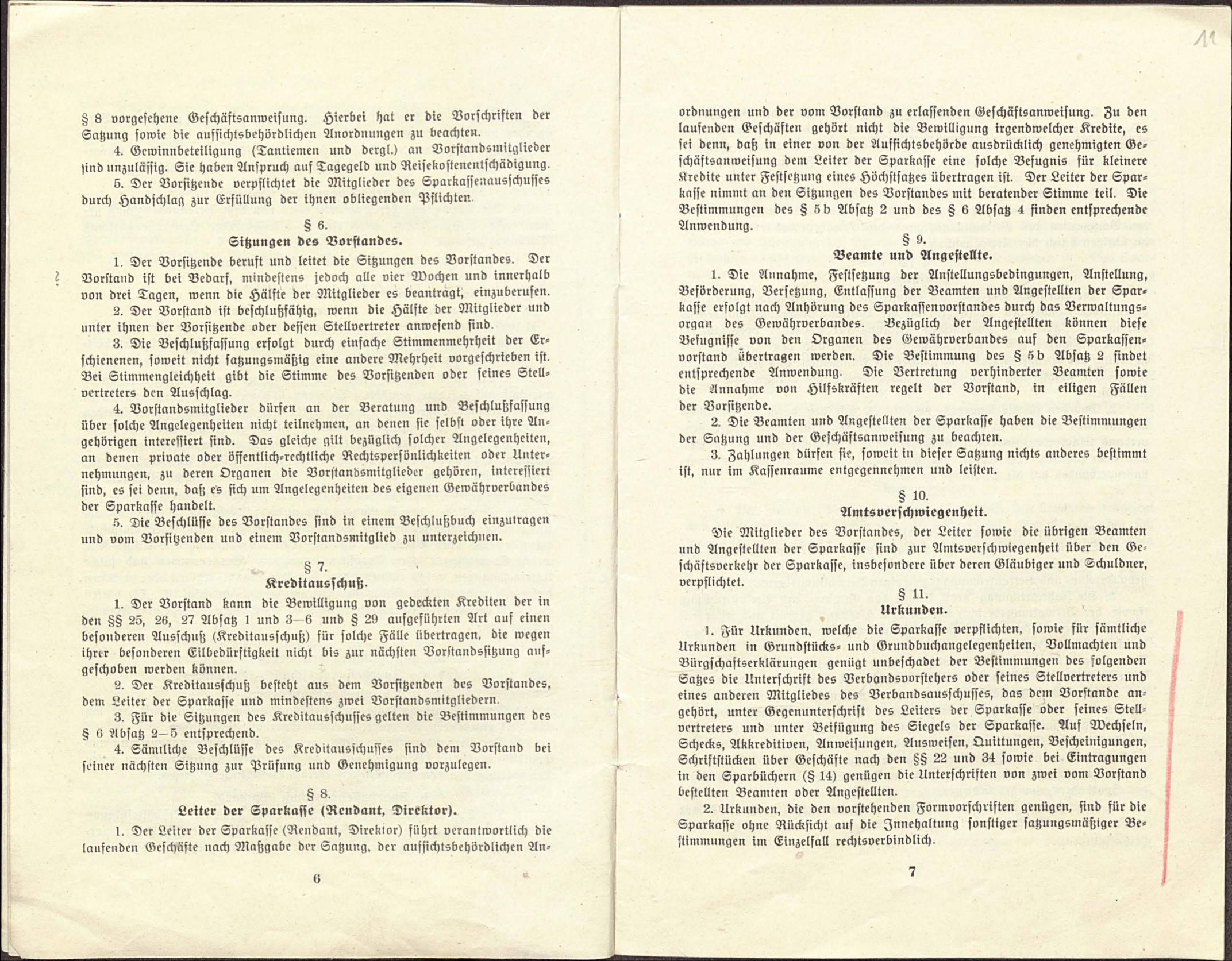
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

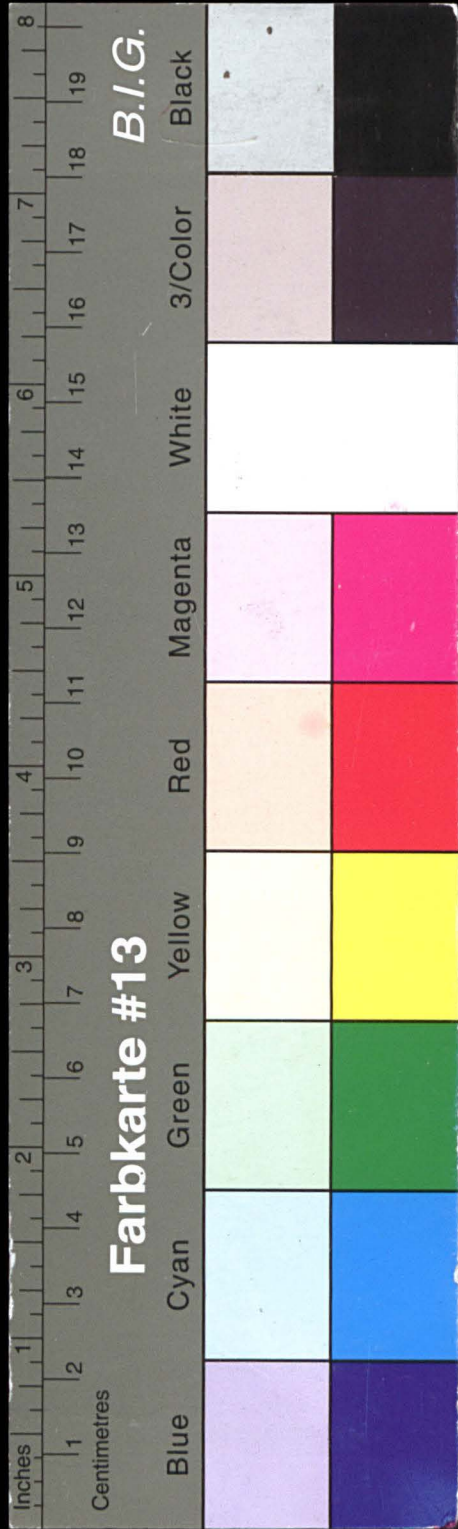




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

3. Die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 1 sollen unter der Bezeichnung „Der Verbandsausschuß der Schwarzenbeker Sparkasse“, die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 2 unter der Bezeichnung „Schwarzenbeker Sparkasse“ erfolgen.
4. Namen und Unterschriften der nach Absatz 1 Zeichnungsberechtigten sind durch Aushang im Kassenraum bekanntzugeben.
5. Die Berechtigung, Urkunden und Unterschriften nach Absatz 1 zu vollziehen, wird erforderlichenfalls bezüglich der Beamten und Angestellten durch den Vorsitzenden des Verwaltungsorgans des Gewährverbandes bescheinigt, im übrigen durch den Kreisausschuß.

§ 12. Prüfungen.

1. Der Vorstand oder von ihm beauftragte Mitglieder haben neben den ordentlichen monatlichen Prüfungen, die der Vorstand anberaumt, mindestens viermal im Jahre eine unvermutete Prüfung der Sparkasse vorzunehmen. Hierbei sind außer den Geschäftsbüchern der Kasse und den Wechseln einschließlich des Wechselobligos insbesondere die Anlagewerte und die Unterlagen für größere Kredite und mindestens stichprobenweise die übrigen Kreditakten zu prüfen.
2. Daneben ist die Sparkasse verpflichtet, sich den durch die Aufsichtsbehörde selbst oder den in ihrem Auftrage durch den zuständigen Sparkassenverband erfolgenden, unvermuteten fachmännischen Prüfungen zu unterwerfen, und zwar jährlich. Die Kosten der Prüfungen durch die Organe des Sparkassenverbandes hat die Sparkasse zu tragen.

§ 13. Rechnungslegung.

1. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Spätestens 3 Monate nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstand eine Jahresrechnung sowie eine Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung (sowie einen Verwaltungsbericht) vorzulegen.
3. Die Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (sowie der Verwaltungsbericht) werden vom Vorstand geprüft und festgestellt und sodann dem Verwaltungsorgan des Gewährverbandes (nebst Verwaltungsbericht) zwecks Herbeiführung der Genehmigung und Entlastung durch die Vertretungskörperschaft des Gewährverbandes vorgelegt. Die Prüfung der Jahresrechnung erfolgt durch drei Mitglieder des Verbandsausschusses, die von diesem auf sechs Jahre gewählt werden und nicht Mitglieder des Vorstandes sein dürfen. Scheidet ein Mitglied während der Wahlperiode aus dem Verbandsausschuß aus, so scheidet es damit auch aus dem Prüfungsausschuß aus. Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden drei Stellvertreter gewählt. Zur Vorprüfung der Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann sich der Vorstand der Revisionseinrichtung des Sparkassenverbandes bedienen.
4. Spätestens 6 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres ist die Bilanz durch Aushang im Kassenraum oder durch Bekanntmachung gemäß § 37 zu veröffentlichen.

III. Geschäftszweige.

A. Sparverkehr.

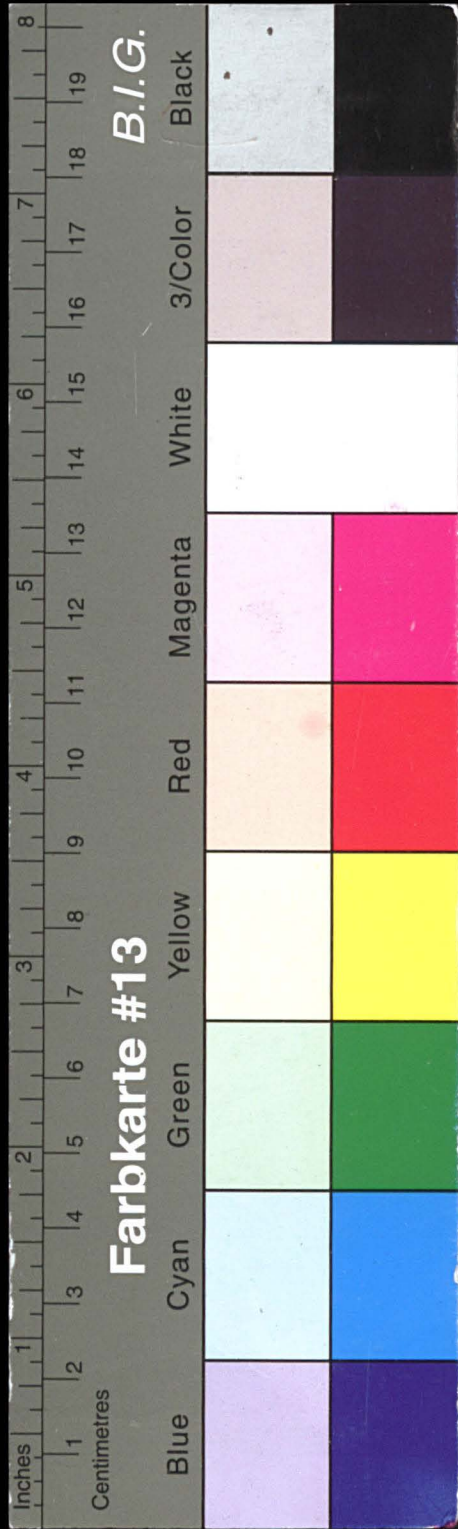
§ 14. Sparbücher.

1. Die Sparkasse nimmt von Jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1 *RM* an.
2. Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparbuch, das Namen, Stand und Wohnung des Sparerers sowie die Nummer der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel der Sparkasse versehen ist. Das Sparbuch enthält ferner die Sazungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen.
3. Jede Ein- und Rückzahlung wird durch zwei gemäß § 11 Abs. 1 bestellte Beamte oder Angestellte mit Angabe des Tages der Tagebuchnummer und eigenhändiger Unterschrift in das Sparbuch eingetragen. Bei maschinellen Eintragungen werden Art und Weise der Quittungsleistung und Sicherung durch Aushang in der Sparkasse bzw. im Anhang der Sparbücher bekanntgegeben. Einzahlungen durch Postanweisung, Ueberweisung, Scheckübersendung und dergleichen werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuchs eingetragen.
4. Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.

Verzinsung.

1. Der Zinsfuß für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuß hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.
2. Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie 2 Wochen lang durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist, soweit nicht Ziffer 3 Platz greift.
3. In Einzelfällen kann der Vorstand einen anderen als den allgemeinen Zinsfuß vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.
4. Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Werktag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.
5. Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahresschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.
6. Nur volle Reichsmarkbeträge werden verzinst.
7. Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung bewirkt worden ist, endigt die Verzinsung der Spareinlage. Sind weitere 5 Jahre ohne Vorlage des Sparbuchs verfloßen, so kann nach vorausgegangener, durch Aushang in den Kassenräumen zu veröffentlichender Bekanntmachung das Guthaben der Sicherheitsrücklage



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

überwiesen werden. Vorstehende Fristen beginnen bei gesperrten Sparbüchern mit dem Ablauf der Sperre.

§ 16.

Rückzahlung.

1. Die Sparkasse zahlt Beträge bis zu 300 *RM* ohne vorherige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge innerhalb eines Zeitraums von einem Monat ist die Sparkasse jedoch nur verpflichtet, wenn eine rechtzeitige Kündigung (Absatz 2) erfolgt ist.

2. Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, für Beträge von mehr als 300 *RM* bis 1000 *RM* einen Monat, für Beträge über 1000 *RM* drei Monate.

Mit Einmonatsfrist dürfen innerhalb eines Monats insgesamt nicht mehr als 1000 *RM* gekündigt werden.

3. Die Kasse kann Kündigungen als nicht erfolgt ansehen, wenn der Sparer das Geld nicht binnen drei Tagen nach Fälligkeit abhebt.

4. Die Kasse hat das Recht, ihrerseits Spareinlagen zu kündigen. Eine solche Kündigung erfolgt schriftlich oder durch zweimalige öffentliche Bekanntmachung (§ 37) mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Die Verzinsung derart gekündigter, zur Verfallzeit nicht abgehobener Spareinlagen erfolgt nach freiem Ermessen der Sparkasse.

5. In Einzelfällen kann der Vorstand andere als die in dieser Satzung vorgesehenen Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

6. Bei Rückzahlung von Einlagen und Auszahlung von Zinsen soll regelmäßig das Sparbuch vorgelegt werden.

7. Hat die Sparkasse das Sparbuch durch einen Vermerk zum Zwecke des Ueberweisungsverkehrs gesperrt, so kann der Einleger auch ohne jedesmalige Vorlegung des Sparbuchs durch Ueberweisung oder durch Scheck über sein Guthaben verfügen.

8. Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Sparbuch der Sparkasse zurückzugeben.

§ 17.

Berechtigungsausweis. Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelder.

1. Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparbuchs Zahlung zu leisten.

2. Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhüten, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherungsvereinbarung zahlt. Er hat dafür eine Gebühr zu entrichten, die der Vorstand festsetzt.

3. Sparbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung

des Gegenvormundes — Beistandes — oder des Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt werden.

§ 18.

Sperrung von Sparbüchern.

1. Auf Antrag des Sparers kann die Sparkasse ein Sparbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.

2. Der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

3. Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

§ 19.

Übertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

§ 20.

Verfahren bei Verlust, Vernichtung oder Fälschung von Sparbüchern.

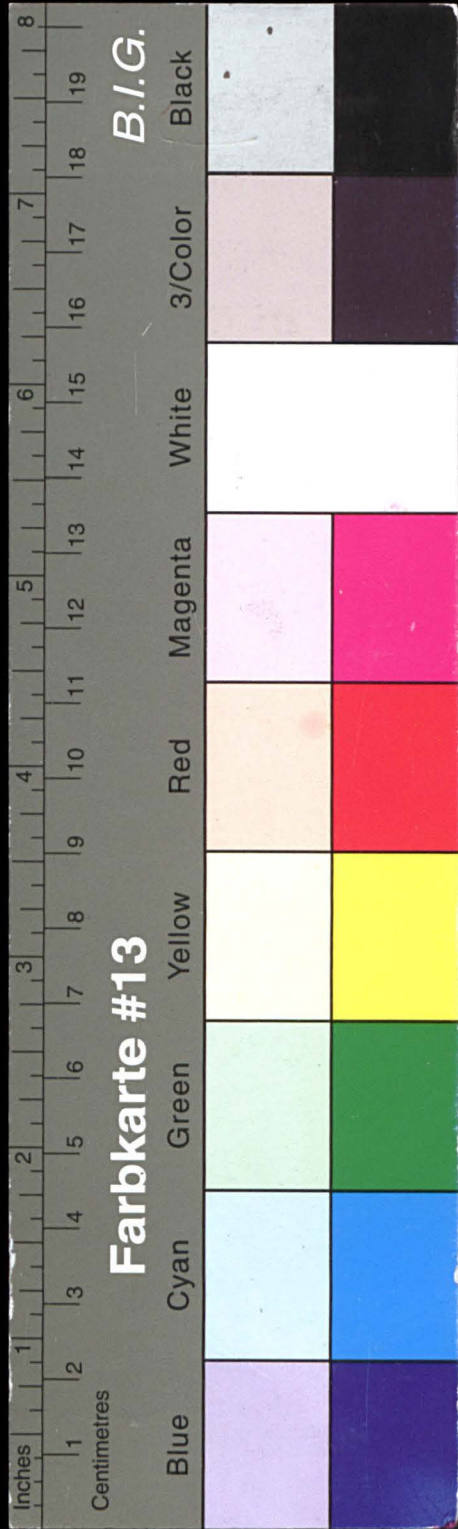
1. Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparbuchs ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.

2. Wird die Vernichtung eines Sparbuchs dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparbuch ausfertigt werden.

3. Wird die Vernichtung des Sparbuchs nicht überzeugend nachgewiesen, so steht es dem Vorstande frei, entweder selbst das Sparbuch auf Kosten des Sparers aufzubieten und für kasslos zu erklären oder ihn an das zuständige Gericht zu verweisen. Das Gleiche gilt beim Verlust des Sparbuchs.

4. Uebernimmt die Kasse das Aufgebot, so hat sie es zweimal mit einer Zwischenfrist von vier Wochen in der im § 37 der Satzung genannten Blättern bekanntzugeben. Die erste Bekanntmachung darf erst drei Monate nach der Anmeldung des Verlustes erfolgen, nachdem der Sparer schriftlich erklärt hat, daß das Sparbuch noch nicht wieder aufgefunden ist. Wird binnen vier Wochen nach der zweiten Bekanntmachung kein Widerspruch erhoben, so kann dem Sparer ein neues Sparbuch ausfertigt werden. Andernfalls sind die streitenden Parteien an die ordentlichen Gerichte zu verweisen.

5. Wenn ein verlorenes Sparbuch vor Durchführung des Aufgebotsverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlung leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

6. Entsteht der Verdacht, daß unbefugte Aenderungen des Sparbuchs erfolgt sind, so ist das Sparbuch gegen Bescheinigung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.

Sparförderung.

Zur Förderung der Sparsätigkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Geschenksparbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.

§ 22.

1. Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen, über die Sparbücher nicht ausgestellt werden, entgegen. Ueber diese Einlagen kann durch Scheck- oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

2. Die Kredite im Kontokorrentverkehr müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff.) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.

C. Sonstige Verpflichtungen.

§ 23.

1. Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.

2. Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.

3. Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.

D. Anlegung der Sparkassenbestände.

§ 24.

Allgemeines.

1. Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:

- in Realkredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden (§ 25),
- in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise durch Gewährung von
 - Darlehen gegen Faustpfand (§ 26),
 - Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§ 27),

- in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§ 29),
- in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Warengenossenschaften (§ 30),
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§ 31),
- in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§ 32),
- kurzfristig bei Bankanstalten (§ 33),
- in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.

2. Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.

3. Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und Wechseln zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld.

1. Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Gewährbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen belegen sind, nach Maßgabe der aus der Anlage ersichtlichen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.

2. Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablösungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.

3. Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt oder bei einer inländischen privaten Versicherungs-gesellschaft bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten satzungsgemäß die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypothekensicherungsschein beigebracht wird.

4. Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden.

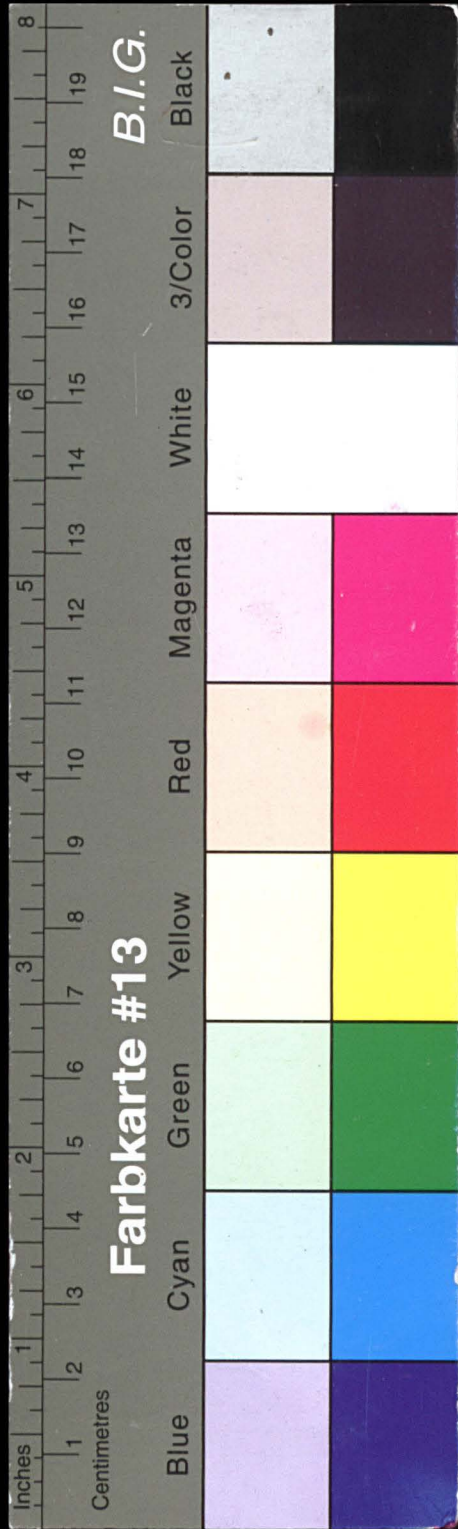
5. Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 72) dürfen auch Erbbaurechte beliehen werden.

§ 26.

Darlehen gegen Faustpfand und Verpfändung von Rechten.

1. Darlehen, die jederzeit zurückgefordert werden können, sind zulässig gegen Verpfändung

- beweglicher Werte (Pantengeschäft) nach den für die Reichsbank gemäß § 21 Absatz 1 Ziffer 3a-c des Bankgesetzes vom 30. August 1924 - Reichsgesetzbl. S. 235 - geltenden Bestimmungen. Außerdem sind die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder, der in-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

ländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 v. H. ihres Kurswertes beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den für die Preussische Staatsbank jeweils geltenden Bestimmungen, aber nur bis zu $\frac{3}{4}$ des nach diesen jeweils geltenden Beleihungssatzes erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzuzahlen.

Die Sparkasse entschädigt die Verpfänder nicht für Nachteile, die durch Auslosung oder Kündigung der verpfändeten Wertpapiere entstehen;

b) von Forderungen gegenüber deutschen öffentlichen Sparkassen, einschließlich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausgezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparbuch ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparbuchhabens Mitteilung gemacht hat. Sparbücher über 20 000 *RM* dürfen nur beliehen werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmäßigkeit der Einlage bescheinigt;

c) von Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen mit der im § 25 verlangten Sicherheit, wobei es der Sparkasse überlassen bleibt, dem Hypotheken- oder Grundschuldner zugleich namens des Pfandbestellers Mitteilung zu machen;

d) von Forderungen aus Lebensversicherungen in Deutschland zugelassener Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v. H. des jeweiligen Rückkaufwertes;

e) von Wechseln, die den Voraussetzungen des § 27 Absatz 4 entsprechen (Wechsellombard);

f) von anderen Forderungen, die die Sparkasse erwerben darf, bis zu 90 v. H. des Nennwertes;

g) von Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Verderben unterliegen, bis zu 30 v. H. des von einem vereidigten Handelskammerfachverständigen festgestellten jeweiligen Handelswertes.

2. Als zusätzliche Sicherungen neben einer anderen satzungsmäßigen können dienen: Sicherungsübereignungen und Abtretungen, sowie Verpfändungen sicherer Werte, insbesondere von Gehalts-, Lohn- und anderen Forderungen, bis zur Hälfte, von Maschinen, Einrichtungsgegenständen und anderen beweglichen Sachen, nur bis zu einem Viertel ihres jederzeit erzielbaren Wertes; Verpfändungen solcher Art dürfen nur erfolgen, wenn es der Vorstand im Einzelfall mit mindestens Dreiviertel-Stimmenmehrheit beschließt.

§ 27.

Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel.

1. Darlehen gegen Schuldschein können auf höchstens 6 Monate oder als Tilgungsdarlehen auf längere Zeit, jedoch mit dem Vorbehalt einer jeder-

zeit zulässigen Kündigung von 14 Tagen, gewährt werden, wenn eine oder mehrere sichere Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen oder mithaften. Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen hat der Vorstand jährlich zu prüfen.

2. Gegen einfachen Handschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu 3000 *RM* nur auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes bewilligt werden; sie sind jederzeit fristlos kündbar. Der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf nicht über 4 v. H. des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Der Vorstand hat die Sicherheit solcher Darlehen vierteljährlich zu prüfen.

3. Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt werden, wenn neben dem Darlehnsnehmer noch eine oder mehrere sichere Personen wechselmäßig haften. Der Wechsel muß auf die Sparkasse lauten und spätestens drei Monate nach dem Datum der Ausstellung zahlbar gestellt sein.

4. Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen nur gewährt werden, wenn die Wechsel in Deutschland zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen. Sie können von der Sparkasse weiterbegeben oder rediskontiert werden, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen (i. § 34⁷).

5. Bei den in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen dürfen die Mitglieder des Vorstandes sowie die Beamten und Angestellten der Sparkasse als Bürgen oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 3 überhaupt nicht und als Schuldner oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 4 nur auf Grund eines mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses zugelassen werden.

6. Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirke des Gewährverbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen ihren Wohnsitz haben.

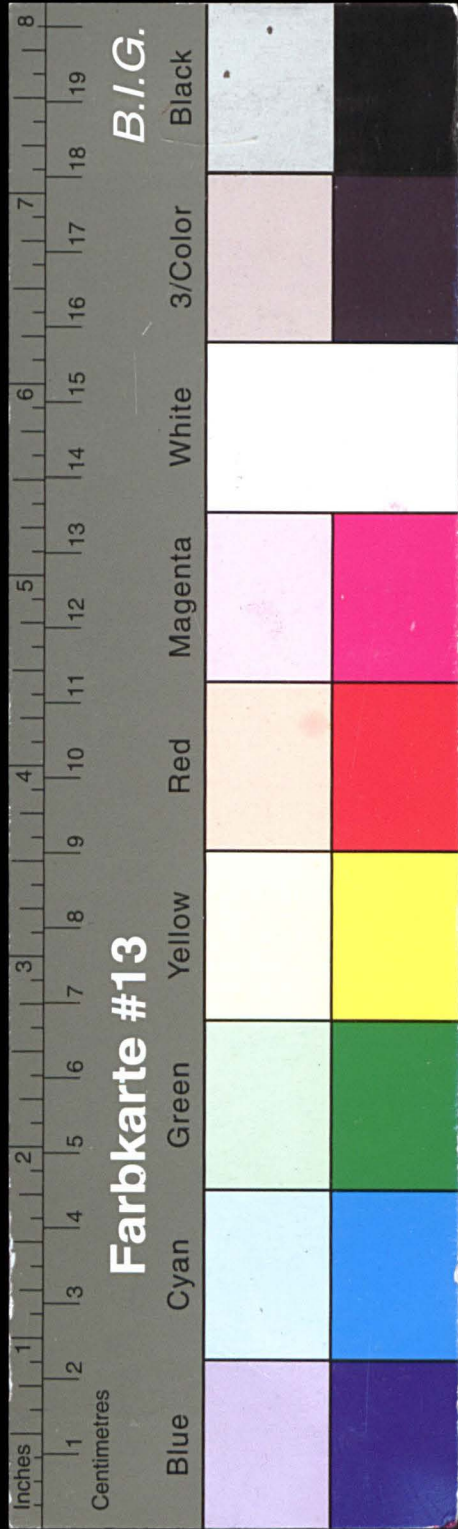
§ 28.

Der Gesamtbetrag der einem einzelnen Darlehnsnehmer nach den beiden vorstehenden Paragraphen gewährten Darlehen darf in Gemäßheit der in § 24 Abs. 1 Ziffer 2 getroffenen Abgrenzung des Kreises der Kreditnehmer, sofern es sich nicht um Beträge bis zu 20 000 *RM* handelt, den Satz von 1 v. H. der gesamten Spar-, Depostien-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkasse nicht übersteigen.

§ 29.

Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

1. An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften des Deutschen Reiches, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamtschulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Provinz, in der die Sparkasse ihren Sitz hat, ausgegeben werden. Sofern diese Darlehen langfristig gewährt werden, ist eine regelmäßige Tilgung festzusetzen, eine förmliche Schuldenkunde auszustellen sowie die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde nachzuweisen. In der gleichen Weise können Darlehen unter Bürgschaft des Reiches, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Verbandes gewährt werden.

2. Die in Absatz 1 bezeichneten Darlehen dürfen insgesamt nicht mehr als 50 v. H. der gesamten Einlagen betragen und dürfen höchstens zur Hälfte des hiernach zulässigen Betrages langfristig sein. An den eigenen Gewährverband dürfen Beträge in Höhe von höchstens insgesamt 25 v. H. der gesamten Einlagen ausgeliehen werden, wobei der Bestand an Inhaberdarlehen des Gewährverbandes sowie Bürgschaften und Wechselobligato für diesen mit einzurechnen sind.

§ 30.

Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

1. Die Sparkasse kann Darlehen ohne besondere Sicherheit gewähren an Genossenschaften mit unbeschränkter Haft- oder Nachschußpflicht bis zu 10 v. H. des Gesamtvermögens sämtlicher Genossen, an Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht bis zu 75 v. H. der gesamten Haftsumme der Genossen, wobei die Haftsumme jedes Genossen mit nicht mehr als 20 v. H. seines Vermögens oder auf höchstens 100 *RM* anzusetzen ist, jedoch nur

- a) an Betriebs- (Produktiv-) Genossenschaften, die im Bezirk des Gewährverbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen bestehen und einem Revisionsverband angeschlossen sind, nicht aber an Kredit- und Warengenossenschaften,
- b) gegen Verpflichtung der Genossenschaften, jährlich die Bilanz, den Bericht über die Prüfung durch den Revisionsverband und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, das die im Laufe des Jahres Ein- und Ausgetretenen namentlich auführt,
- c) auf kurze oder höchstens sechsmonatige Frist kündbar, bei längerer Frist gegen Tilgungszwang.

2. Die Gesamthöhe der ohne besondere Sicherheit an Genossenschaften gewährten Darlehen darf höchstens 10 v. H. des gesamten Einlagenbestandes betragen.

3. Wird ein solches Darlehen einer Genossenschaft gewährt, die durch eine Verbandskasse an die Preussische Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen ist, so ist dies dem Direktorium dieser Kasse unter Angabe der bewilligten Darlehenssumme mitzuteilen.

4. Der Vorstand der Sparkasse hat mindestens jährlich die Vermögenslage der beliehenen Genossenschaften eingehend zu prüfen.

§ 31.

Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

Die Bestände der Sparkasse und der Sicherheitsrücklage können in folgenden Schuldverschreibungen auf den Inhaber angelegt werden, soweit diese nach den gesetzlichen Vorschriften mündelsicher sind:

- a) in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen des Deutschen Reichs oder eines deutschen Landes;
- b) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Verzinsung das Deutsche Reich oder ein deutsches Land gewährleistet;
- c) in Rentenbriefen der zur Rentenablösung in Preußen bestehenden Rentenbanken;
- d) in Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer deutschen kommunalen Körperschaft, einem Sparkassen- und Giroverband oder deren Kreditanstalten ausgestellt sind;
- e) in Pfandbriefen oder gleichartigen Schuldverschreibungen, die eine deutsche öffentliche und infolge staatlicher Verleihung rechtsfähige Kreditanstalt vereinter Grundbesitzer oder eine preussische provinzial- (kommunal-)ständische öffentliche Grundkreditanstalt mit staatlicher Genehmigung ausgegeben hat;
- f) in Inhaberschuldverschreibungen einer deutschen Hypothekenaktienbank auf Darlehen an deutsche Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf Darlehen, für die eine solche Körperschaft die Gewähr leistet.

Ueber Art und Mindestbetrag der anzuschaffenden Schuldverschreibungen gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Dezember 1912 (Gesetzsamml. 1913, S. 3).

§ 32.

Die Sparkasse ist befugt, Geldforderungen aus dem Verkaufe oder der Versteigerung von Grundstücken oder Gebäuden, die im Bezirk des Gewährverbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen belegen sind, zu erwerben, vorausgesetzt, daß eine den Bestimmungen der §§ 25–27 entsprechende Sicherheit gewährt wird.

§ 33.

Zeitweilige Anlegung von Vorkonten.

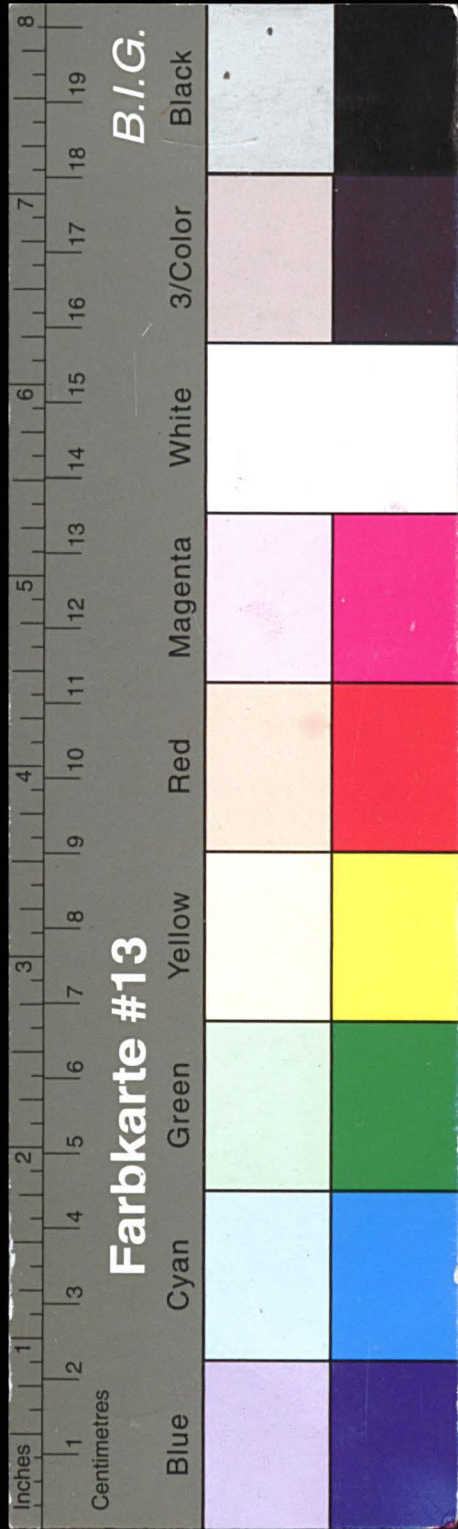
Die Sparkasse kann vorübergehend verfügbare Gelder bei deutschen öffentlichen Bankanstalten, insbesondere Girozentralen und Landesbanken, ausnahmsweise auch bei benachbarten öffentlichen Sparkassen und solchen Privat-sparkassen und Privatbanken anlegen, die die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes zuläßt oder sie zum Ankauf solcher Wechsel verwenden, die an der Börse oder im offenen Markt als Privatdiskonten gehandelt werden. Die Wechsel müssen spätestens nach 3 Monaten fällig sein.

E. Sonstige Geschäfte.

§ 34.

Die Sparkasse ist befugt, die folgenden sonstigen Geschäfte zu betreiben:

1. An- und Verkauf von Wertpapieren für fremde Rechnung. Beim Kauf muß eine sachungsmäßig ausreichende Deckung vorhanden sein, beim Verkauf müssen die Verkaufswerte vorher geliefert sein. Vom An- und Verkauf ausgeschlossen sind solche Wertpapiere, die an den deutschen Börsen nicht notiert werden; von Wertpapieren, die zwar dort nicht notiert, aber gehandelt werden, darf die Spar-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

kasse nur Anleihen öffentlich-rechtlicher Verbände, Schuldverschreibungen und junge Aktien bewährter und sicherer Unternehmungen sowie ähnliche Papiere, die nicht offensichtlich Spekulationspapiere sind, für ihre Kunden an- und verkaufen.

Soweit die Sparkasse für An- und Verkauf von Wertpapieren und ihre Aufbewahrung keine eigenen Einrichtungen besitzt, benutzt sie dazu öffentliche Bankanstalten (oder solche Privatbanken, die der Sparkassenvorstand nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde dafür zuläßt).

2. An- und Verkauf von Devisen und Sorten für fremde Rechnung. Die Bestimmungen in Ziffer 1 gelten entsprechend.

3. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren unter den vom Vorstand festzusetzenden Bedingungen.

4. Vermietung von Schrankfächern und Aufbewahrung von verschlossenen Depots.

5. Ein- und Auszahlungsverkehr sowie Einziehung von Forderungen.

6. Aufnahme von Hypothekenurkunden und Frachtbriefen sowie von sonstigen Dokumenten.

7. Weiterbegebung von Wechseln, die den Bestimmungen des § 27 Absatz 4 oder § 33 entsprechen, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen; Ausstellung und Akzeptierung von Wechseln ist unzulässig.

8. Abschluß von Verträgen über eine Arbeitsgemeinschaft mit Verbänden öffentlich-rechtlicher Versicherungsanstalten im Deutschen Reich oder mit Provinzialversicherungsanstalten, insbesondere über Annahme von Anträgen und Einziehung von Beiträgen und sonstigen Leistungen.

9. Weiterleitung von Darlehen, die von öffentlichen Körperschaften oder deren Kreditanstalten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung gestellt werden, zu den von diesen vorgesehenen Bedingungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

IV. Liquidität.

§ 35.

Anlegung in flüssigen Werten.

1. Ein Betrag, der mindestens 30 v. H. des Gesamteinlagenbestandes der Sparkasse entspricht, muß in flüssigen Werten angelegt werden. Als solche gelten:

a) Kassenbestand, Sorten und Kupons;

b) Guthaben bei der Reichsbank, bei Privatnotenbanken oder auf Postcheckkonto;

c) vorübergehende Anlagen bei öffentlichen Bankanstalten (und Sparkassen sowie bei Privatbanken gemäß § 33); hierbei sind mindestens 10 v. H. des Gesamteinlagenbestandes bei der zuständigen Girozentrale anzulegen;

d) zum Privatdiskont an der Börse gehandelte Wechsel, § 33;

e) Wechsel gemäß § 27 Absatz 4, die jederzeit bei der Reichsbank diskontierbar sind, soweit sie sich innerhalb des der Sparkasse von

der Reichsbank oder einer anderen öffentlichen Bankanstalt eingeräumten Wechselkontingents halten;

f) Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die bei der Reichsbank oder einer anderen öffentlichen Bank lombardfähig sind;

g) kurzfristige Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Verbände und

h) jederzeit kündbare Pfandpfanddarlehen, soweit sie nach § 26 Absatz 1a und b gesichert sind.

2. Bei der Anlegung sämtlicher im Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr der Sparkasse vorhandenen fremden Gelder dürfen, soweit diese Gelder nicht in börsengängigen Papieren nach dem Tageskurs und in Wechseln Deckung finden, keine längeren Kündigungsfristen gewährt werden, als für die entsprechenden gegenüberstehenden Passiva gewährt sind.

V. Ueberschüsse.

§ 36.

Verwendung der Ueberschüsse.

1. Aus den Ueberschüssen, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, wird eine Sicherheitsrücklage gebildet.

2. Bezüglich der Höhe der Sicherheitsrücklage gelten die Vorschriften des § 7 des Gesetzes betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Schuldverschreibungen auf den Inhaber vom 23. Dezember 1912 (Gesetzsammlung 1913, S. 3), sowie die Bestimmungen der Ziffer 14 bis 17 der zu diesem Gesetz ergangenen Ausführungsbestimmungen (Minist.-Bl. d. i. B. 1913 S. 77, 1914 S. 285).

3. Buchmäßige Kursgewinne sind nicht den Ueberschüssen zuzurechnen, sondern der vorhandenen oder einer neu anzulegenden Kursrücklage so lange zuzuführen, bis sie die Höhe von 5 v. H. des Einlagebestandes erreicht hat. Aus der Kursrücklage sind künftige Kursverluste vorzugsweise zu decken.

4. Soweit die Ueberschüsse, die sich bei der Rechnungslegung ergeben, nicht der Sicherheitsrücklage zuzuführen, werden sie unbeschadet der Vorschrift des § 5 der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung der Sparguthaben vom 27. Februar 1926 (Gesetzsammlung S. 98) an den Gewährverband zur Verwendung für nicht zu dessen gesetzlichen Aufgaben gehörende gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steuer-gesetze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abgeführt.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 37.

Bekanntmachungen.

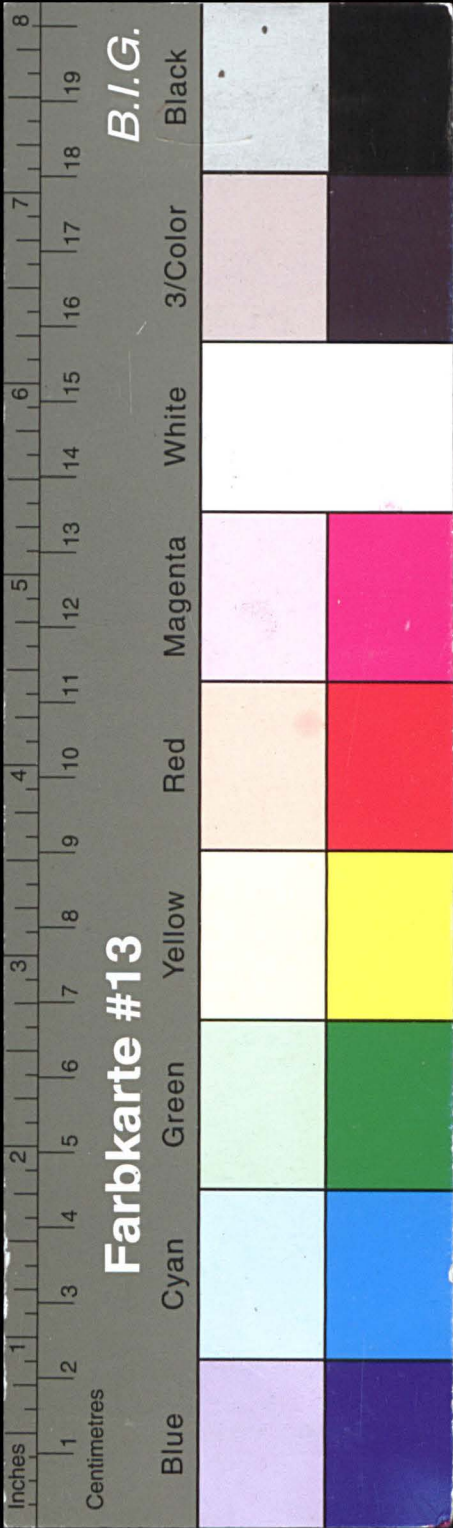
Die Bekanntmachungen der Sparkasse werden durch das Amtliche Kreisblatt veröffentlicht, soweit nicht nach dieser Satzung Aushang im Kassenraum genügt.

§ 38.

Satzungsänderungen.

1. Die zuständigen Organe des Gewährverbandes können diese Satzung mit Genehmigung des Oberpräsidenten ändern.

2. Jede Aenderung ist für die Sparer verbindlich, wenn diese nicht zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntmachung ihr Guthaben zurücksfordern.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

In der öffentlichen Bekanntmachung kann darauf verwiesen werden, daß die geänderten Bestimmungen im Kassenraum der Sparkasse aushängen.

§ 39.

Auflösung der Sparkasse.

1. Die Auflösung der Sparkasse kann von den zuständigen Organen des Gewährverbandes mit Genehmigung des Oberpräsidenten beschlossen werden.
2. Der Vorstand hat die Auflösung dreimal mit Zwischenfristen von je 4 Wochen öffentlich bekanntzumachen und zugleich die Guthaben zu einem mindestens 3 Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.
3. Guthaben, die bei Ablauf der Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen. Forderungen, die 30 Jahre nach der Hinterlegung nicht geltend gemacht worden sind, verfallen zugunsten des Gewährverbandes.
4. Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Sparkasse ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten an den Gewährverband zur Verwendung für nicht zu dessen geschäftlichen Aufgaben gehörende gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steuergesetze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abzuführen.
5. Die Vorschriften der Ziffern 2—4 gelten nicht für den Fall der Gesamtrechtsnachfolge, wenn ein anderer Kommunalverband die Sparkasse übernimmt.

§ 40.

Inkrafttreten der Satzung.

1. Vorstehende Satzung tritt nach Genehmigung durch den Oberpräsidenten durch Aushang im Kassenraum, auf den durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen ist, in Kraft.
2. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Beschlossen in der Sitzung des Verbandsausschusses am 6. Juli 1928.
Schwarzenbek, den 6. Juli 1928.

Der Verbandsvorsteher.

Steenfatt.

(L. S.)

Vorstehende Satzung wird — — — — bestätigt.
Kiel, den 28. September 1928.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein.

Im Auftrage:
gez. Romig.

(L. S.)

Beleihungsgrundsätze*)

für öffentliche Sparkassen gemäß § 25¹ der Musterfassung.

A Für die Beleihung von Hausgrundstücken.

I. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Hausgrundstücken, die nicht in der Hauptsache land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, muß sich die Beleihung innerhalb der ersten Hälfte des durch Schätzung festgestellten jederzeit erzielbaren Wertes (Verkehrswertes) halten.

Dieser Wert der Grundstücke und Gebäude ist unter Berücksichtigung aller wertbestimmenden Umstände und dauernden Eigenschaften, insbesondere der Lage und Größe des Grundstücks, der Höhe der Feuerversicherung, des baulichen Zustandes der Gebäude, der letzten nach der Inflation erzielten Erwerbspreise und der in letzter Zeit für Grundstücke in gleicher Lage erzielten Preise sowie des Pacht- und Mietertrages, der Zinslasten sowie der öffentlichen Lasten durch den Vorstand festzusetzen.

Als Grundlage für die Festsetzung der Beleihungsgrenze haben dem Vorstand Schätzungen zu dienen, welche

1. den Vorschriften des Artikels 73 § 1 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (G.S. S. 177) entsprechen, oder

2. durch ein öffentliches Schätzungsamt oder, solange ein solches nicht errichtet ist, durch zwei von den Organen des Gewährverbandes ernannte und vereidigte Sachverständige abgegeben sind.

Bei erstgestellten Hypotheken bis zu 20 000 RM**) darf, falls das Pfandgrundstück dem Vorstände hinreichend bekannt ist, von einer besonderen Schätzung abgesehen werden. Bei solchen bis zu 50 000 RM genügt bei dem Vorstände bekannten Grundstücken die Schätzung durch einen Schätzer.

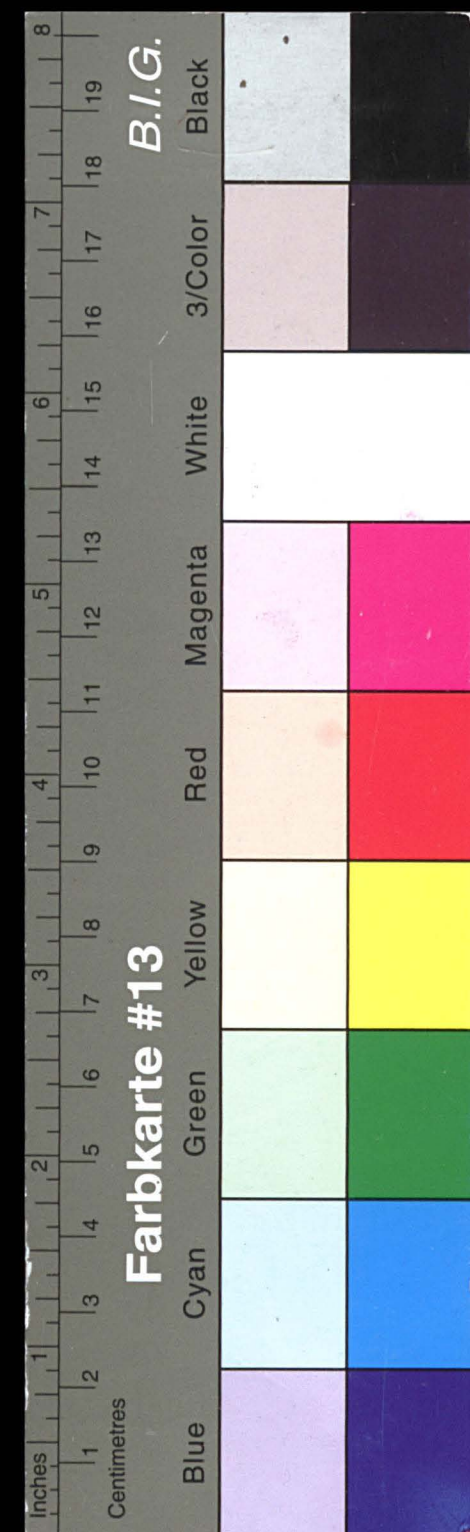
II. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Neubauten muß sich die Beleihung innerhalb von 40 v. H. des nachgewiesenen Bau- und Bodenwertes (Baukosten, zuzüglich Grunderwerbs- und Aufschließungskosten) halten und darf 60 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes nicht übersteigen. Der über 50 v. H. des Verkehrswertes liegende Teil der Hypothek ist mit mindestens $\frac{1}{2}$ v. H. des Gesamtkapitals jährlich zu tilgen.

Bei Kleinwohnungs-Neubauten kann eine ersttellige Beleihung bis 60 v. H. des Bau- und Bodenwertes oder 70 v. H. der nachgewiesenen Baukosten allein, jedoch nicht über 90 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes gewährt werden, wenn

a) diese Hypotheken getilgt werden, und zwar mit mindestens jährlich 1 v. H. des ursprünglichen Hypothekenkapitals so lange, bis sich dieses auf 60 v. H. des Verkehrswertes verringert hat und von da ab mit mindestens

*) RdErl. d. MdJ. v. 10. 2. 1928 — IVb 132.

**) Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20 000 RM.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

¹/₂ v. H. des ursprünglichen Hypothekenkapitals jährlich bis zur Erreichung einer Beleihungsgrenze von 50 v. H. des Verkehrswertes,

b) für den Teil der Hypothek, der über der nach Abs. 11 Abs. 1 festgestellten Belichtungsgrenze liegt, die verbindliche Erklärung einer Gemeinde (Gemeindeverbandes) darüber beigebracht wird, daß von ihr ein in Ansehung dieses Hypothekenteiles etwa entstehender Verlust an Kapital, Zinsen oder Kosten der Sparkasse zu erstatten ist (gegebenenfalls zunächst aus den hierfür gebildeten kommunalen Fonds).

Verlust ist hierbei der Betrag an Kapital, Zinsen und Kosten, der nach einer Zwangsversteigerung nicht durch einen auf die Sparkasse entfallenden Zwangsversteigerungserlös abgedeckt sein wird, wobei die Sparkasse nicht verpflichtet sein soll, für den Fall einer Zwangsversteigerung selbst zu bieten.

III. Gewerblich genutzte Grundstücke und Gebäude dürfen nur bei zusammenhängender Bewirtschaftung mit Wohnstätten oder landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und nur unter Berücksichtigung des von der jeweiligen Verwendungsart unabhängigen dauernden Wertes mitbetrieben werden, hierzu bedarf es eines mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

IV. Es dürfen nicht beliehen werden:

1. Baugrundstücke an noch nicht anbaufähigen Straßen; für Baugrundstücke an anbaufähigen Straßen gelten die Bestimmungen A1;
2. Grundstücke, die durch ihre Ausnutzung im Werte vermindert werden (Lehm-, Ton- oder Kiesgruben, Torfstiche usw.);
3. Theater, Tanzsäle, Lichtspielhäuser, Garagen und ähnlichen Zwecken dienende Baulichkeiten.

B. Für die Verleihung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gelten folgende Beleihungsgrundsätze:

1. Beleihung auf Grund einer Schätzung.

1. Die Schätzung erfolgt durch einen von den Organen des Gewährverbandes ernannten und vereidigten, mit den örtlichen und land- bzw. forstwirtschaftlichen Verhältnissen vertrauten Schätzer und, soweit eine Belastung des Grundstückes über die ersten 50 000 *RM* hinaus in Frage steht, durch zwei solche Schätzer. Für die Bewertung ist der Ertragswert zu Grunde zu legen (Ausnahme siehe unter 2). Als Ertragswert gilt das 25fache des Reinertrages, den das Grundstück jährlich nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinsinnlicher Benützung unter gewöhnlichen Verhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Bei der Beurteilung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit sind alle Umstände, die auf den Wirtschaftserfolg von Einfluß sind oder von denen die Verwertung der gewonnenen Ergebnisse abhängig ist, insbesondere Bodenqualität, Bodenlage, klimatische Verhältnisse, Hoflage, Gefechlossenheit oder Zersplitterung des Betriebes, Verkehrs- und Abfahrtsverhältnisse zu berücksichtigen. Zinsen und öffentliche Lasten sind bei der Wertermittlung zu berücksichtigen.

2. a) Sofern der für Grundstücke ähnlicher Art und Lage in letzter Zeit vor der Beleihung erzielte regelmäßige Kaufpreis (voraussichtlich zu erzielende

„Verkaufswert“) hinter dem nach Ziffer 1 ermittelten Ertragswert zurückbleibt, ist lediglich der Verkaufswert der Beleihung zugrunde zu legen.

b) Sofern der Verkaufswert den Ertragswert übersteigt, kann er bei Vorliegen besonders günstiger Verkehrs- und Abgabeverhältnisse ausnahmsweise mitberücksichtigt werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß die zu gewährende Beilehung insgesamt den Betrag von 20 000 *RM* nicht überschreitet, daß ferner mindestens die Hälfte des zu beleihenden Grundstücks weizen- oder gartenbaufähiger Boden ist, daß weiter der zugrunde zu legende Beleihungswert das Doppelte des Ertragswertes (§ 1 Ziffer 1) nicht überschreitet und daß endlich bei einer Beleihung zu einem höheren Zinssatze als 8 v. H. der vorgenannte Höchstbetrag von 20 000 *RM* entsprechend herabzusetzen ist. Jedwede derartige Ausnahmebeilehung bedarf eines mit $\frac{3}{4}$ -Stimmenmehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

c) Für die Ermittlung des Verkaufswertes (siehe oben a und b) sind die in Betracht kommenden Angaben, insbesondere über die letzten erzielten Verkaufspreise, in der Schätzung glaubhaft darzulegen, so daß sie in allen Einzelheiten nachgeprüft werden können.

3. Die der Beleihung zugrunde zu legenden Werte werden auf Grund der vorgenannten Schätzungen durch den Vorstand besonders festgesetzt.

II. Bezeichnung ohne eine Schätzung:

1. Bei Belastung des Grundstücks nicht über die ersten 20000 RM*) hinaus kann der Vorstand auf die Vorlage einer Schätzung verzichten, wenn ihm selbst der Wert der Grundstücke zuverlässig bekannt ist.

2. Ferner kann auf eine Schätzung verzichtet werden, wenn die Beleihung sich hält:

bei einem Zinsfuß von 8 v. H. innerhalb des 10fachen Grundsteuerreinertrages**)									
"	"	"	"	7	"	"	11	"	"
"	"	"	"	6	"	"	12	"	"

wobei bei Grundstücken von weniger als 100 ha vorstehende Sätze auf das 11^e, 12^e und 13^efache des Grundsteuerreinertrages erhöht werden können.

III. Von dem gemäß Ziffer I und II ermittelten Beleihungswert dürfen — abgesehen von der Sonderregelung in II Ziffer 2 — beliehen werden: bei einem Zinssatz von 8 v. H. bis zu 35 v. H. des Beleihungswertes,

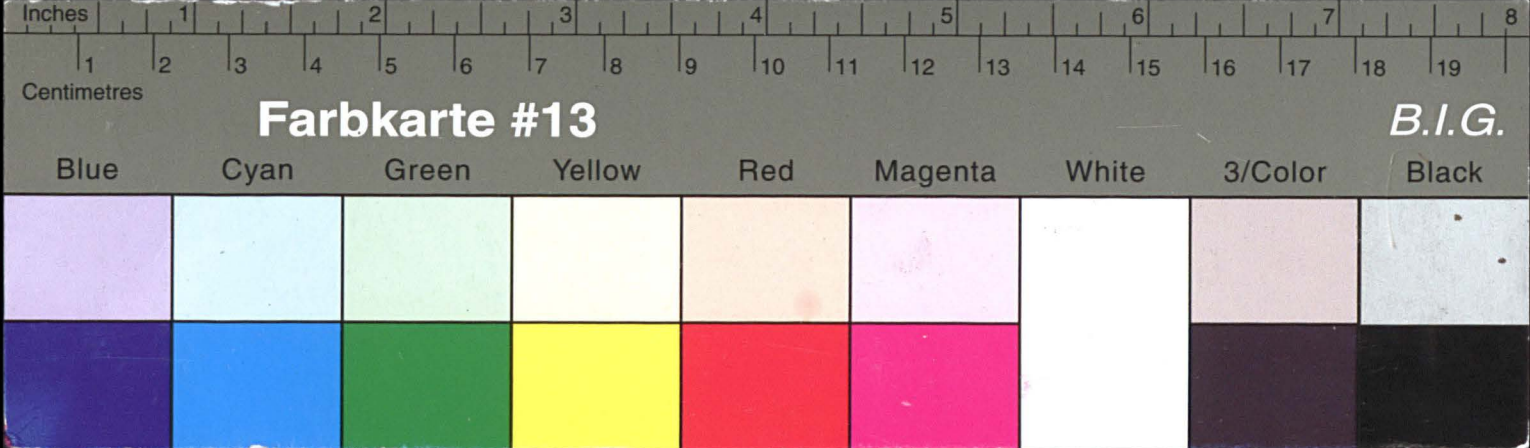
bei einem Zuschlag von	7	"	"	40	"	"
" " " "	6	"	"	45	"	"

wobei bei Grundstücken unter 100 ha auf diese Hundertsätze 10prozentige Zuschläge, mithin insgesamt 38,5 v. H., 44 v. H. und 49,5 v. H. des ersten mittleren Beleihungswertes gewährt werden dürfen.

Ueber diese Sätze darf ausnahmslos nicht hinausgegangen werden.

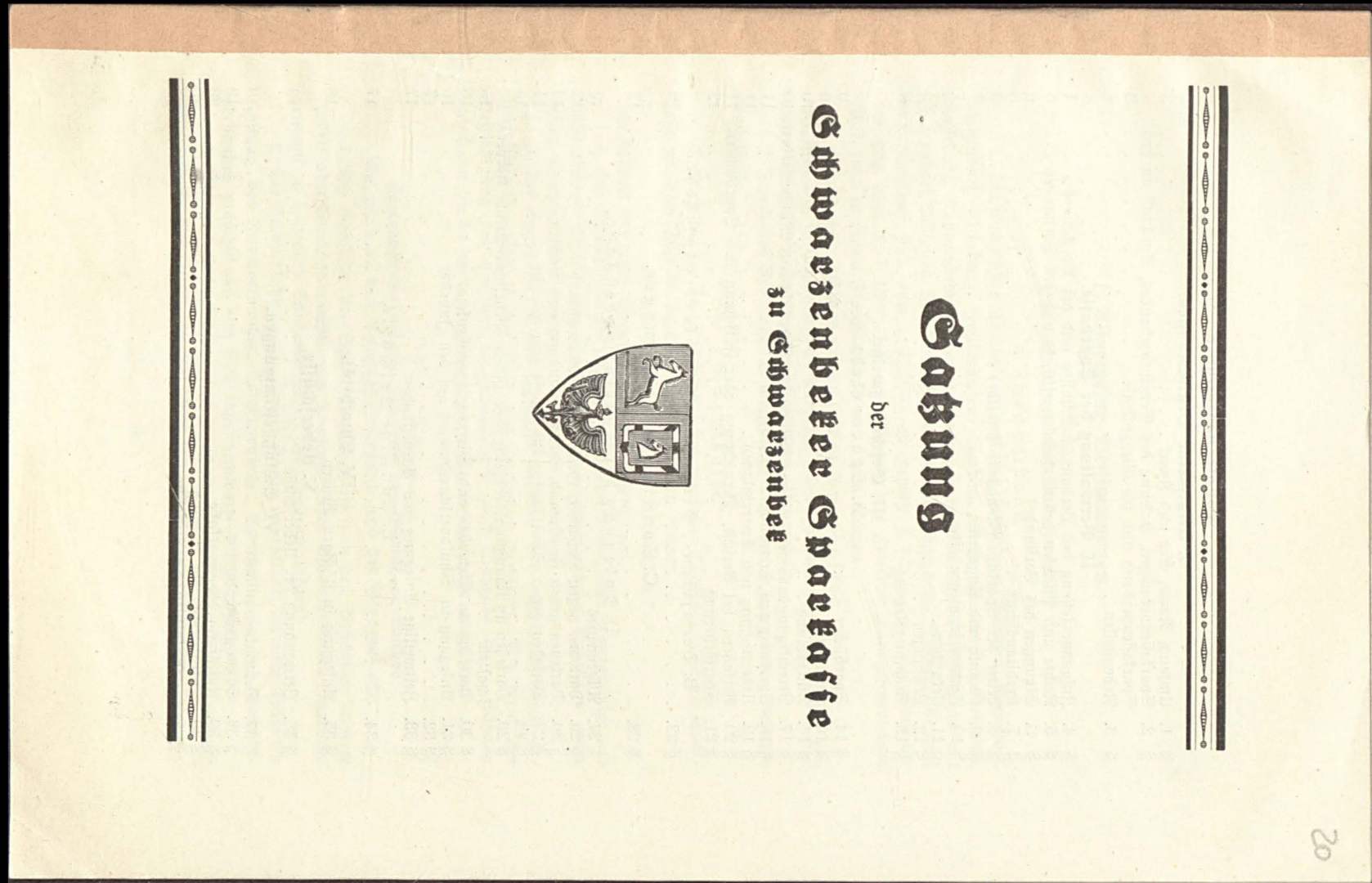
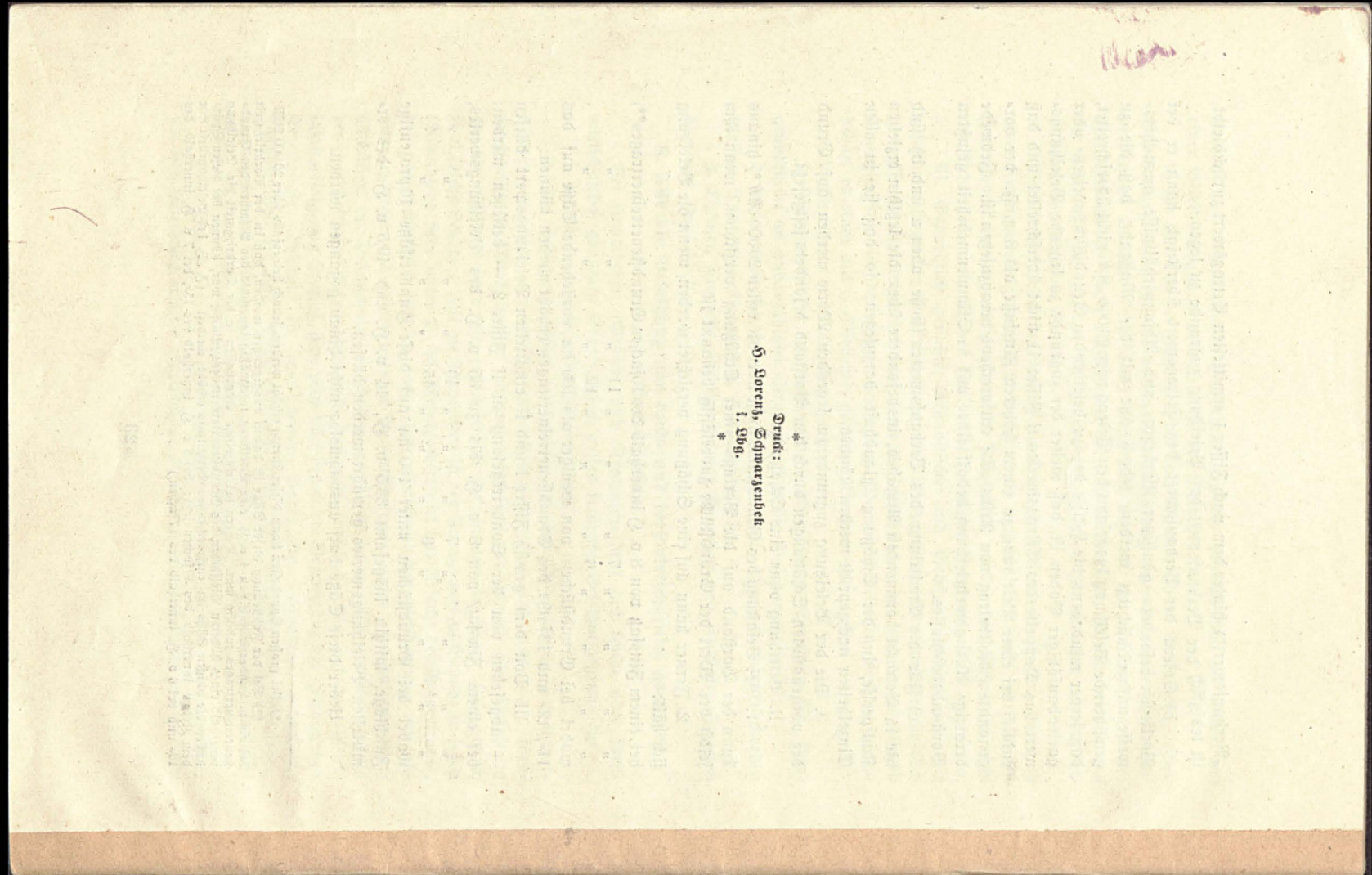
*) Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20 000 RM.

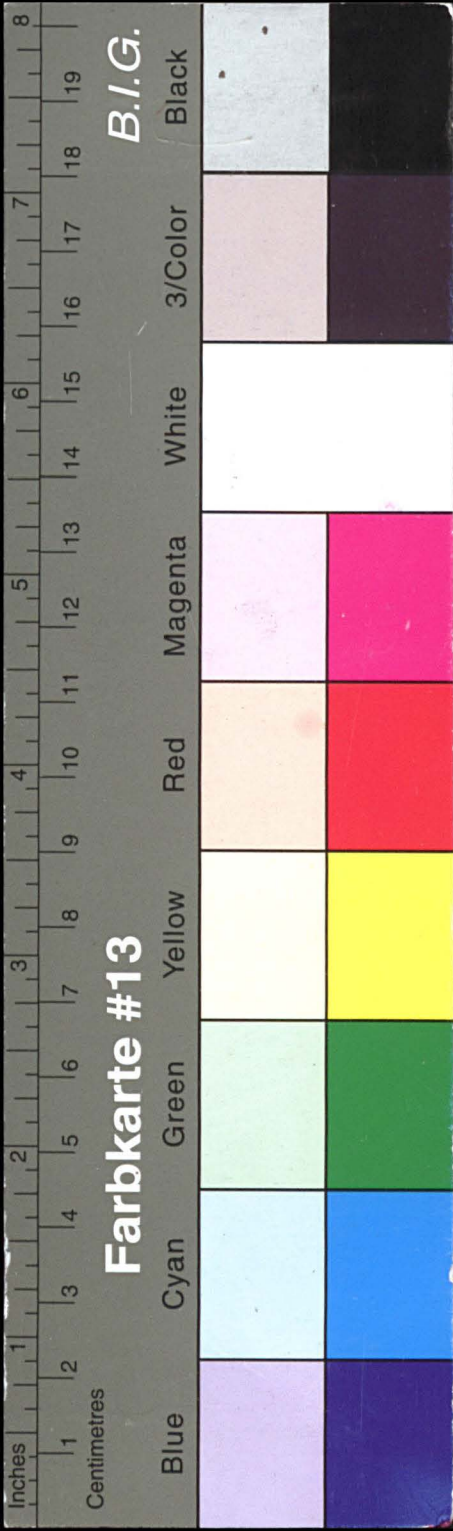
*) Bei der Herstellung dieser Sätze ist davon ausgegangen worden, daß in der Vorkriegszeit bei einem Zündensatz die Belohnung regelmäßig innerhalb des 20fachen des Grundbesuenerertrages zulässig war. Sofern bei einzelnen Sparkassen in der Vorkriegszeit die Belohnung etwas höheren Vielfachen des Grundbesuenerertrages zulässig war, können bei diesen Sparkassen die obigen Sätze im entsprechenden Verhältnis erhöht werden. (S. 16 und 17, 18 und 19, 20 und 21, 22 und 23, 24 und 25, 26 und 27, 28 und 29, 30 und 31, 32 und 33, 34 und 35, 36 und 37, 38 und 39, 40 und 41, 42 und 43, 44 und 45, 46 und 47, 48 und 49, 50 und 51, 52 und 53, 54 und 55, 56 und 57, 58 und 59, 60 und 61, 62 und 63, 64 und 65, 66 und 67, 68 und 69, 70 und 71, 72 und 73, 74 und 75, 76 und 77, 78 und 79, 80 und 81, 82 und 83, 84 und 85, 86 und 87, 88 und 89, 90 und 91, 92 und 93, 94 und 95, 96 und 97, 98 und 99, 100 und 101, 102 und 103, 104 und 105, 106 und 107, 108 und 109, 110 und 111, 112 und 113, 114 und 115, 116 und 117, 118 und 119, 120 und 121, 122 und 123, 124 und 125, 126 und 127, 128 und 129, 130 und 131, 132 und 133, 134 und 135, 136 und 137, 138 und 139, 140 und 141, 142 und 143, 144 und 145, 146 und 147, 148 und 149, 150 und 151, 152 und 153, 154 und 155, 156 und 157, 158 und 159, 160 und 161, 162 und 163, 164 und 165, 166 und 167, 168 und 169, 170 und 171, 172 und 173, 174 und 175, 176 und 177, 178 und 179, 180 und 181, 182 und 183, 184 und 185, 186 und 187, 188 und 189, 190 und 191, 192 und 193, 194 und 195, 196 und 197, 198 und 199, 200 und 201, 202 und 203, 204 und 205, 206 und 207, 208 und 209, 210 und 211, 212 und 213, 214 und 215, 216 und 217, 218 und 219, 220 und 221, 222 und 223, 224 und 225, 226 und 227, 228 und 229, 230 und 231, 232 und 233, 234 und 235, 236 und 237, 238 und 239, 240 und 241, 242 und 243, 244 und 245, 246 und 247, 248 und 249, 250 und 251, 252 und 253, 254 und 255, 256 und 257, 258 und 259, 260 und 261, 262 und 263, 264 und 265, 266 und 267, 268 und 269, 270 und 271, 272 und 273, 274 und 275, 276 und 277, 278 und 279, 280 und 281, 282 und 283, 284 und 285, 286 und 287, 288 und 289, 290 und 291, 292 und 293, 294 und 295, 296 und 297, 298 und 299, 300 und 301, 302 und 303, 304 und 305, 306 und 307, 308 und 309, 310 und 311, 312 und 313, 314 und 315, 316 und 317, 318 und 319, 320 und 321, 322 und 323, 324 und 325, 326 und 327, 328 und 329, 330 und 331, 332 und 333, 334 und 335, 336 und 337, 338 und 339, 340 und 341, 342 und 343, 344 und 345, 346 und 347, 348 und 349, 350 und 351, 352 und 353, 354 und 355, 356 und 357, 358 und 359, 360 und 361, 362 und 363, 364 und 365, 366 und 367, 368 und 369, 370 und 371, 372 und 373, 374 und 375, 376 und 377, 378 und 379, 380 und 381, 382 und 383, 384 und 385, 386 und 387, 388 und 389, 390 und 391, 392 und 393, 394 und 395, 396 und 397, 398 und 399, 400 und 401, 402 und 403, 404 und 405, 406 und 407, 408 und 409, 410 und 411, 412 und 413, 414 und 415, 416 und 417, 418 und 419, 420 und 421, 422 und 423, 424 und 425, 426 und 427, 428 und 429, 430 und 431, 432 und 433, 434 und 435, 436 und 437, 438 und 439, 440 und 441, 442 und 443, 444 und 445, 446 und 447, 448 und 449, 450 und 451, 452 und 453, 454 und 455, 456 und 457, 458 und 459, 460 und 461, 462 und 463, 464 und 465, 466 und 467, 468 und 469, 470 und 471, 472 und 473, 474 und 475, 476 und 477, 478 und 479, 480 und 481, 482 und 483, 484 und 485, 486 und 487, 488 und 489, 490 und 491, 492 und 493, 494 und 495, 496 und 497, 498 und 499, 500 und 501, 502 und 503, 504 und 505, 506 und 507, 508 und 509, 510 und 511, 512 und 513, 514 und 515, 516 und 517, 518 und 519, 520 und 521, 522 und 523, 524 und 525, 526 und 527, 528 und 529, 530 und 531, 532 und 533, 534 und 535, 536 und 537, 538 und 539, 540 und 541, 542 und 543, 544 und 545, 546 und 547, 548 und 549, 550 und 551, 552 und 553, 554 und 555, 556 und 557, 558 und 559, 560 und 561, 562 und 563, 564 und 565, 566 und 567, 568 und 569, 570 und 571, 572 und 573, 574 und 575, 576 und 577, 578 und 579, 580 und 581, 582 und 583, 584 und 585, 586 und 587, 588 und 589, 590 und 591, 592 und 593, 594 und 595, 596 und 597, 598 und 599, 600 und 601, 602 und 603, 604 und 605, 606 und 607, 608 und 609, 610 und 611, 612 und 613, 614 und 615, 616 und 617, 618 und 619, 620 und 621, 622 und 623, 624 und 625, 626 und 627, 628 und 629, 630 und 631, 632 und 633, 634 und 635, 636 und 637, 638 und 639, 640 und 641, 642 und 643, 644 und 645, 646 und 647, 648 und 649, 650 und 651, 652 und 653, 654 und 655, 656 und 657, 658 und 659, 660 und 661, 662 und 663, 664 und 665, 666 und 667, 668 und 669, 670 und 671, 672 und 673, 674 und 675, 676 und 677, 678 und 679, 680 und 681, 682 und 683, 684 und 685, 686 und 687, 688 und 689, 690 und 691, 692 und 693, 694 und 695, 696 und 697, 698 und 699, 700 und 701, 702 und 703, 704 und 705, 706 und 707, 708 und 709, 710 und 711, 712 und 713, 714 und 715, 716 und 717, 718 und 719, 720 und 721, 722 und 723, 724 und 725, 726 und 727, 728 und 729, 730 und 731, 732 und 733, 734 und 735, 736 und 737, 738 und 739, 740 und 741, 742 und 743, 744 und 745, 746 und 747, 748 und 749, 750 und 751, 752 und 753, 754 und 755, 756 und 757, 758 und 759, 760 und 761, 762 und 763, 764 und 765, 766 und 767, 768 und 769, 770 und 771, 772 und 773, 774 und 775, 776 und 777, 778 und 779, 780 und 781, 782 und 783, 784 und 785, 786 und 787, 788 und 789, 790 und 791, 792 und 793, 794 und 795, 796 und 797, 798 und 799, 800 und 801, 802 und 803, 804 und 805, 806 und 807, 808 und 809, 810 und 811, 812 und 813, 814 und 815, 816 und 817, 818 und 819, 820 und 821, 822 und 823, 824 und 825, 826 und 827, 828 und 829, 830 und 831



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

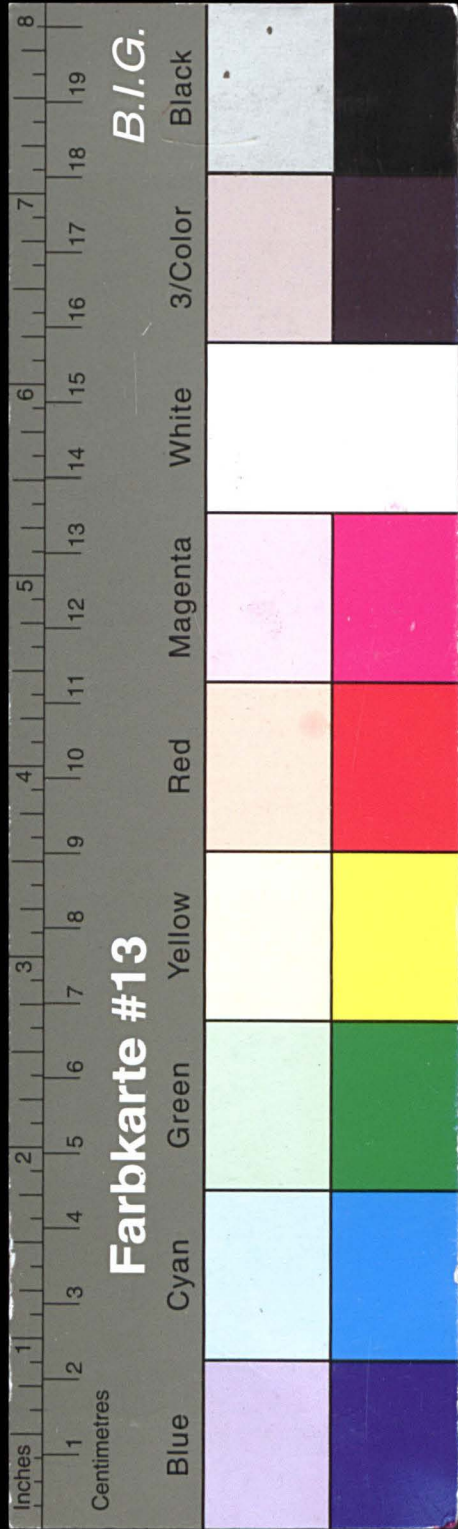
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

Inhaltsverzeichnis.		
I. Allgemeine Bestimmungen.		
		Seite
1. Umfang, Name, Sitz und Zweck		3
2. Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband und die Girozentrale		3
3. Nebenstellen		4
II. Verwaltung der Sparkasse.		
4. Zusammenfügung des Verbandsausschusses und des Vorstandes		4
5. Rechte und Pflichten des Verbandsvorsitzers und des Vorstandes		5
6. Sitzungen des Vorstandes		6
7. Kreditausschuß		6
8. Leiter der Sparkasse (Mendant, Direktor)		6
9. Beamte und Angestellte		7
10. Amtsverschwiegenheit		7
11. Urkunden		7
12. Prüfungen		8
13. Rechnungslegung		8
III. Geschäftszweige.		
A. Sparverkehr.		
14. Sparbücher		9
15. Verzinsung		9
16. Rückzahlung		10
17. Berechtigungsausweis. Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelber		10
18. Sperrung von Sparbüchern		11
19. Uebertragung von Spareinlagen		11
20. Verfahren bei Verlust, Vernichtung oder Fälschung von Sparbüchern		11
21. Sparförderung		12
B. Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr.		
22.		12
C. Sonstige Verpflichtungen.		
23.		12
D. Anlegung der Sparkassenbestände.		
24. Allgemeines		12
25. Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld		13
26. Darlehen gegen Faustpfand und Verpfändung von Rechten		13
27. Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel		14
28.		15
29. Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften		15
30. Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften		16
31. Anlegung in Schuldverschreibungen auf den Inhaber		16
32.		17
33. Zeitweilige Anlegung von Barbeständen		17
E. Sonstige Geschäfte.		
34.		17
IV. Liquidität.		
35. Anlegung in flüssigen Werten		18
V. Ueberschüsse.		
36. Verwendung der Ueberschüsse		19
VI. Schlußbestimmungen.		
37. Bekanntmachungen		19
38. Satzungsänderungen		19
39. Auflösung der Sparkasse		20
40. Inkrafttreten der Satzung		20
Anhang: Belehnungsgrundsätze		21

21

I. Allgemeine Bestimmungen.		
§ 1.		
Umfang, Name, Sitz und Zweck.		
a. Zweckverband.		
1. Die Gemeinden Lumühle-Villenkaup, Besehorst, Börsen, Brunstorf, Dassenorf, Escheburg, Fuhlenhagen, Grabau, Grove, Hadekost, Hohenhorn, Kasseburg, Kuddewörde, Köthel (launenburgerischen Anteils), Kröppelschagen mit Fahrenorf, Möhnen, Mühlenrade, Rothenbek, Schwarzenbek, Talkau, Wentorf und Wohltorf sind vom 1. 4. 1905 ab gemäß § 128 ff. der Landgemeindeordnung vom 4. 7. 1892, jetzt auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 19. 7. 1911 zu einem Zweckverband unter dem Namen		
„Schwarzenbeker Sparkasse“		
mit dem Sitz in Schwarzenbek vereinigt. Der Zweckverband hat gemäß § 6 dieses Gesetzes die Rechte einer öffentlichen Körperschaft.		
2. Zweck des Verbandes ist die Fortführung der im Jahre 1829 errichteten Sparkasse.		
b. Sparkasse.		
3. Diese für den Zweckverband Schwarzenbeker Sparkasse errichtete Sparkasse mit dem Sitz in Schwarzenbek führt den Namen		
„Schwarzenbeker Sparkasse“		
und bedient sich eines Siegels mit dieser Bezeichnung.		
4. Die Sparkasse ist eine selbständige, öffentlich-rechtliche, gemeinnützige und mündelsichere Anstalt des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse unter dessen uneingeschränkter Haftung.		
5. Die Sparkasse soll den Sparsinn fördern. Sie gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der Befriedigung der örtlichen Kreditbedürfnisse nach Maßgabe dieser Satzung und kann die in dieser Satzung zugelassenen Geldgeschäfte ausführen.		
§ 2.		
Sparkassenvermögen, Haftung des Gewährverbandes, Anschluß an den Sparkassenverband und die Girozentrale.		
1. Die Bestände der Sparkasse bilden ein von den Beständen anderer Kassen oder Vermögensmassen des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse getrennt zu haltendes Sondervermögen (Sparkassenvermögen).		
2. Die Verbindlichkeiten der Sparkasse sind unbeschadet der uneingeschränkten Haftung des Zweckverbandes Schwarzenbeker Sparkasse als des Gewährverbandes zunächst aus dem Sparkassenvermögen zu befriedigen.		
3. Die Kasse gehört dem Schleswig-Holsteinischen Sparkassenverband als Mitglied an und ist an die zuständige Girozentrale angeschlossen.		

3



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

4. Die Sparkasse haftet nicht für Schäden, welche durch Störung des Betriebes infolge Aufruhrs, Verfügung von hoher Hand, Streiks oder Aussperrung entstanden sind.

§ 3. Nebenstellen.

Die Errichtung von Nebenstellen mit Ein- und Auszahlungsverkehr (Zweigstellen) oder lediglich mit Einzahlungsverkehr (Annahmestellen) bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten nach Anhörung des zuständigen Sparkassenverbandes, wenn die Nebenstelle an einem Orte errichtet werden soll, der außerhalb des Gewährverbandes liegt.

II. Verwaltung der Sparkasse.

§ 4. a. Verbandsauschuß.

1. Die Verwaltung des Verbandes wird von einem Verbandsauschuß geführt. Diesen bilden die jeweiligen Gemeindevorsteher der im § 1 aufgeführten Gemeinden, der Verbandsvorsteher und dessen Stellvertreter. Die Vertretung des Gemeindevorstehers erfolgt im Behinderungsfalle durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied der Gemeindeverwaltung.

2. Der Verbandsauschuß wählt aus Mitgliedern der garantierenden Gemeinden einen Verbandsvorsteher und einen Stellvertreter für diesen auf sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet abwechselnd der Verbandsvorsteher und der Stellvertreter aus.

3. Der Verbandsvorsteher hat den Verbandsauschuß jährlich mindestens einmal zu einer Versammlung zu berufen, um die von dem Prüfungsausschuß (§ 13) geprüfte Jahresrechnung abzunehmen. Der Verbandsauschuß kann aber auch, so oft ein Bedürfnis dafür vorliegt, und muß berufen werden, wenn solches in besonderer Veranlassung von der Mehrzahl der Mitglieder desselben beantragt wird.

4. In den Versammlungen des Verbandsauschusses können nur über diejenigen Gegenstände gültige Beschlüsse gefaßt werden, welche bei der Einladung zur Versammlung namhaft gemacht sind.

5. Der Verbandsauschuß beschließt nach einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses muß aber mindestens die Hälfte der Mitglieder des Verbandsauschusses anwesend sein. Ist diese Zahl der Mitglieder bei der ersten Berufung nicht vorhanden, so wird eine zweite Versammlung berufen unter der Verwarnung, daß in derselben ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder über die auf die Tagesordnung gebrachten Gegenstände gültig werde beschloffen werden.

6. Zur Beschlufsfassung über die Aenderung dieser Satzung ist jedoch eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen und zur Beschlufsfassung über die Auflösung des Verbandes eine Stimmenmehrheit von zwei Drittel sämtlicher Mitglieder erforderlich. Der erste Beamte der Sparkasse hat mit beratender Stimme den Versammlungen des Verbandsauschusses beizuwohnen.

7. Ueber die Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen, welche vom Vorsitzenden und zwei Mitgliedern zu unterzeichnen ist.

8. Die Mitglieder des Verbandsauschusses führen ihr Amt als Ehrenamt und haben Anspruch auf Tagegeld und Reisekostenentschädigung.

b. Sparkassenauschuß (Vorstand).

9. Die Verwaltung der Sparkasse wird von dem Verbandsauschuß geführt. Zu diesem Zwecke wird ein geschäftsführender Sparkassenauschuß (Vorstand) gebildet.

10. Der Sparkassenauschuß (Vorstand) besteht aus

- 1) dem Verbandsvorsteher,
- 2) dem stellvertretenden Verbandsvorsteher,
- 3) einem weiteren Mitgliede des Verbandsauschusses,
- 4) zwei weiteren Mitgliedern aus den garantierenden Gemeinden, die nicht dem Verbandsauschuß anzugehören brauchen, sich aber durch wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde für das Sparkassenunternehmen eignen.

11. Die zu 3) und 4) genannten Mitglieder werden vom Verbandsauschuß auf 6 Jahre gewählt. Wählbar sind nur solche Personen, die in die Vertretungskörperschaft gewählt werden können. Alle 3 Jahre scheiden abwechselnd mit dem Verbandsvorsteher ein Mitglied, und mit dem Stellvertreter 2 Mitglieder aus. Für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes ist für den Rest der Amtszeit eine Ersatzwahl vorzunehmen. Die gewählten Mitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit bis zum Eintritt der neu gewählten Mitglieder in Tätigkeit.

12. Mitglieder des Vorstandes und anderer Ausschüsse dürfen nicht als Unternehmer, persönlich haftende Gesellschafter, Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder oder Angestellte an anderen Unternehmungen beteiligt sein, welche Spareinlagen oder Depositen annehmen. Ausgenommen sind solche Unternehmungen, welche entweder dem Gewährverbande gehören oder an denen dieser mit mehr als der Hälfte des Betriebskapitals beteiligt ist. Sie dürfen auch nicht ernannte oder gewählte Mitglieder der Steuerauschnisse oder Finanzgerichte sein.

§ 5. Rechte und Pflichten des Verbandsvorstehers und des Sparkassenauschusses (Vorstandes).

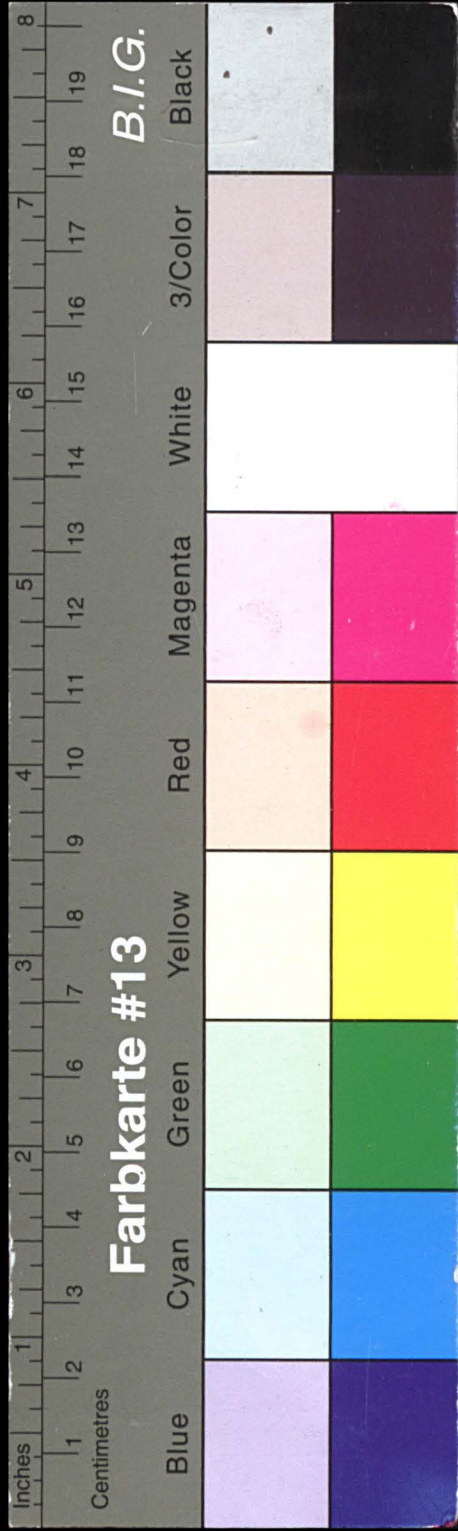
a. Verbandsvorsteher.

1. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband und mit der sich aus § 11 ergebenden Maßgabe, auch die Sparkasse nach außen.

2. Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Verbandsauschuß und Sparkassenauschuß (Vorstand) und wird von seinem Stellvertreter, in dessen Behinderung von dem dienstältesten Vorstandsmitgliede vertreten.

b. Sparkassenauschuß (Vorstand).

3. Der Sparkassenauschuß beaufsichtigt die laufende Geschäftsführung des Leiters der Sparkasse (§ 8), beschließt über alle Angelegenheiten der Sparkasse, soweit in der Satzung nicht ein anderes bestimmt ist und erläßt die im



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

§ 8 vorgegebene Geschäftsanweisung. Hierbei hat er die Vorschriften der
Satzung sowie die aufsichtsbehördlichen Anordnungen zu beachten.

4. Gewinnbeteiligung (Tantiemen und dergl.) an Vorstandsmitglieder
sind unzulässig. Sie haben Anspruch auf Tagegeld und Reisekostenentschädigung.

5. Der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder des Sparkassenausschusses
durch Handschlag zur Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten.

§ 6.

Sitzungen des Vorstandes.

1. Der Vorsitzende beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes. Der
Vorstand ist bei Bedarf, mindestens jedoch alle vier Wochen und innerhalb
von drei Tagen, wenn die Hälfte der Mitglieder es beantragt, einzuberufen.

2. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder und
unter ihnen der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter anwesend sind.

3. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit der Er-
schienenen, soweit nicht satzungsmäßig eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist.
Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder seines Stell-
vertreters den Ausschlag.

4. Vorstandsmitglieder dürfen an der Beratung und Beschlussfassung
über solche Angelegenheiten nicht teilnehmen, an denen sie selbst oder ihre An-
gehörigen interessiert sind. Das gleiche gilt bezüglich solcher Angelegenheiten,
an denen private oder öffentlich-rechtliche Rechtspersonlichkeiten oder Unter-
nehmungen, zu deren Organen die Vorstandsmitglieder gehören, interessiert
sind, es sei denn, daß es sich um Angelegenheiten des eigenen Gewährverbandes
der Sparkasse handelt.

5. Die Beschlüsse des Vorstandes sind in einem Beschlussbuch einzutragen
und vom Vorsitzenden und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

§ 7.

Kreditausschuß.

1. Der Vorstand kann die Bewilligung von gedeckten Krediten der in
den §§ 25, 26, 27 Absatz 1 und 3-6 und § 29 aufgeführten Art auf einen
besonderen Ausschuß (Kreditausschuß) für solche Fälle übertragen, die wegen
ihrer besonderen Eilbedürftigkeit nicht bis zur nächsten Vorstandsitzung auf-
geschoben werden können.

2. Der Kreditausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes,
dem Leiter der Sparkasse und mindestens zwei Vorstandsmitgliedern.

3. Für die Sitzungen des Kreditausschusses gelten die Bestimmungen des
§ 6 Absatz 2-5 entsprechend.

4. Sämtliche Beschlüsse des Kreditausschusses sind dem Vorstand bei
seiner nächsten Sitzung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

§ 8.

Leiter der Sparkasse (Rendant, Direktor).

1. Der Leiter der Sparkasse (Rendant, Direktor) führt verantwortlich die
laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Satzung, der aufsichtsbehördlichen An-

ordnungen und der vom Vorstand zu erlassenden Geschäftsanweisung. Zu den
laufenden Geschäften gehört nicht die Bewilligung irgendwelcher Kredite, es
sei denn, daß in einer von der Aufsichtsbehörde ausdrücklich genehmigten Ge-
schäftsanweisung dem Leiter der Sparkasse eine solche Befugnis für kleinere
Kredite unter Festsetzung eines Höchstsatzes übertragen ist. Der Leiter der Spar-
kasse nimmt an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil. Die
Bestimmungen des § 5 b Absatz 2 und des § 6 Absatz 4 finden entsprechende
Anwendung.

§ 9.

Beamte und Angestellte.

1. Die Annahme, Festsetzung der Anstellungsbedingungen, Anstellung,
Beförderung, Versetzung, Entlassung der Beamten und Angestellten der Spar-
kasse erfolgt nach Anhörung des Sparkassenvorstandes durch das Verwaltungs-
organ des Gewährverbandes. Bezüglich der Angestellten können diese
Befugnisse von den Organen des Gewährverbandes auf den Sparkassen-
vorstand übertragen werden. Die Bestimmung des § 5 b Absatz 2 findet
entsprechende Anwendung. Die Vertretung verhinderter Beamten sowie
die Annahme von Hilfskräften regelt der Vorstand, in eiligen Fällen
der Vorsitzende.

2. Die Beamten und Angestellten der Sparkasse haben die Bestimmungen
der Satzung und der Geschäftsanweisung zu beachten.

3. Zahlungen dürfen sie, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt
ist, nur im Kassenraume entgegennehmen und leisten.

§ 10.

Amtsverschwiegenheit.

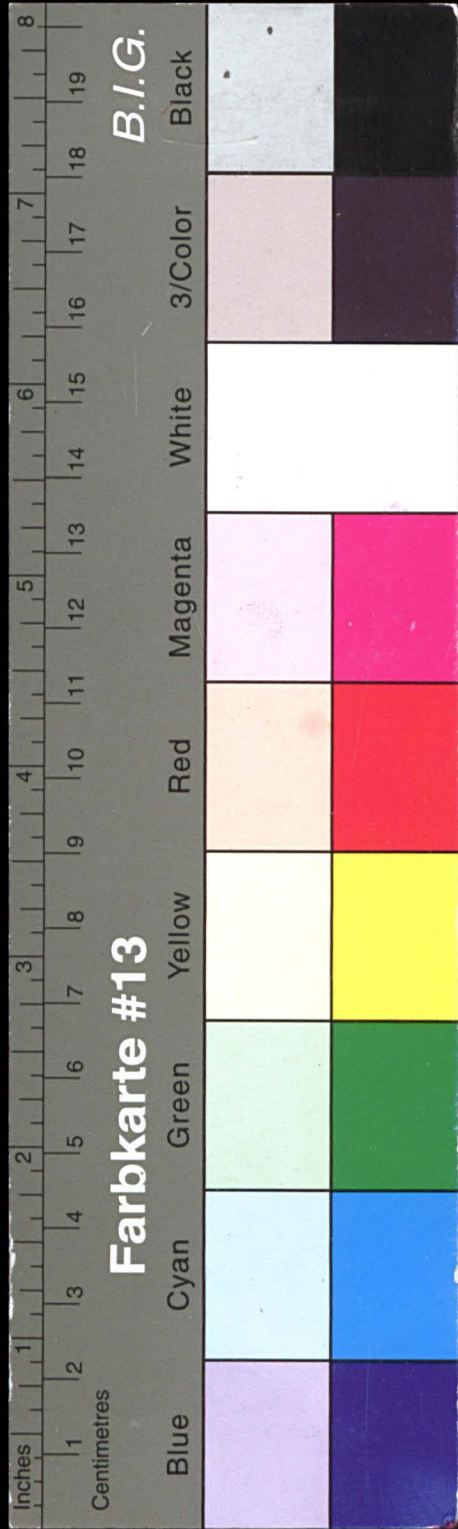
Die Mitglieder des Vorstandes, der Leiter sowie die übrigen Beamten
und Angestellten der Sparkasse sind zur Amtsverschwiegenheit über den Ge-
schäftsverkehr der Sparkasse, insbesondere über deren Gläubiger und Schuldner,
verpflichtet.

§ 11.

Urkunden.

1. Für Urkunden, welche die Sparkasse verpflichten, sowie für sämtliche
Urkunden in Grundstücks- und Grundbuchangelegenheiten, Vollmachten und
Bürgschaftserklärungen genügt unbeschadet der Bestimmungen des folgenden
Satzes die Unterschrift des Verbandsvorsitzers oder seines Stellvertreters und
eines anderen Mitgliedes des Verbandsausschusses, das dem Vorstande an-
gehört, unter Gegenunterschrift des Leiters der Sparkasse oder seines Stell-
vertreters und unter Beifügung des Siegels der Sparkasse. Auf Wechseln,
Schecks, Akkreditiven, Anweisungen, Ausweisen, Quittungen, Bescheinigungen,
Schriftstücken über Geschäfte nach den §§ 22 und 34 sowie bei Eintragungen
in den Sparbüchern (§ 14) genügen die Unterschriften von zwei vom Vorstand
bestellten Beamten oder Angestellten.

2. Urkunden, die den vorstehenden Formvorschriften genügen, sind für die
Sparkasse ohne Rücksicht auf die Innehaltung sonstiger satzungsmäßiger Be-
stimmungen im Einzelfall rechtsverbindlich.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

3. Die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 1 sollen unter der Bezeichnung „Der Verbandsausschuß der Schwarzenbeker Sparkasse“, die Unterschriften nach Absatz 1 Satz 2 unter der Bezeichnung „Schwarzenbeker Sparkasse“ erfolgen.
4. Namen und Unterschriften der nach Absatz 1 Zeichnungsberechtigten sind durch Aushang im Kassenraum bekanntzugeben.
5. Die Berechtigung, Urkunden und Unterschriften nach Absatz 1 zu ziehen, wird erforderlichenfalls bezüglich der Beamten und Angestellten durch den Vorsitzenden des Verwaltungsorgans des Gewährverbandes bescheinigt, im übrigen durch den Kreisaußchuß.

§ 12. Prüfungen.

1. Der Vorstand oder von ihm beauftragte Mitglieder haben neben den ordentlichen monatlichen Prüfungen, die der Vorstand anberaumt, mindestens viermal im Jahre eine unvermutete Prüfung der Sparkasse vorzunehmen. Hierbei sind außer den Geschäftsbüchern der Kasse und den Wechseln einschließlich des Wechselobligos insbesondere die Anlagewerte und die Unterlagen für größere Kredite und mindestens Stichprobenweise die übrigen Kreditaktien zu prüfen.
2. Daneben ist die Sparkasse verpflichtet, sich den durch die Aufsichtsbehörde selbst oder den in ihrem Auftrage durch den zuständigen Sparkassenverband erfolgenden, unvermuteten sachmännischen Prüfungen zu unterwerfen, und zwar jährlich. Die Kosten der Prüfungen durch die Organe des Sparkassenverbandes hat die Sparkasse zu tragen.

§ 13. Rechnungslegung.

1. Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Spätestens 3 Monate nach Schluß eines jeden Rechnungsjahres hat der Leiter der Sparkasse dem Vorstand eine Jahresrechnung sowie eine Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung (sowie einen Verwaltungsbericht) vorzulegen.
3. Die Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (sowie der Verwaltungsbericht) werden vom Vorstand geprüft und festgestellt und sodann dem Verwaltungsorgan des Gewährverbandes (nebst Verwaltungsbericht) zwecks Herbeiführung der Genehmigung und Entlastung durch die Vertretungskörperschaft des Gewährverbandes vorgelegt. Die Prüfung der Jahresrechnung erfolgt durch drei Mitglieder des Verbandsausschusses, die von diesem auf sechs Jahre gewählt werden und nicht Mitglieder des Vorstandes sein dürfen. Scheidet ein Mitglied während der Wahlperiode aus dem Verbandsausschuß aus, so scheidet es damit auch aus dem Prüfungsausschuß aus. Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden drei Stellvertreter gewählt. Zur Vorprüfung der Jahresrechnung nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann sich der Vorstand der Revisions Einrichtung des Sparkassenverbandes bedienen.
4. Spätestens 6 Monate nach Schluß des Rechnungsjahres ist die Bilanz durch Aushang im Kassenraum oder durch Bekanntmachung gemäß § 37 zu veröffentlichen.

III. Geschäftszweige.

A. Sparverkehr.

§ 14.

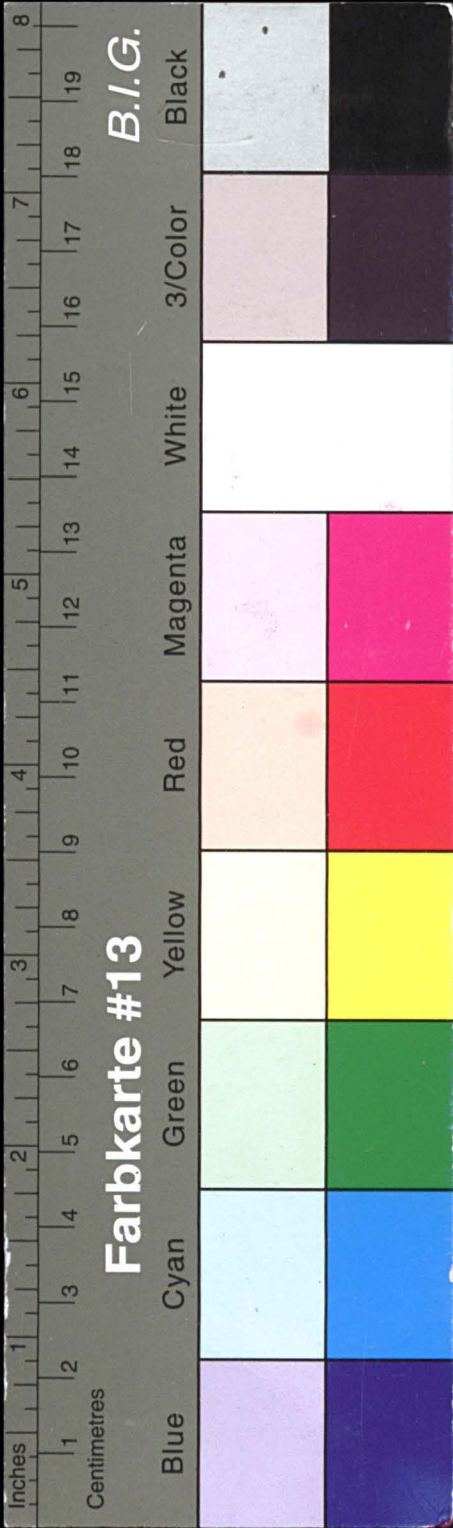
Sparbücher.

1. Die Sparkasse nimmt von Jedermann Spareinlagen in Höhe von mindestens 1 *RM* an.
2. Jeder Sparer erhält bei der ersten Einlage ein Sparbuch, das Namen, Stand und Wohnung des Sparerers sowie die Nummer der für ihn angelegten Rechnung angibt und mit dem Siegel der Sparkasse versehen ist. Das Sparbuch enthält ferner die Satzungsbestimmungen über die Zeichnungsberechtigung der Kassenbeamten und über Verzinsung, Rückzahlung und Verjährung der Spareinlagen.
3. Jede Ein- und Rückzahlung wird durch zwei gemäß § 11 Abs. 1 bestellte Beamte oder Angestellte mit Angabe des Tages der Tagebuchnummer und eigenhändiger Unterschrift in das Sparbuch eingetragen. Bei maschinellen Eintragungen werden Art und Weise der Quittungsleistung und Sicherung durch Aushang in der Sparkasse bzw. im Anhang der Sparbücher bekanntgegeben. Einzahlungen durch Postanweisung, Ueberweisung, Schecküberfendung und dergleichen werden bei der nächsten Vorlegung des Sparbuchs eingetragen.
4. Die Sparbücher werden mit fortlaufenden Nummern versehen.

§ 15.

Verzinsung.

1. Der Zinsfuß für Spareinlagen wird durch den Vorstand festgesetzt und durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht. Der Zinsfuß hat sich jeweils innerhalb der vom zuständigen Sparkassenverband bestimmten Grenzen zu halten.
2. Eine Zinsherabsetzung tritt für bestehende Spareinlagen erst in Kraft, nachdem sie 2 Wochen lang durch Aushang im Kassenraum bekanntgemacht worden ist, soweit nicht Ziffer 3 Platz greift.
3. In Einzelfällen kann der Vorstand einen anderen als den allgemeinen Zinssatz vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.
4. Der Zinslauf beginnt mit dem auf die Einzahlung folgenden und endet mit dem der Rückzahlung vorhergehenden Werktag. Der Monat wird zu 30 Tagen, das Jahr zu 360 Tagen gerechnet.
5. Die aufgelaufenen Zinsen werden am Jahreschluß dem Kapital zugeschrieben und mit diesem vom Beginn des neuen Rechnungsjahres ab verzinst.
6. Nur volle Reichsmarkbeträge werden verzinst.
7. Mit Ablauf von 30 Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Einlage oder Rückzahlung bewirkt worden ist, endigt die Verzinsung der Spareinlage. Sind weitere 5 Jahre ohne Vorlage des Sparbuchs verfloßen, so kann nach vorausgegangener, durch Aushang in den Kassenräumen zu veröffentlichender Bekanntmachung das Guthaben der Sicherheitsrücklage



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

überwiesen werden. Vorstehende Fristen beginnen bei gesperrten Sparbüchern mit dem Ablauf der Sperre.

§ 16.

Rückzahlung.

1. Die Sparkasse zahlt Beträge bis zu 300 *RM* ohne vorherige Kündigung sofort aus. Zur Rückzahlung höherer Beträge innerhalb eines Zeitraums von einem Monat ist die Sparkasse jedoch nur verpflichtet, wenn eine rechtzeitige Kündigung (Absatz 2) erfolgt ist.

2. Die Kündigungsfrist beträgt, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist, für Beträge von mehr als 300 *RM* bis 1000 *RM* einen Monat, für Beträge über 1000 *RM* drei Monate.

Mit Einmonatsfrist dürfen innerhalb eines Monats insgesamt nicht mehr als 1000 *RM* gekündigt werden.

3. Die Kasse kann Kündigungen als nicht erfolgt ansehen, wenn der Sparer das Geld nicht binnen drei Tagen nach Fälligkeit abhebt.

4. Die Kasse hat das Recht, ihrerseits Spareinlagen zu kündigen. Eine solche Kündigung erfolgt schriftlich oder durch zweimalige öffentliche Bekanntmachung (§ 37) mit einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen, sofern keine längere Kündigungsfrist vereinbart ist. Die Verzinsung derart gekündigter, zur Verfallzeit nicht abgehobener Spareinlagen erfolgt nach freiem Ermessen der Sparkasse.

5. In Einzelfällen kann der Vorstand andere als die in dieser Satzung vorgesehenen Rückzahlungsbedingungen vereinbaren. Solche Vereinbarungen sind im Sparbuch und auf dem Kontoblatt zu vermerken.

6. Bei Rückzahlung von Einlagen und Auszahlung von Zinsen soll regelmäßig das Sparbuch vorgelegt werden.

7. Hat die Sparkasse das Sparbuch durch einen Vermerk zum Zwecke des Ueberweisungsverkehrs gesperrt, so kann der Einleger auch ohne jedesmalige Vorlegung des Sparbuchs durch Ueberweisung oder durch Scheck über sein Guthaben verfügen.

8. Wird die gesamte Spareinlage zurückgezahlt, so hat der Empfänger das Sparbuch der Sparkasse zurückzugeben.

§ 17.

Berechtigungsausweis. Sicherstellung der Berechtigten. Mündelgelder.

1. Die Sparkasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, an jeden Vorleger des Sparbuchs Zahlung zu leisten.

2. Um unbefugte Abhebung der Spareinlagen zu verhüten, kann der Sparer bestimmen, daß die Sparkasse nur gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises oder unter Beachtung einer anderen Sicherheitsvereinbarung zahlt. Er hat dafür eine Gebühr zu entrichten, die der Vorstand festsetzt.

3. Sparbücher, auf die ein Vormund, ein Pfleger oder eine Mutter, der ein Beistand bestellt ist, nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Einzahlungen leistet, sind durch die Aufschrift „Mündelgeld“ kenntlich zu machen. In diesen Fällen darf das Kapital ganz oder teilweise nur mit Genehmigung

des Gegenvormundes — Beistandes — oder des Vormundschaftsgerichtes und gegen Ausweis über die Person des Berechtigten ausgezahlt werden.

§ 18.

Sperrung von Sparbüchern.

1. Auf Antrag des Sparers kann die Sparkasse ein Sparbuch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt oder bis zum Eintritt eines bestimmten Ereignisses durch Eintragung eines Vermerks sperren; sie darf dann das Guthaben nur nach der Bestimmung dieses Vermerks auszahlen.

2. Der Sperrvermerk wird aufgehoben, wenn die Person stirbt, zu deren Gunsten der Vermerk eingetragen ist, wenn der bestimmte Zeitpunkt oder das erwartete Ereignis eintritt, oder wenn sich herausstellt, daß es nicht eintreten kann. Vorher darf die Sperre nur mit Genehmigung des Vorstandes aufgehoben werden.

3. Der Sperrvermerk bezieht sich auf alle Einlagen und Zinsen, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

§ 19.

Übertragung von Spareinlagen.

Auf Verlangen überträgt die Sparkasse Spareinlagen an eine andere Sparkasse und übernimmt Einlagen von auswärtigen Sparkassen.

§ 20.

Verfahren bei Verlust, Vernichtung oder Fälschung von Sparbüchern.

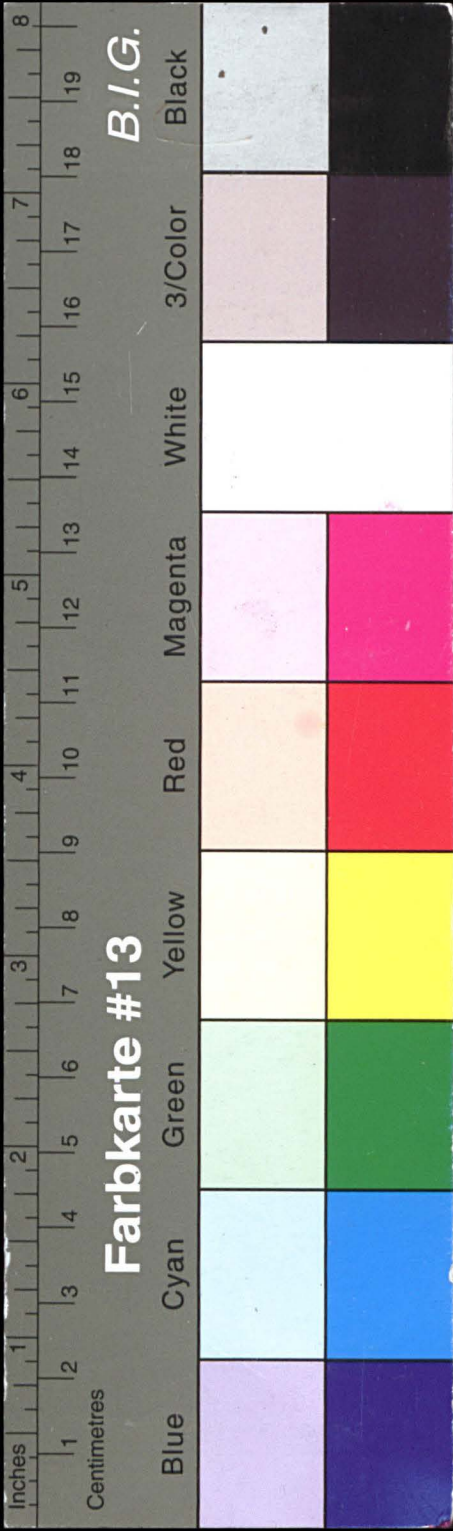
1. Der Verlust oder die Vernichtung eines Sparbuchs ist unverzüglich der Sparkasse anzuzeigen.

2. Wird die Vernichtung eines Sparbuchs dem Vorstand überzeugend nachgewiesen, so kann ein neues Sparbuch ausfertigt werden.

3. Wird die Vernichtung des Sparbuchs nicht überzeugend nachgewiesen, so steht es dem Vorstande frei, entweder selbst das Sparbuch auf Kosten des Sparers aufzubieten und für kraftlos zu erklären oder ihn an das zuständige Gericht zu verweisen. Das Gleiche gilt beim Verlust des Sparbuchs.

4. Uebernimmt die Kasse das Aufgebot, so hat sie es zweimal mit einer Zwischenfrist von vier Wochen in der im § 37 der Satzung genannten Blättern bekanntzugeben. Die erste Bekanntmachung darf erst drei Monate nach der Anmeldung des Verlustes erfolgen, nachdem der Sparer schriftlich erklärt hat, daß das Sparbuch noch nicht wieder aufgefunden ist. Wird binnen vier Wochen nach der zweiten Bekanntmachung kein Widerspruch erhoben, so kann dem Sparer ein neues Sparbuch ausfertigt werden. Andernfalls sind die streitenden Parteien an die ordentlichen Gerichte zu verweisen.

5. Wenn ein verlorenes Sparbuch vor Durchführung des Aufgebotsverfahrens durch einen Dritten vorgelegt wird, so hat die Sparkasse einen entsprechenden Vermerk einzutragen, darf aber an den Dritten keinerlei Zahlung leisten, sofern sich nicht entweder der Sparer selbst damit ausdrücklich einverstanden erklärt oder eine vollstreckbare Entscheidung über die Person des Verfügungsberechtigten beigebracht wird.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

6. Entsteht der Verdacht, daß unbefugte Änderungen des Sparbuchs erfolgt sind, so ist das Sparbuch gegen Bescheinigung zurückzubehalten und die Entscheidung des Vorstandes einzuholen. Auf solche Sparbücher werden für die Dauer der Zurückbehaltung weder Ein- noch Rückzahlungen zugelassen.

§ 21.
Sparförderung.

Zur Förderung der Sparsätigkeit kann der Vorstand besondere Einrichtungen schaffen, wie: Schulsparkassen, Fabriksparkassen, Vereinsparkassen, Sparmarken, Heimsparbüchern, Sparautomaten, Geschenksparkbücher, Abholungsverfahren.

B. Depositen, Giro- und Kontokorrentverkehr.
§ 22.

1. Die Sparkasse betreibt den Depositen-, Giro- und Kontokorrentverkehr nach den ergangenen ministeriellen Anordnungen und nimmt in diesem Verkehr Einlagen, über die Sparbücher nicht ausgestellt werden, entgegen. Ueber diese Einlagen kann durch Scheck- oder Giroüberweisung verfügt werden. Die Bestimmungen des § 15 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 1 finden entsprechende Anwendung.

2. Die Kredite im Kontokorrentverkehr müssen nach den für die Anlegung der Sparkassenbestände geltenden Bestimmungen (§§ 24 ff.) gedeckt und in der Regel fristlos kündbar sein.

C. Sonstige Verpflichtungen.
§ 23.

1. Darlehen, insbesondere solche zur Verstärkung der Betriebsmittel, dürfen nicht aufgenommen werden, abgesehen von besonderen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dazu erteilt. Lediglich zur Deckung eines vorübergehenden Geldbedarfs dürfen entsprechend kurzfristige Kredite bei den in § 33 bezeichneten Stellen auf Grund Vorstandsbeschlusses aufgenommen werden.

2. Beteiligungen sind nur bei der zuständigen Girozentrale zulässig.

3. Bürgschaften dürfen durch die Sparkasse nur gegen die für die Gewährung von Darlehen satzungsmäßig vorgeschriebenen Sicherheiten übernommen werden.

D. Anlegung der Sparkassenbestände.
§ 24.

Allgemeines.

1. Die Bestände der Sparkasse dürfen nur angelegt werden:

- in Realkredit durch Gewährung von Darlehen gegen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden (§ 25),
- in Personalkredit an den Mittelstand und die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise durch Gewährung von
 - Darlehen gegen Faustpfand (§ 26),
 - Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel (§ 27),

- in Darlehen an Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften (§ 29),
- in Darlehen an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kredit- und Warengenossenschaften (§ 30),
- in Schuldverschreibungen auf den Inhaber (§ 31),
- in Erwerb ausstehender Geldforderungen (§ 32),
- kurzfristig bei Bankanstalten (§ 33),
- in eigenen Verwaltungsgebäuden sowie erforderlichenfalls in Grundstücken, die im Wege der Zwangsversteigerung erworben werden müssen.

2. Die Anlegung der Sparkassenbestände in Krediten zu Spekulationszwecken ist unzulässig.

3. Bei der Gewährung von Krediten sind sämtliche Verbindlichkeiten des Kreditnehmers gegenüber der Sparkasse, insbesondere auch solche aus Bürgschaften und Wechseln zu berücksichtigen.

§ 25.

Darlehen gegen Hypothek, Grund- oder Rentenschuld.

1. Darlehen können gegen Bestellung von Hypotheken oder Grundschulden auf Grundstücke, die im Bezirk des Gewährbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen belegen sind, nach Maßgabe der aus der Anlage ersichtlichen Beleihungsgrundsätze gewährt werden.

2. Darlehen können auch gegen Bestellung einer Rentenschuld an den erwähnten Grundstücken gegeben werden. Dabei gilt der jeweilige Ablösungswert der Rentenschuld als ihr Kapitalbetrag.

3. Soweit die Sicherheit auf dem Werte von Gebäuden beruht, ist die Beleihung nur zulässig, wenn und solange diese Gebäude bei einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt oder bei einer inländischen privaten Versicherungs-gesellschaft bis zur vollen Höhe des durch Feuer zerstörbaren Wertes gegen Feuer versichert sind und, sofern nicht öffentliche Feuerversicherungsanstalten satzungsgemäß die erforderliche Sicherheit gewähren, ein Hypotheken-sicherungsschein beigebracht wird.

4. Hypotheken und Grundschulden sollen in der Regel planmäßig getilgt werden.

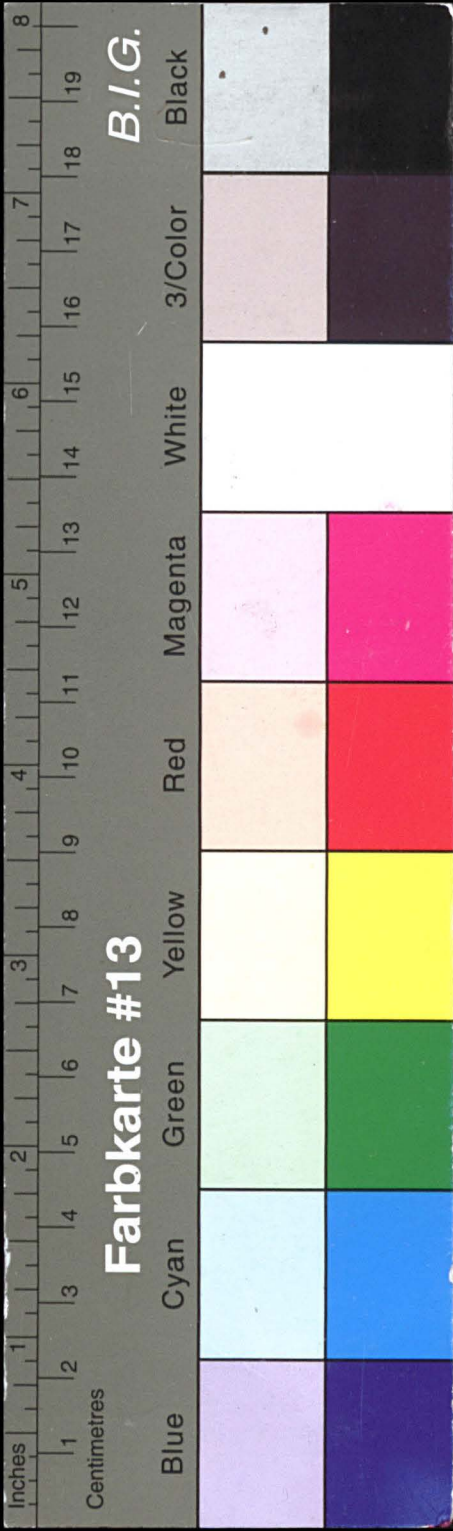
5. Unter den Voraussetzungen der §§ 18 ff. der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 72) dürfen auch Erbbaurechte beliehen werden.

§ 26.

Darlehen gegen Faustpfand und Verpfändung von Rechten.

1. Darlehen, die jederzeit zurückgefordert werden können, sind zulässig gegen Verpfändung

- beweglicher Werte (Lombardgeschäft) nach den für die Reichsbank gemäß § 21 Absatz 1 Ziffer 3a-c des Bankgesetzes vom 30. August 1924 — Reichsgesetzbl. S. 235 — geltenden Bestimmungen. Außerdem sind die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder, der in-



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

ländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sämtlich bis zu 80 v. H. ihres Kurswertes beleihungsfähig. Eine Beleihung von Aktien darf nur nach den für die Preussische Staatsbank jeweils geltenden Bestimmungen, aber nur bis zu $\frac{1}{4}$ des nach diesen jeweils geltenden Beleihungssages erfolgen. Sinkt der Kurs, so ist das Pfand entsprechend zu ergänzen oder das Darlehen sofort zurückzuzahlen.

Die Sparkasse entschädigt die Verpfänder nicht für Nachteile, die durch Auslosung oder Kündigung der verpfändeten Wertpapiere entstehen;

b) von Forderungen gegenüber deutschen öffentlichen Sparkassen, einschließlich der eigenen, bis zur Höhe des eingezahlten Betrages. Das Darlehen darf nicht ausbezahlt werden, bevor die Sparkasse, die das Sparbuch ausgestellt hat, durch den Einleger von der Verpfändung benachrichtigt ist und hiervon unter Bestätigung der Richtigkeit des Sparguthabens Mitteilung gemacht hat. Sparbücher über 20000 *ℳ* dürfen nur beliehen werden, wenn der Vorstand der Sparkasse, die das Buch ausgestellt hat, die Ordnungsmäßigkeit der Einlage bescheinigt;

c) von Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen mit der im § 25 verlangten Sicherheit, wobei es der Sparkasse überlassen bleibt, dem Hypotheken- oder Grundschuldner zugleich namens des Pfandbestellers Mitteilung zu machen;

d) von Forderungen aus Lebensversicherungen in Deutschland zugelassener Gesellschaften, jedoch nur bis zu 80 v. H. des jeweiligen Rückkaufwertes;

e) von Wechseln, die den Voraussetzungen des § 27 Absatz 4 entsprechen (Wechsellombard);

f) von anderen Forderungen, die die Sparkasse erwerben darf, bis zu 90 v. H. des Nennwertes;

g) von Kaufmannswaren, insbesondere des mittleren und Kleingewerbestandes, die im Inlande lagern und nicht dem Verderben unterliegen, bis zu 30 v. H. des von einem vereidigten Handelskammersachverständigen festgestellten jeweiligen Handelswertes.

2. Als zusätzliche Sicherungen neben einer anderen sachungsmäßigen können dienen: Sicherungsübereignungen und Abtretungen, sowie Verpfändungen sicherer Werte, insbesondere von Gehalts-, Lohn- und anderen Forderungen, bis zur Hälfte, von Maschinen, Einrichtungsgegenständen und anderen beweglichen Sachen, nur bis zu einem Viertel ihres jederzeit erzielbaren Wertes; Verpfändungen solcher Art dürfen nur erfolgen, wenn es der Vorstand im Einzelfall mit mindestens Dreiviertel-Stimmenmehrheit beschließt.

§ 28.

Darlehen gegen Schuldschein, Bürgschaft oder Wechsel.

1. Darlehen gegen Schuldschein können auf höchstens 6 Monate oder als Tilgungsdarlehen auf längere Zeit, jedoch mit dem Vorbehalt einer jeder-

zeit zulässigen Kündigung von 14 Tagen, gewährt werden, wenn eine oder mehrere sichere Personen für Kapital, Zinsen und Kosten als Selbstschuldner bürgen oder mithaften. Die Sicherheit der Schuldner und Bürgen hat der Vorstand jährlich zu prüfen.

2. Gegen einfachen Handschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu 3000 *ℳ* nur auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes bewilligt werden; sie sind jederzeit fristlos kündbar. Der Gesamtbetrag solcher Darlehen darf nicht über 4 v. H. des Gesamteinlagenbestandes hinausgehen. Der Vorstand hat die Sicherheit solcher Darlehen vierteljährlich zu prüfen.

3. Darlehen gegen Wechsel dürfen nur gewährt werden, wenn neben dem Darlehnsnehmer noch eine oder mehrere sichere Personen wechselmäßig haften. Der Wechsel muß auf die Sparkasse lauten und spätestens drei Monate nach dem Datum der Ausstellung zahlbar gestellt sein.

4. Kredite durch Diskontierung von Wechseln dürfen nur gewährt werden, wenn die Wechsel in Deutschland zahlbar und innerhalb von drei Monaten nach dem Tage des Ankaufs fällig sind. Die Wechsel müssen gute Handelswechsel sein und die Unterschriften von möglichst drei, mindestens aber zwei sicheren und als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten tragen. Sie können von der Sparkasse weiterbegeben oder rediskontiert werden, jedoch nur an die im § 33 bezeichneten Stellen (§ 34).

5. Bei den in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen dürfen die Mitglieder des Vorstandes sowie die Beamten und Angestellten der Sparkasse als Bürgen oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 3 überhaupt nicht und als Schuldner oder Wechselverpflichtete gemäß Abs. 4 nur auf Grund eines mit $\frac{1}{4}$ -Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses zugelassen werden.

6. Die in diesem Paragraphen bezeichneten Darlehen und Kredite dürfen nur an solche Personen gewährt werden, die im Bezirke des Gewährverbandes und in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und in den angrenzenden außerpreussischen Landesteilen ihren Wohnsitz haben.

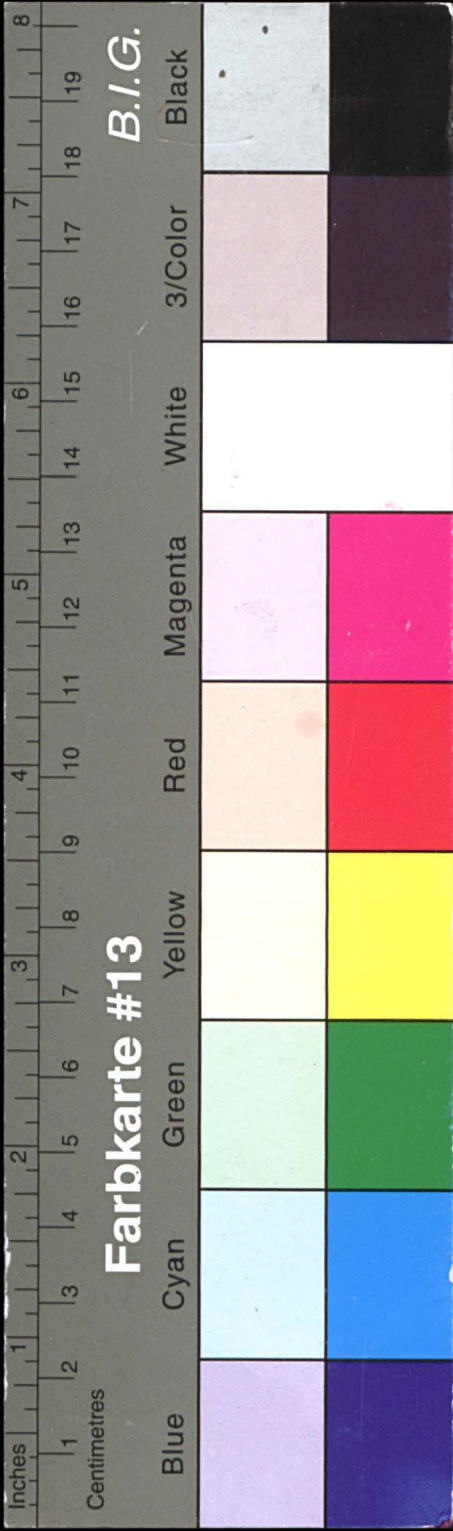
§ 29.

Der Gesamtbetrag der einem einzelnen Darlehnsnehmer nach den beiden vorstehenden Paragraphen gewährten Darlehen darf in Gemäßheit der in § 24 Abs. 1 Ziffer 2 getroffenen Abgrenzung des Kreises der Kreditnehmer, sofern es sich nicht um Beträge bis zu 20000 *ℳ* handelt, den Satz von 1 v. H. der gesamten Spar-, Deposition-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkasse nicht übersteigen.

§ 29.

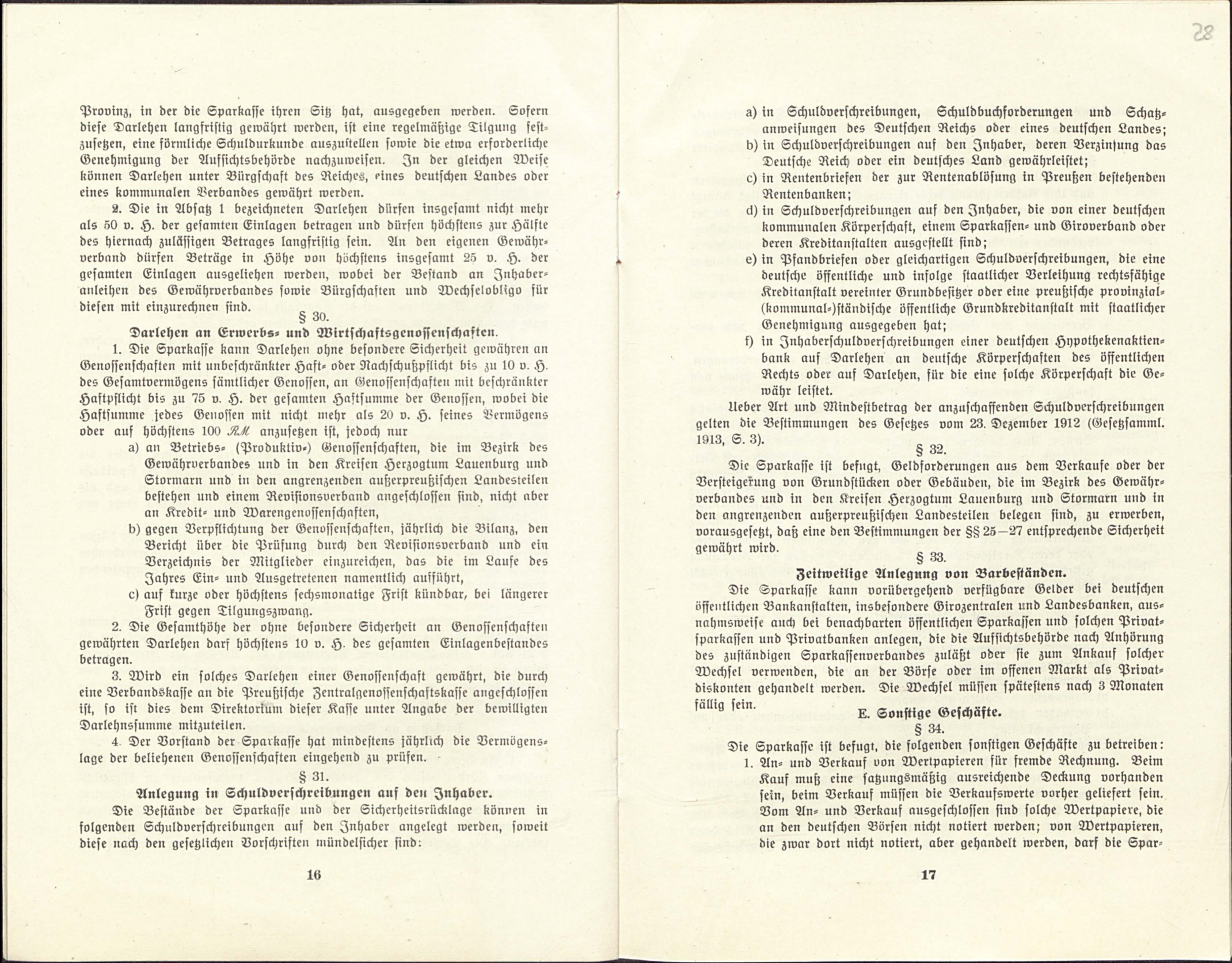
Darlehen an Kommunalverbände oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften.

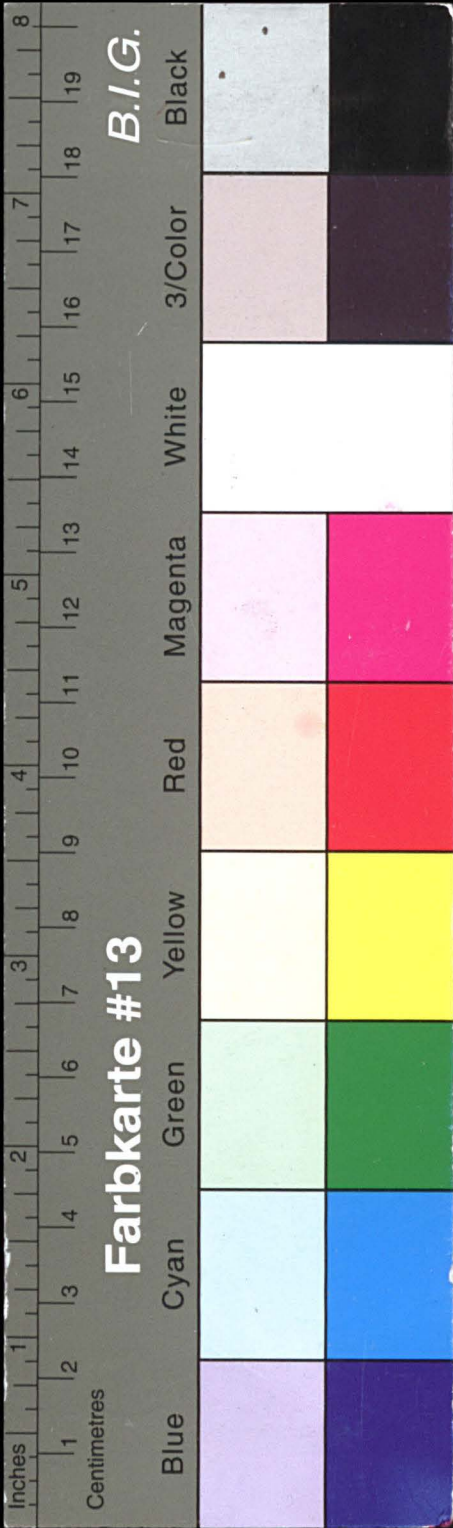
1. An Gemeinden, Gemeindeverbände und andere leistungsfähige öffentlich-rechtliche Körperschaften des Deutschen Reiches, insbesondere an öffentlich-rechtliche wasserwirtschaftliche Verbände und Bodenverbesserungsgenossenschaften, an die Gesamtheit der an einer Zusammenlegung von Grundstücken Beteiligten sowie an Kirchengemeinden und Gesamtschulverbände können Darlehen gewährt werden. Die Darlehen sollen in der Regel nur an Schuldner innerhalb der



Kreisarchiv Stormarn E103

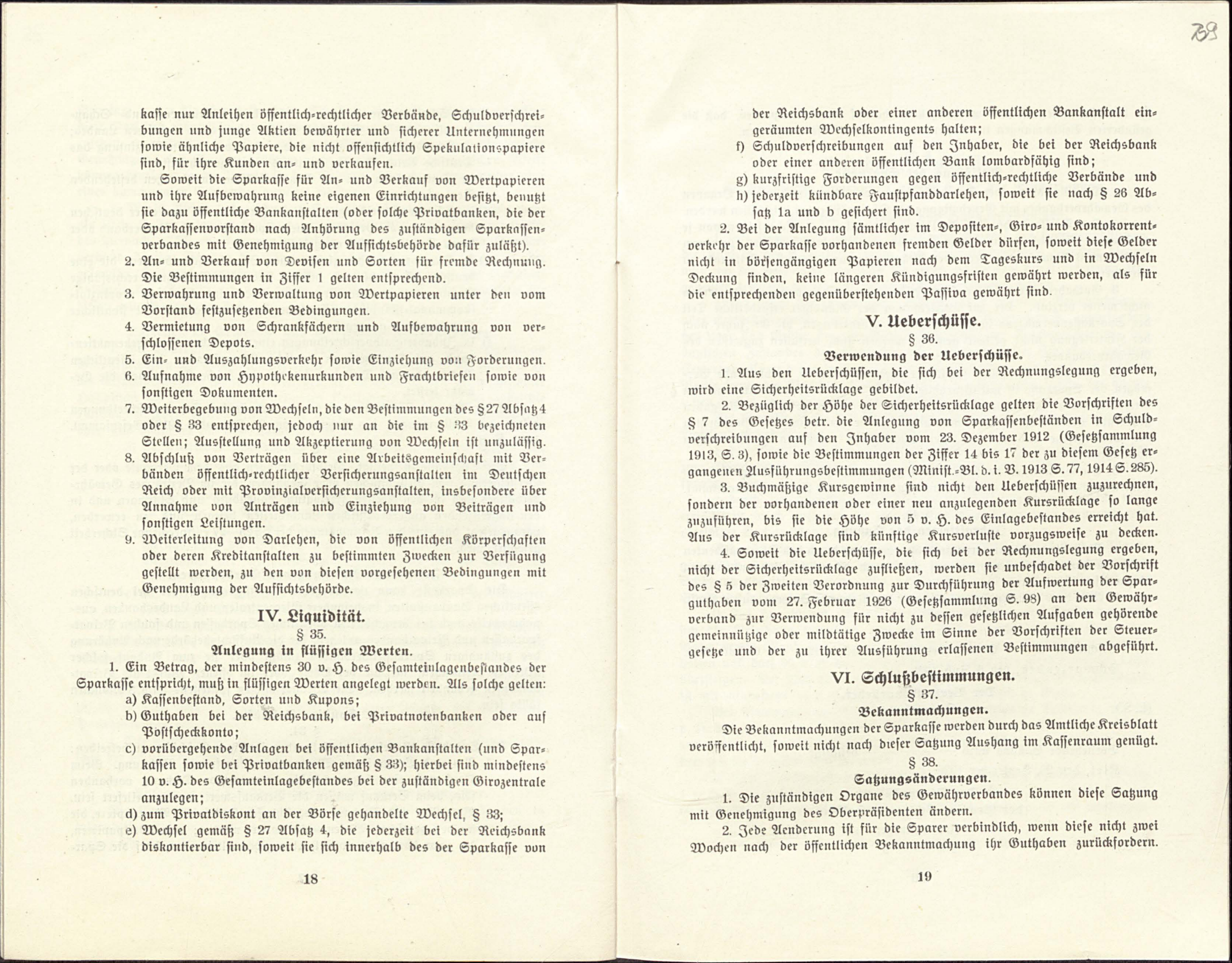
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

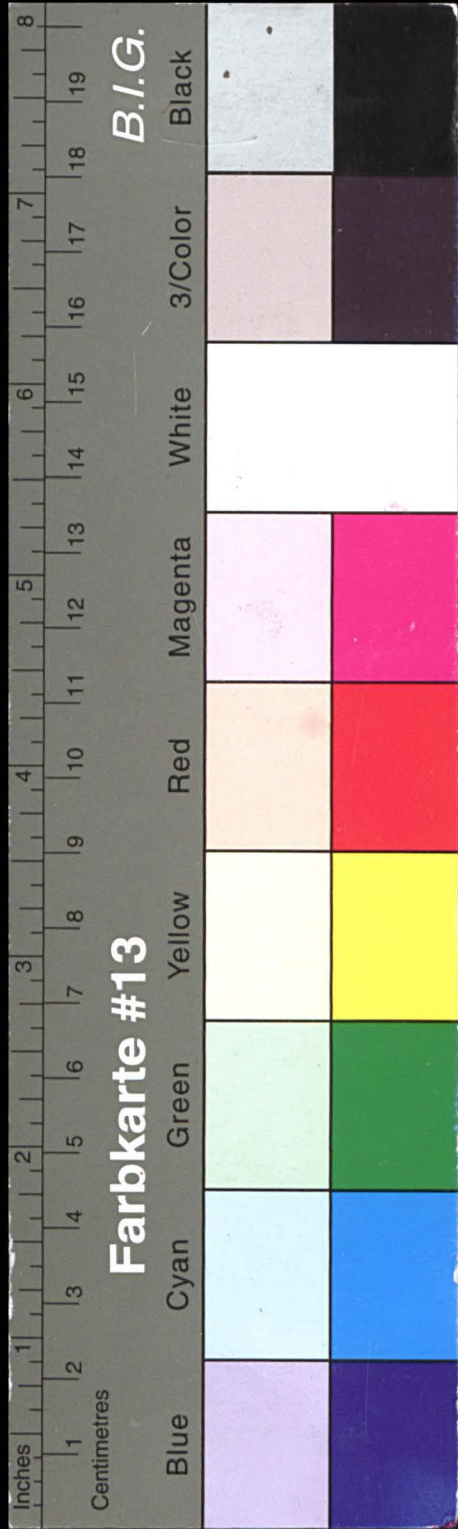




Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

In der öffentlichen Bekanntmachung kann darauf verwiesen werden, daß die geänderten Bestimmungen im Kassenraum der Sparkasse aushängen.

§ 39.

Auflösung der Sparkasse.

1. Die Auflösung der Sparkasse kann von den zuständigen Organen des Gewährverbandes mit Genehmigung des Oberpräsidenten beschloffen werden.
2. Der Vorstand hat die Auflösung dreimal mit Zwischenfristen von je 4 Wochen öffentlich bekanntzumachen und zugleich die Guthaben zu einem mindestens 3 Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.
3. Guthaben, die bei Ablauf der Frist nicht zurückgenommen sind, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen. Forderungen, die 30 Jahre nach der Hinterlegung nicht geltend gemacht worden sind, verfallen zugunsten des Gewährverbandes.
4. Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Sparkasse ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten an den Gewährverband zur Verwendung für nicht zu dessen gesellschaftlichen Aufgaben gehörende gemeinnützige oder mildtätige Zwecke im Sinne der Vorschriften der Steuergesetze und der zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen abzuführen.
5. Die Vorschriften der Ziffern 2—4 gelten nicht für den Fall der Gesamtrechtsnachfolge, wenn ein anderer Kommunalverband die Sparkasse übernimmt.

§ 40.

Inkrafttreten der Satzung.

1. Vorstehende Satzung tritt nach Genehmigung durch den Oberpräsidenten durch Aushang im Kassenraum, auf den durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen ist, in Kraft.
2. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

Beschlossen in der Sitzung des Verbandsausschusses am 6. Juli 1928.
Schwarzenbek, den 6. Juli 1928.

Der Verbandsvorsteher.

Steenfatt.

Vorstehende Satzung wird — — — — — bestätigt.
Riel, den 23. September 1928.

Der Oberpräsident
der Provinz Schleswig-Holstein.

Im Auftrage:
gez. Romig.

Beleihungsgrundsätze*)

für öffentliche Sparkassen gemäß § 25¹ der Musterfassung.

A Für die Beleihung von Hausgrundstücken.

I. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Hausgrundstücken, die nicht in der Hauptsache land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, muß sich die Beleihung innerhalb der ersten Hälfte des durch Schätzung festgestellten jederzeit erzielbaren Wertes (Verkehrswertes) halten.

Dieser Wert der Grundstücke und Gebäude ist unter Berücksichtigung aller wertbestimmenden Umstände und dauernden Eigenschaften, insbesondere der Lage und Größe des Grundstücks, der Höhe der Feuerversicherung, des baulichen Zustandes der Gebäude, der letzten nach der Inflation erzielten Erwerbspreise und der in letzter Zeit für Grundstücke in gleicher Lage erzielten Preise sowie des Pacht- und Mietertrages, der Zinslasten sowie der öffentlichen Lasten durch den Vorstand festzusetzen.

Als Grundlage für die Festsetzung der Beleihungsgrenze haben dem Vorstand Schätzungen zu dienen, welche

1. den Vorschriften des Artikels 73 § 1 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (RG. S. 177) entsprechen, oder

2. durch ein öffentliches Schätzungsamt oder, solange ein solches nicht errichtet ist, durch zwei von den Organen des Gewährverbandes ernannte und vereidigte Sachverständige abgegeben sind.

Bei ersitzelligen Hypotheken bis zu 20 000 RM**) darf, falls das Pfandgrundstück dem Vorstande hinreichend bekannt ist, von einer besonderen Schätzung abgesehen werden. Bei solchen bis zu 50 000 RM genügt bei dem Vorstande bekannten Grundstücken die Schätzung durch einen Schätzer.

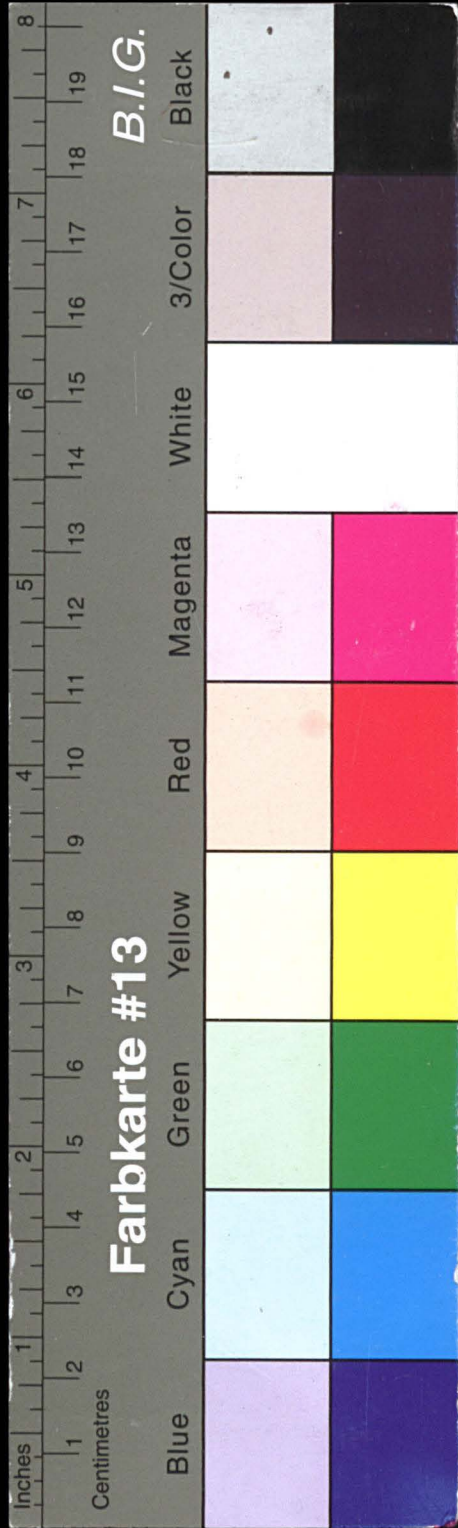
II. Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf Neubauten muß sich die Beleihung innerhalb von 40 v. H. des nachgewiesenen Bau- und Bodenwertes (Baukosten, zuzüglich Grunderwerbs- und Aufschließungskosten) halten und darf 60 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes nicht übersteigen. Der über 50 v. H. des Verkehrswertes liegende Teil der Hypothek ist mit mindestens 1/2 v. H. des Gesamtkapitals jährlich zu tilgen.

Bei Kleinwohnungs-Neubauten kann eine ersitzellige Beleihung bis 60 v. H. des Bau- und Bodenwertes oder 70 v. H. der nachgewiesenen Baukosten allein, jedoch nicht über 90 v. H. des durch Schätzung ermittelten Verkehrswertes gewährt werden, wenn

a) diese Hypotheken getilgt werden, und zwar mit mindestens jährlich 1 v. H. des ursprünglichen Hypothekenkapitals so lange, bis sich dieses auf 60 v. H. des Verkehrswertes verringert hat und von da ab mit mindestens

*) Abdr. d. 2. Bd. 3. v. 10. 2. 1928 — IVb 132.

**) Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20 000 RM.



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

$\frac{1}{2}$ v. H. des ursprünglichen Hypothekenskapitals jährlich bis zur Erreichung einer Beleihungsgrenze von 50 v. H. des Verkehrswertes,
b) für den Teil der Hypothek, der über der nach Abs. II Abs. 1 festgestellten Beleihungsgrenze liegt, die verbindliche Erklärung einer Gemeinde (Gemeindeverbandes) darüber beigebracht wird, daß von ihr ein in Ansehung dieses Hypothekenteiles etwa entstehender Verlust an Kapital, Zinsen oder Kosten der Sparkasse zu erstatten ist (gegebenenfalls zunächst aus den hierfür gebildeten kommunalen Fonds).

Verlust ist hierbei der Betrag an Kapital, Zinsen und Kosten, der nach einer Zwangsversteigerung nicht durch einen auf die Sparkasse entfallenden Zwangsversteigerungserlös abgedeckt sein wird, wobei die Sparkasse nicht verpflichtet sein soll, für den Fall einer Zwangsversteigerung selbst zu bieten.

III. Gewerblich genutzte Grundstücke und Gebäude dürfen nur bei zusammenhängender Bewirtschaftung mit Wohnstätten oder landwirtschaftlich genutzten Grundstücken und nur unter Berücksichtigung des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängigen dauernden Wertes mitbeliehen werden, hierzu bedarf es eines mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

IV. Es dürfen nicht beliehen werden:

1. Baugrundstücke an noch nicht anbaufähigen Straßen; für Baugrundstücke an anbaufähigen Straßen gelten die Bestimmungen A 1;
2. Grundstücke, die durch ihre Ausnutzung im Werte vermindert werden (Lehm-, Ton- oder Kiesgruben, Torfstiche usw.);
3. Theater, Tanzsäle, Lichtspielhäuser, Garagen und ähnlichen Zwecken dienende Baulichkeiten.

B. Für die Beleihung von lands- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf lands- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gelten folgende Beleihungsgrundsätze:

I. Beleihung auf Grund einer Schätzung.

1. Die Schätzung erfolgt durch einen von den Organen des Gewährverbandes ernannten und vereidigten, mit den örtlichen und lands- bzw. forstwirtschaftlichen Verhältnissen vertrauten Schätzer und, soweit eine Belastung des Grundstückes über die ersten 50 000 RM hinaus in Frage steht, durch zwei solche Schätzer. Für die Bewertung ist der Ertragswert zu Grunde zu legen (Ausnahme siehe unter 2). Als Ertragswert gilt das 25fache des Reinertrages, den das Grundstück jährlich nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Bei der Beurteilung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit sind alle Umstände, die auf den Wirtschaftserfolg von Einfluß sind oder von denen die Verwertung der gewonnenen Erzeugnisse abhängig ist, insbesondere Bodengüte, Bodenlage, klimatische Verhältnisse, Hoflage, Geschlossenheit oder Zersplitterung des Betriebes, Verkehrs- und Absatzverhältnisse zu berücksichtigen. Zinsen und öffentliche Lasten sind bei der Wertermittlung zu berücksichtigen.

2. a) Sofern der für Grundstücke ähnlicher Art und Lage in letzter Zeit vor der Beleihung erzielte regelmäßige Kaufpreis (vorausichtlich zu erzielende

„Verkaufswert“) hinter dem nach Ziffer 1 ermittelten Ertragswert zurückbleibt, ist lediglich der Verkaufswert der Beleihung zugrunde zu legen.

b) Sofern der Verkaufswert den Ertragswert übersteigt, kann er bei Vorliegen besonders günstiger Verkehrs- und Absatzverhältnisse ausnahmsweise mitberücksichtigt werden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß die zu gewährenden Beleihung insgesamt den Betrag von 20 000 RM nicht überschreitet, daß ferner mindestens die Hälfte des zu beleihenden Grundstücks weizen- oder gartenbaufähiger Boden ist, daß weiter der zugrunde zu legende Beleihungswert das Doppelte des Ertragswertes (I Ziffer 1) nicht überschreitet und daß endlich bei einer Beleihung zu einem höheren Zinsfuße als 8 v. H. der vorgenannte Höchstbetrag von 20 000 RM entsprechend herabzusetzen ist. Jedwede derartige Ausnahmebeleihung bedarf eines mit $\frac{3}{4}$ -Stimmenmehrheit gefaßten Vorstandsbeschlusses.

c) Für die Ermittlung des Verkaufswertes (siehe oben a und b) sind die in Betracht kommenden Angaben, insbesondere über die leztlin erzielten Kaufpreise, in der Schätzung glaubhaft darzulegen, so daß sie in allen Einzelheiten nachgeprüft werden können.

3. Die der Beleihung zugrunde zu legenden Werte werden auf Grund der vorgenannten Schätzungen durch den Vorstand besonders festgesetzt.

II. Beleihung ohne eine Schätzung:

1. Bei Belastung des Grundstücks nicht über die ersten 20 000 RM*) hinaus kann der Vorstand auf die Vorlage einer Schätzung verzichten, wenn ihm selbst der Wert der Grundstücke zuverlässig bekannt ist.

2. Ferner kann auf eine Schätzung verzichtet werden, wenn die Beleihung sich hält:
bei einem Zinsfuß von 8 v. H. innerhalb des 10fachen Grundsteuerreinertrages**)

„	„	„	„	7	„	„	11	„	„	„
„	„	„	„	6	„	„	12	„	„	„

wobei bei Grundstücken von weniger als 100 ha vorstehende Sätze auf das 11-, 12- und 13fache des Grundsteuerreinertrages erhöht werden können.

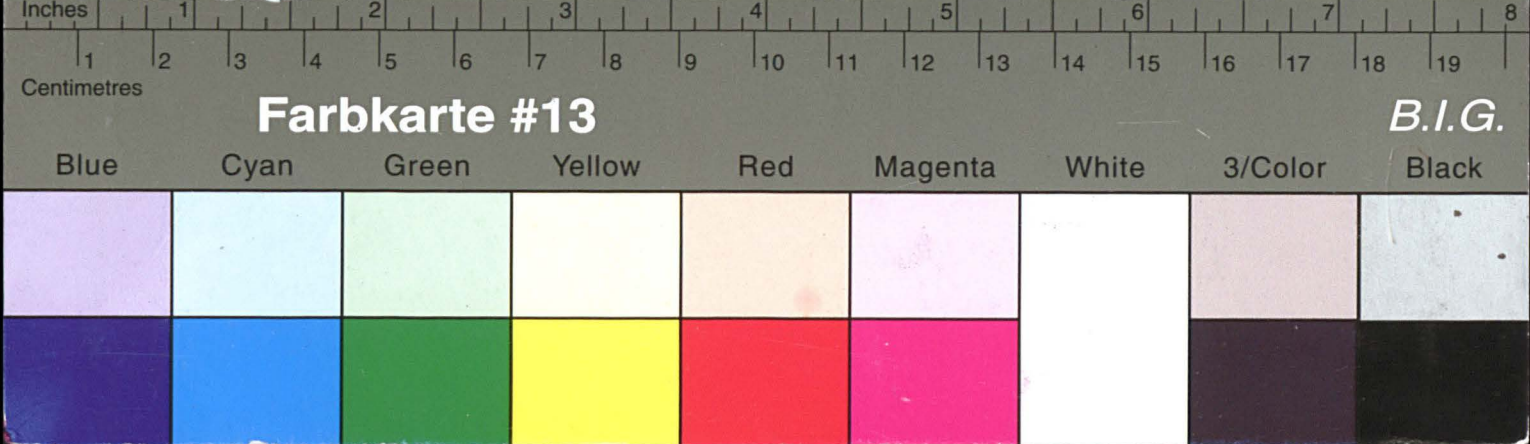
III. Von dem gemäß Ziffer I und II ermittelten Beleihungswert dürfen — abgesehen von der Sonderregelung in II Ziffer 2 — beliehen werden: bei einem Zinsfuß von 8 v. H. bis zu 35 v. H. des Beleihungswertes,

„	„	„	„	7	„	„	40	„	„	„
„	„	„	„	6	„	„	45	„	„	„

wobei bei Grundstücken unter 100 ha auf diese Hundertsätze 10prozentige Zuschläge, mithin insgesamt 38,5 v. H., 44 v. H. und 49,5 v. H. des ermittelten Beleihungswertes gewährt werden dürfen.

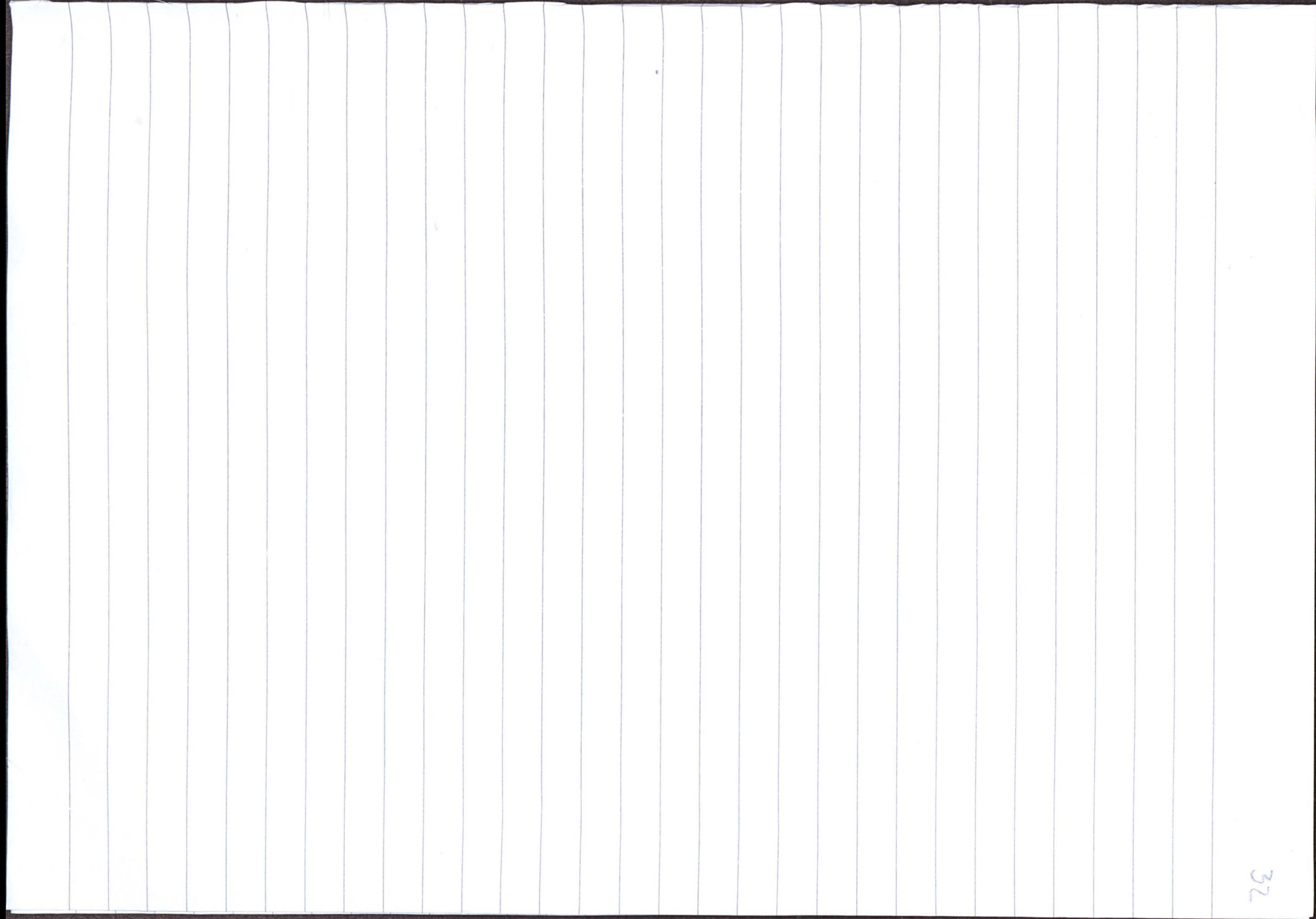
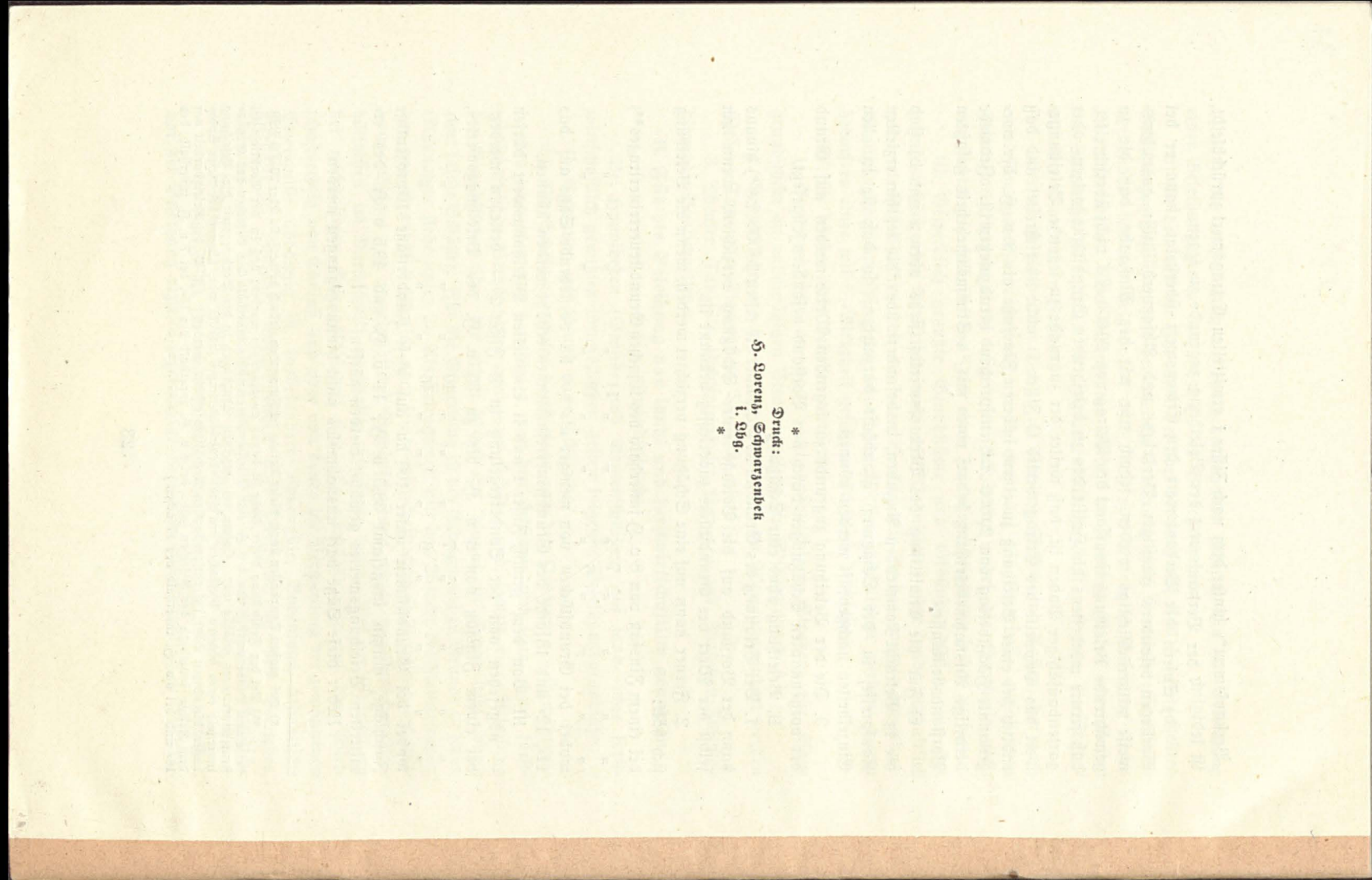
Ueber diese Sätze darf ausnahmslos nicht hinausgegangen werden.

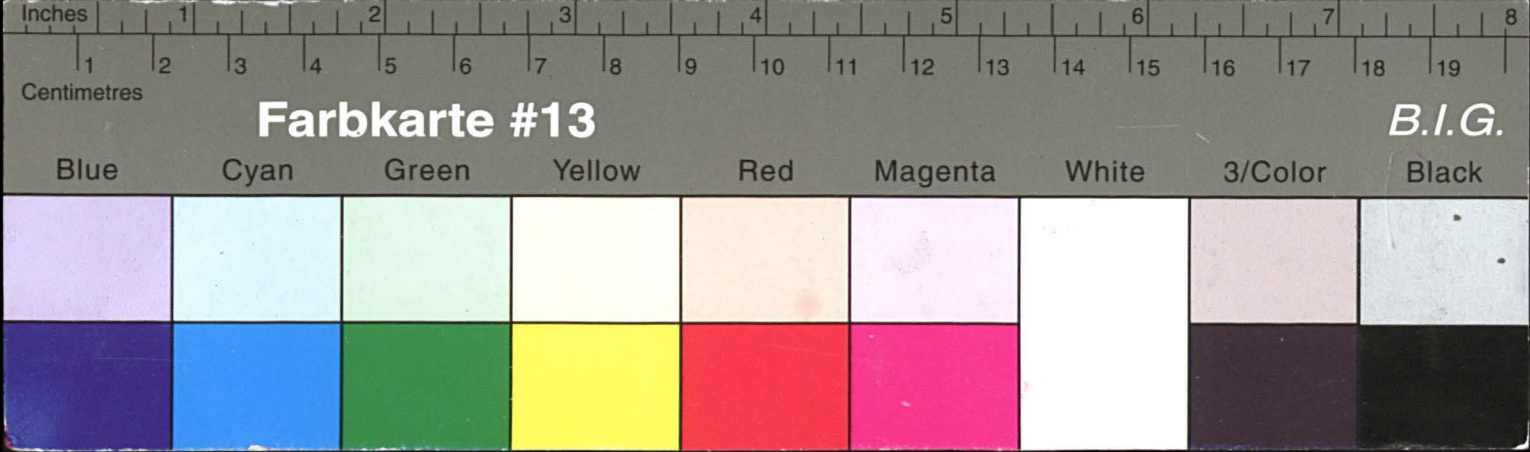
*) Bei großen Sparkassen kann dieser Betrag erhöht werden, jedoch keinesfalls über 20 000 RM.
**) Bei der Feststellung dieser Sätze ist davon ausgegangen worden, daß in der Vorkriegszeit bei einem Zinsfuß von 4 v. H. eine Beleihung regelmäßig innerhalb des 20fachen des Grundsteuerreinertrages zulässig war. Sofern bei einzelnen Sparkassen in der Vorkriegszeit die Beleihung innerhalb eines höheren Vielfachen des Grundsteuerreinertrages zulässig war, können bei diesen Sparkassen die obigen Sätze im entsprechenden Verhältnis erhöht werden (z. B. bei Beleihbarkeit vor dem Kriege innerhalb des 3fachen jetzt: bei 8 v. H. innerhalb des 15-, bei 7 v. H. innerhalb des 16- und bei 6 v. H. innerhalb des 17fachen.)



Kreisarchiv Stormarn E103

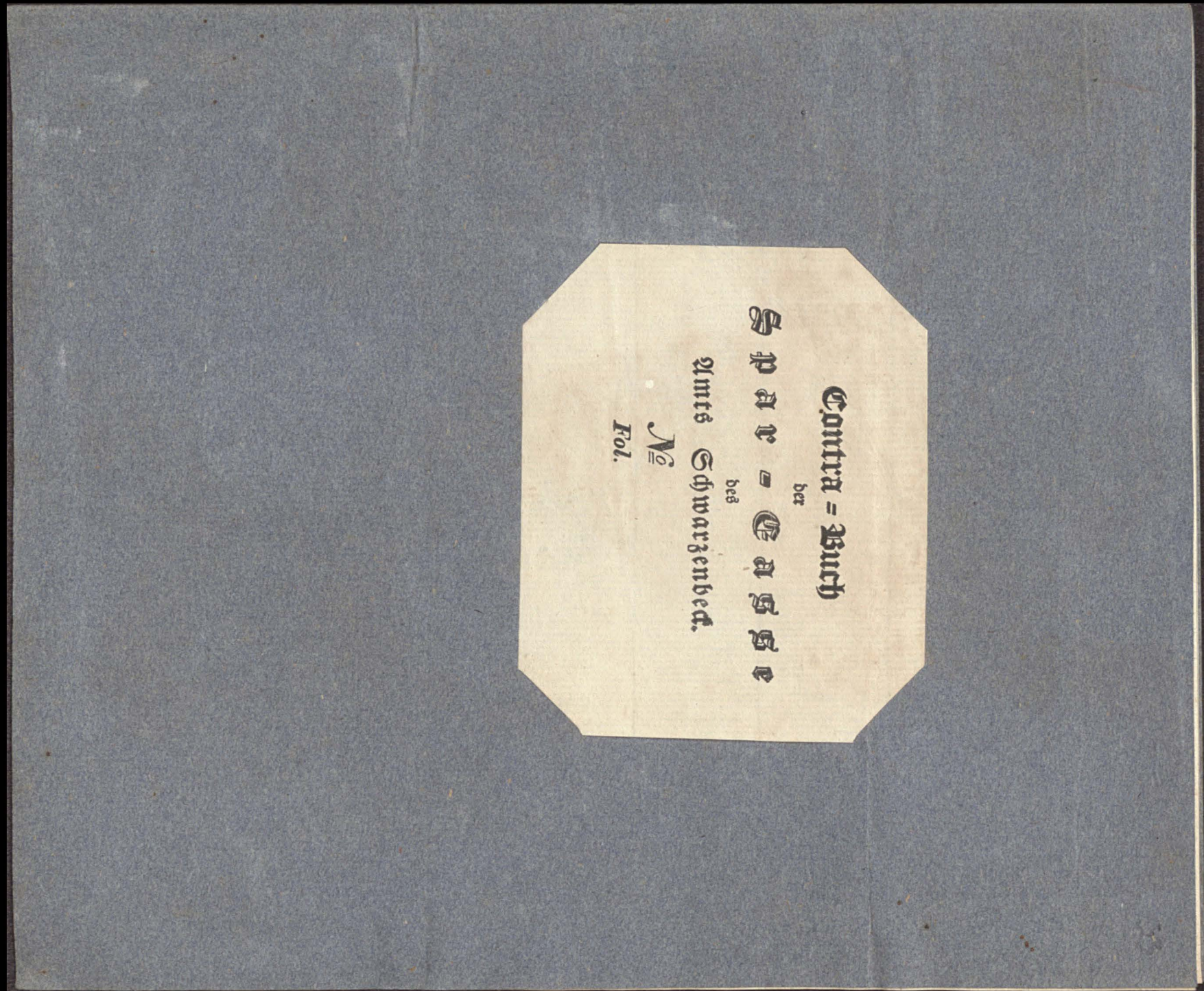
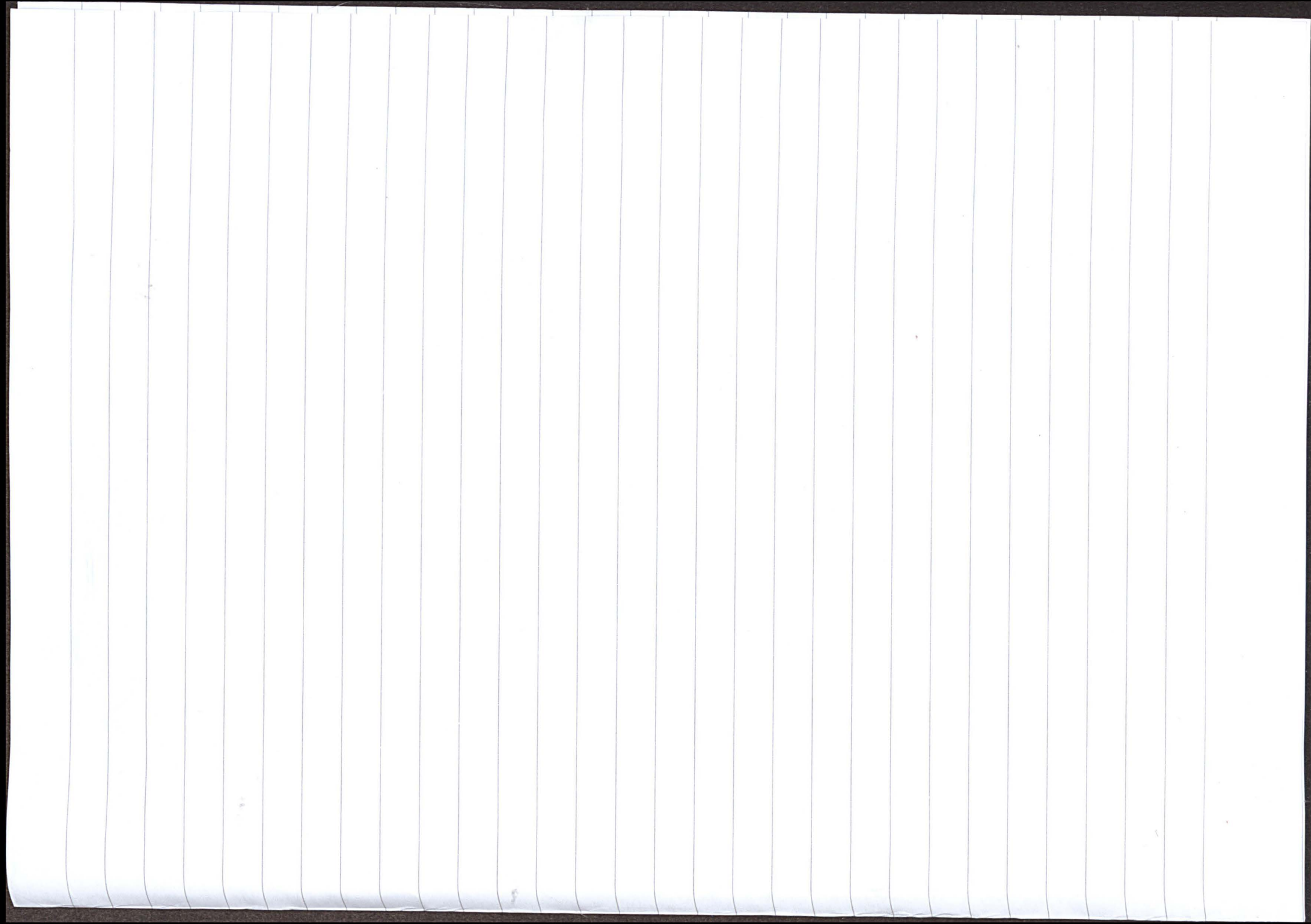
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

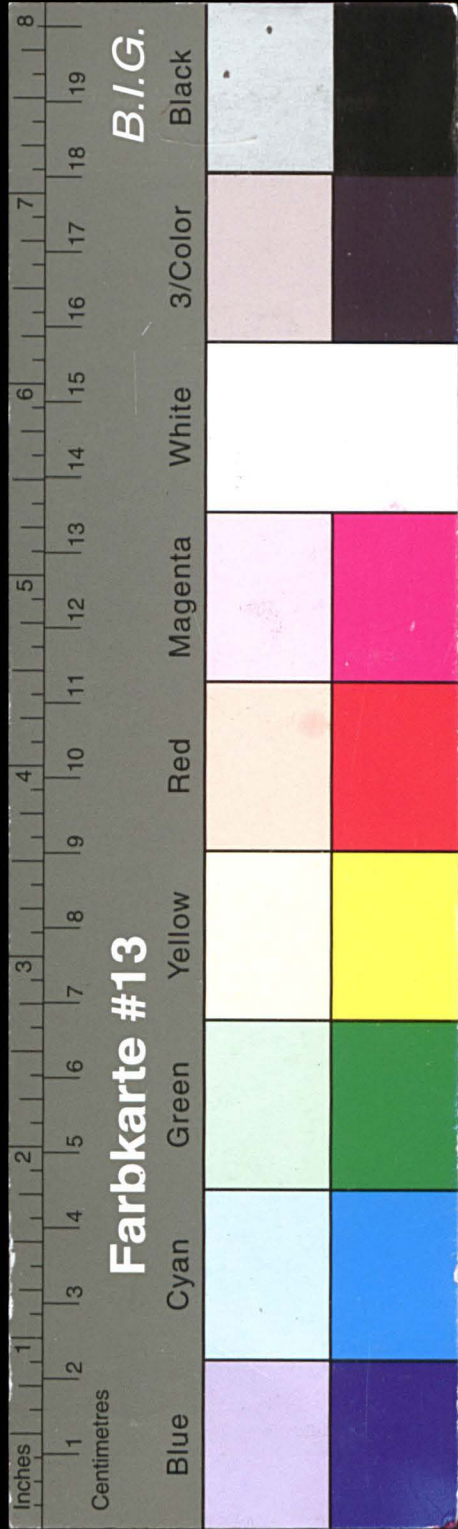




Kreisarchiv Stormarn E103

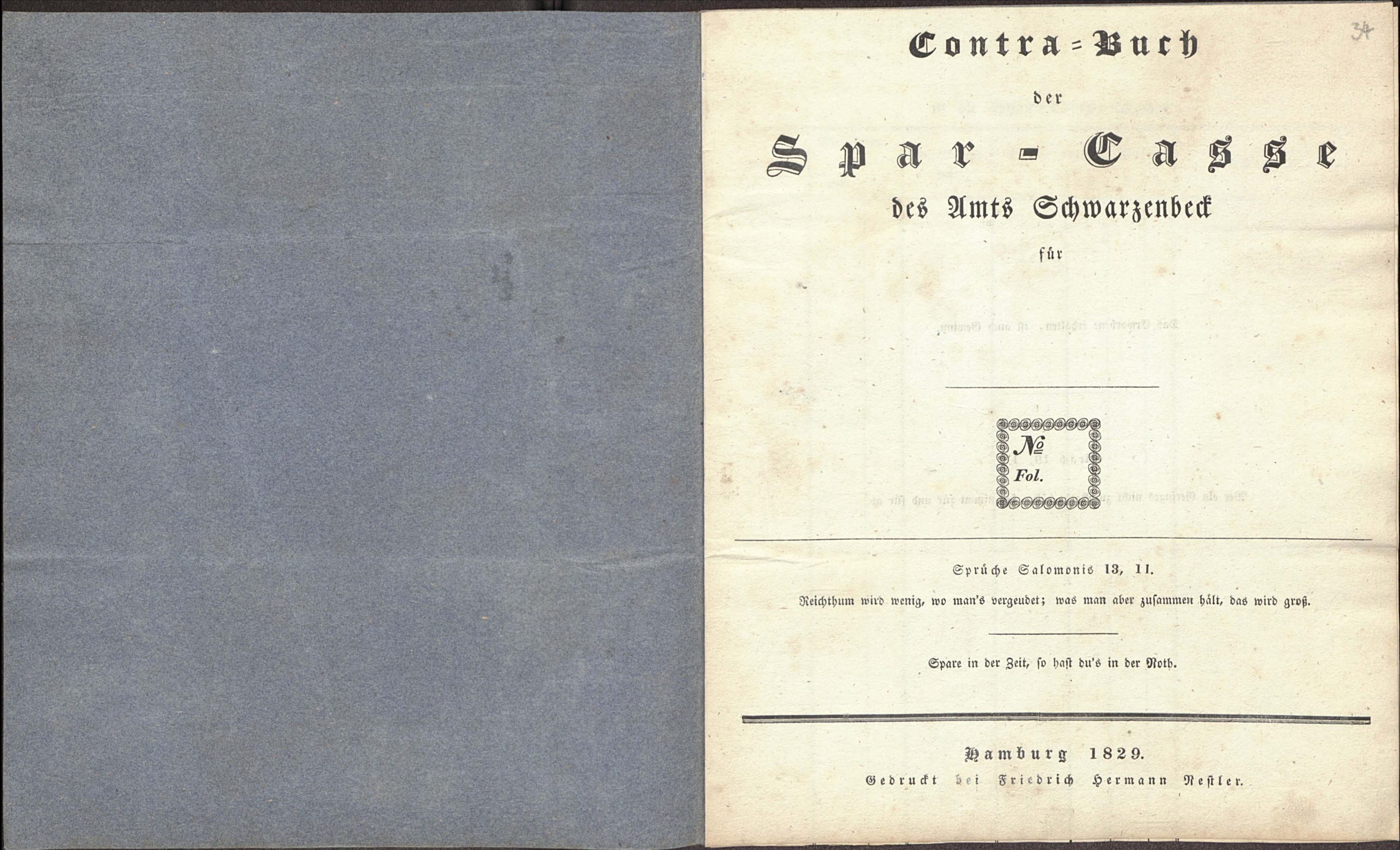
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

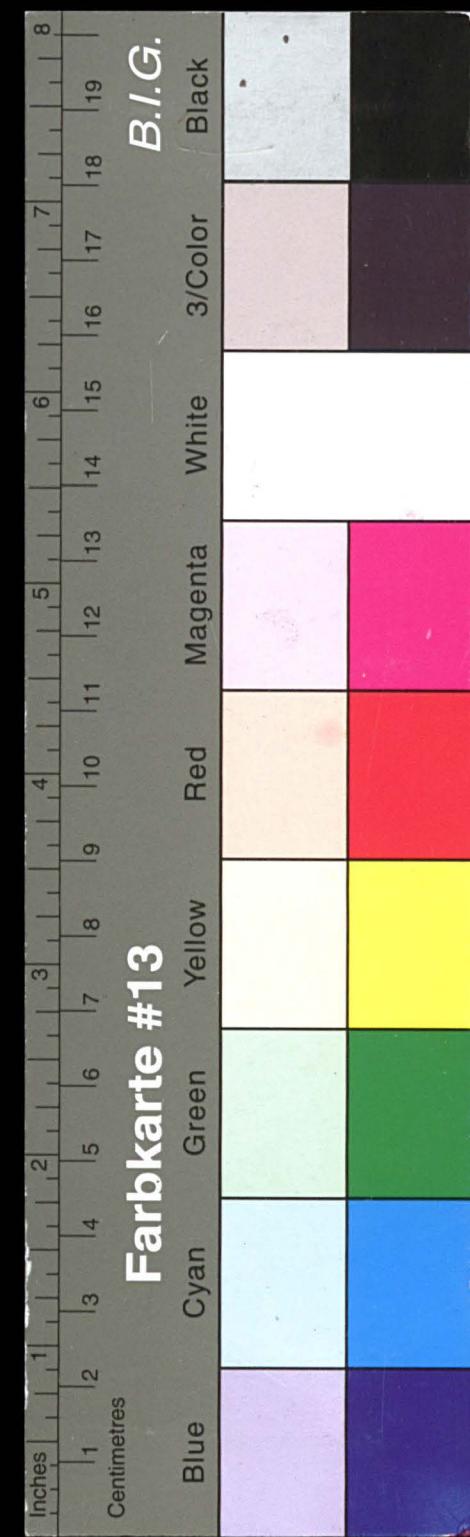




Kreisarchiv Stormarn E103

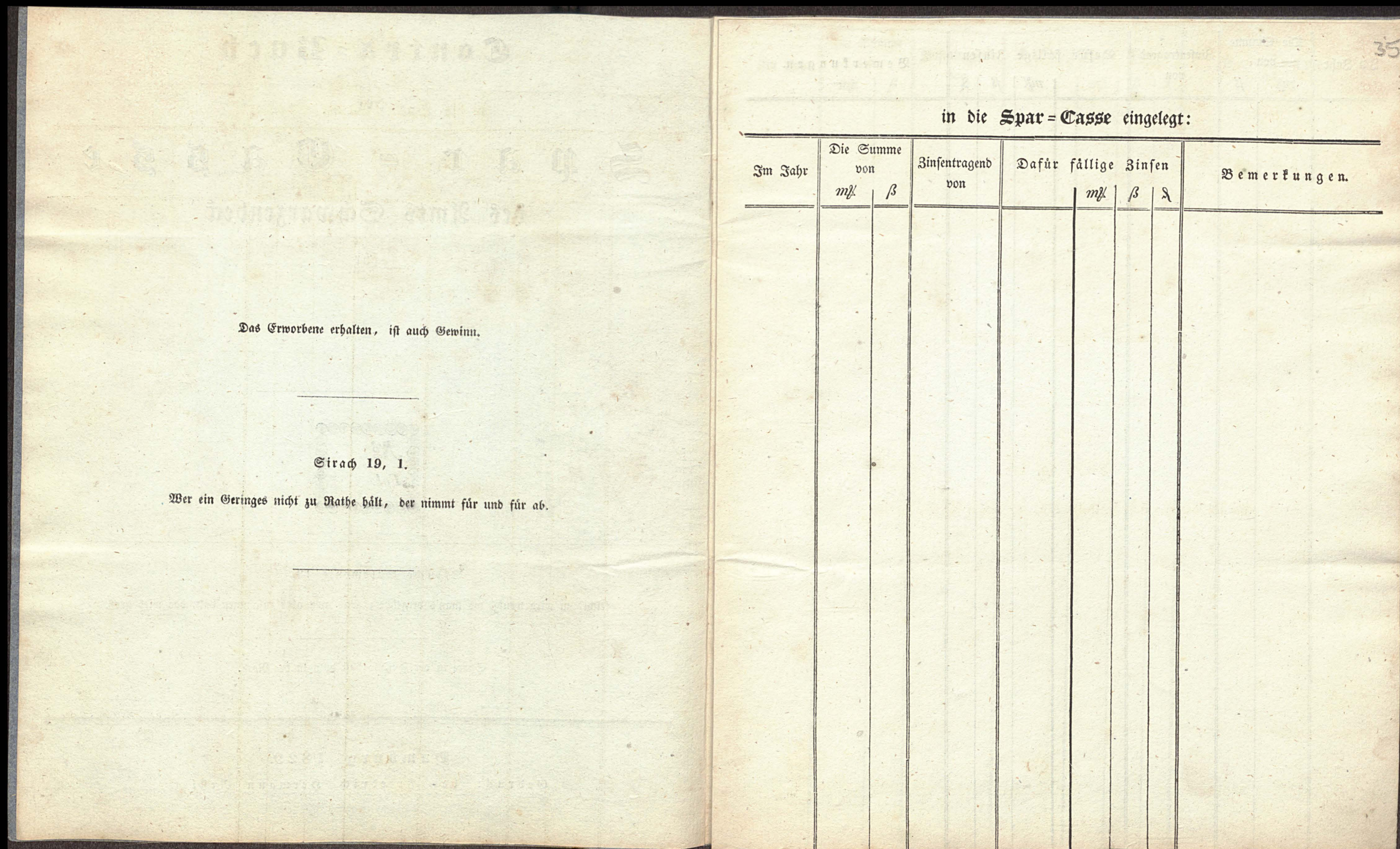
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



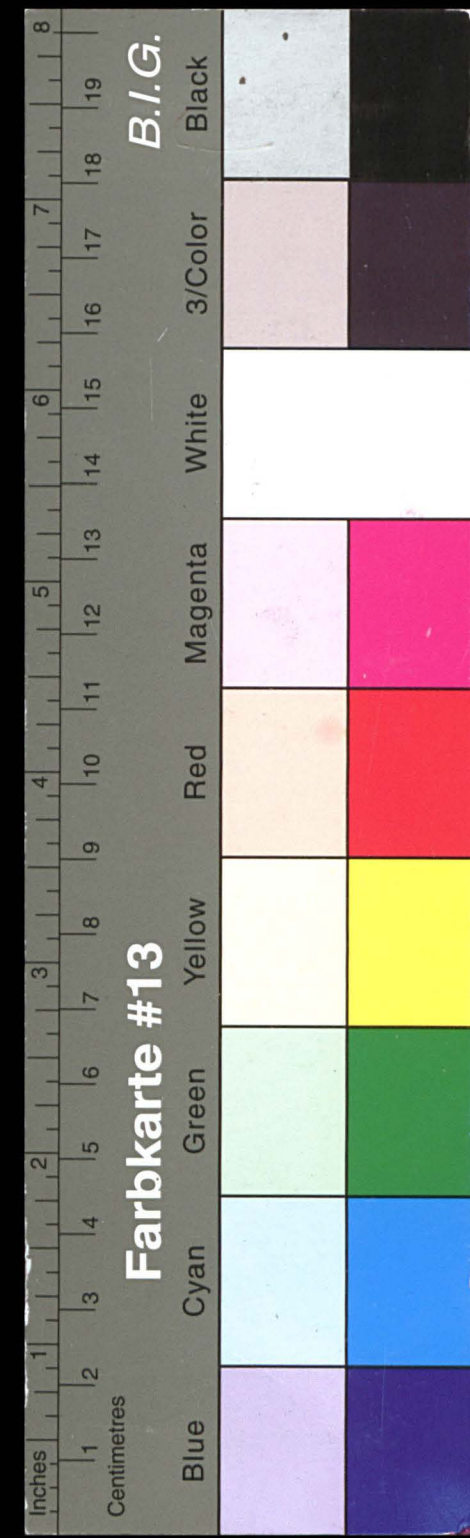
Das Erworbene erhalten, ist auch Gewinn.

Eirach 19, 1.

Wer ein Geringes nicht zu Rathe hält, der nimmt für und für ab.

in die Spar = Casse eingelegt:

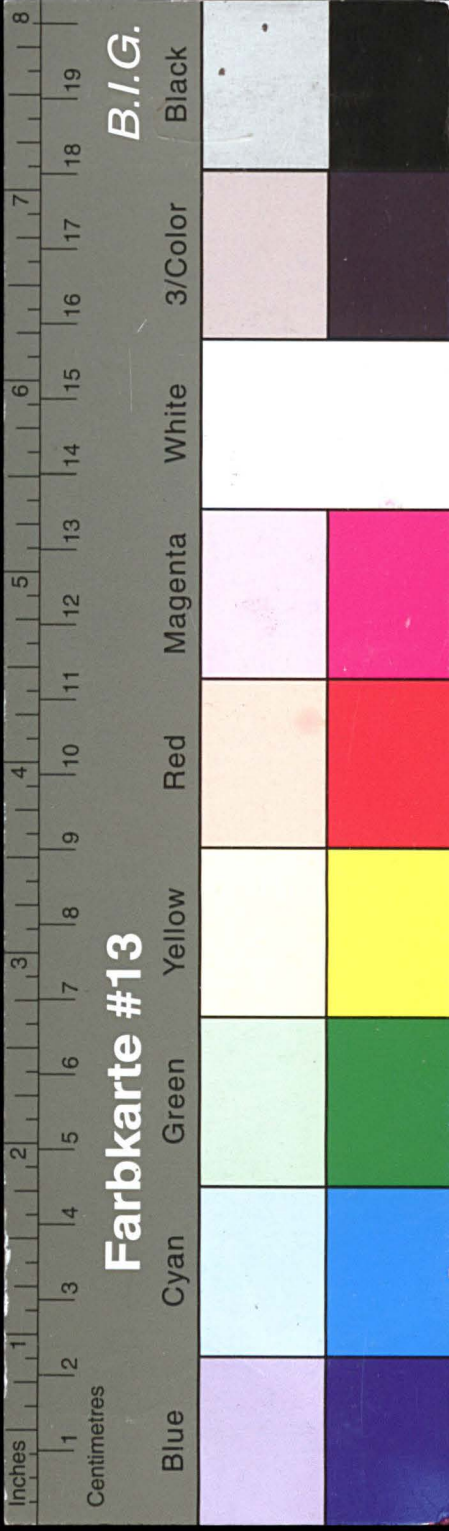
[illegible]



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

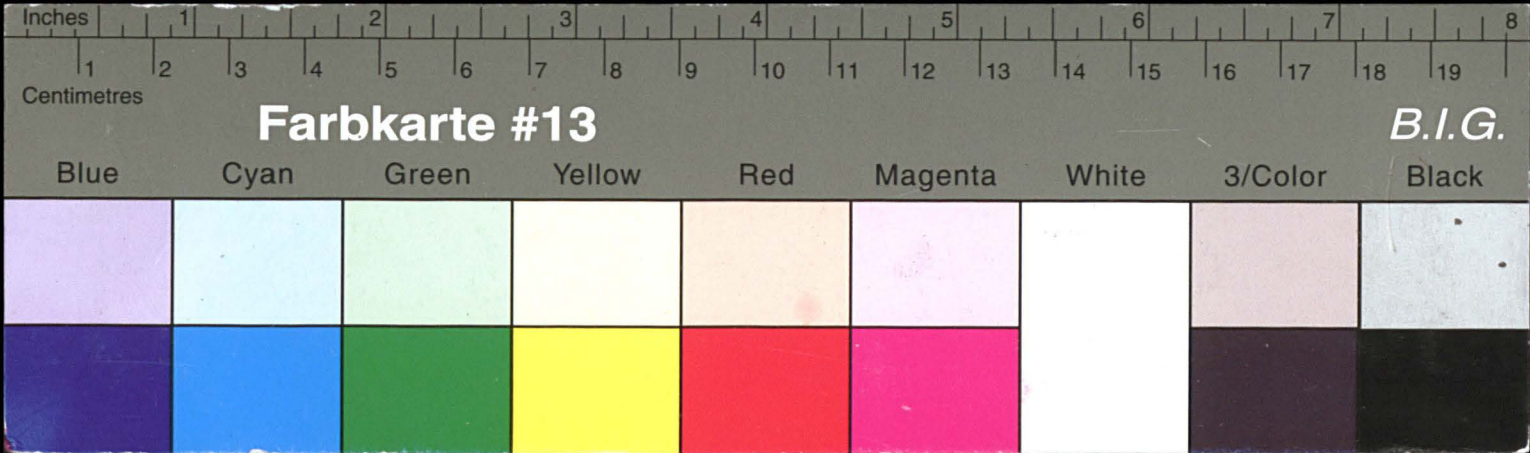
[illegible]



Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

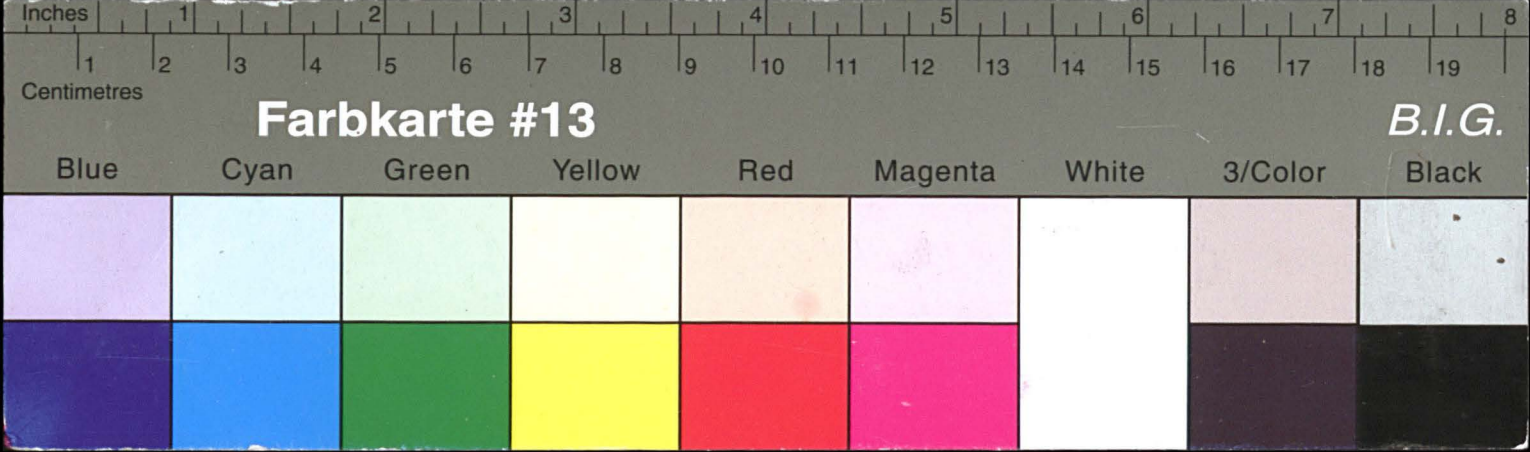
[illegible]



Kreisarchiv Stormarn E103

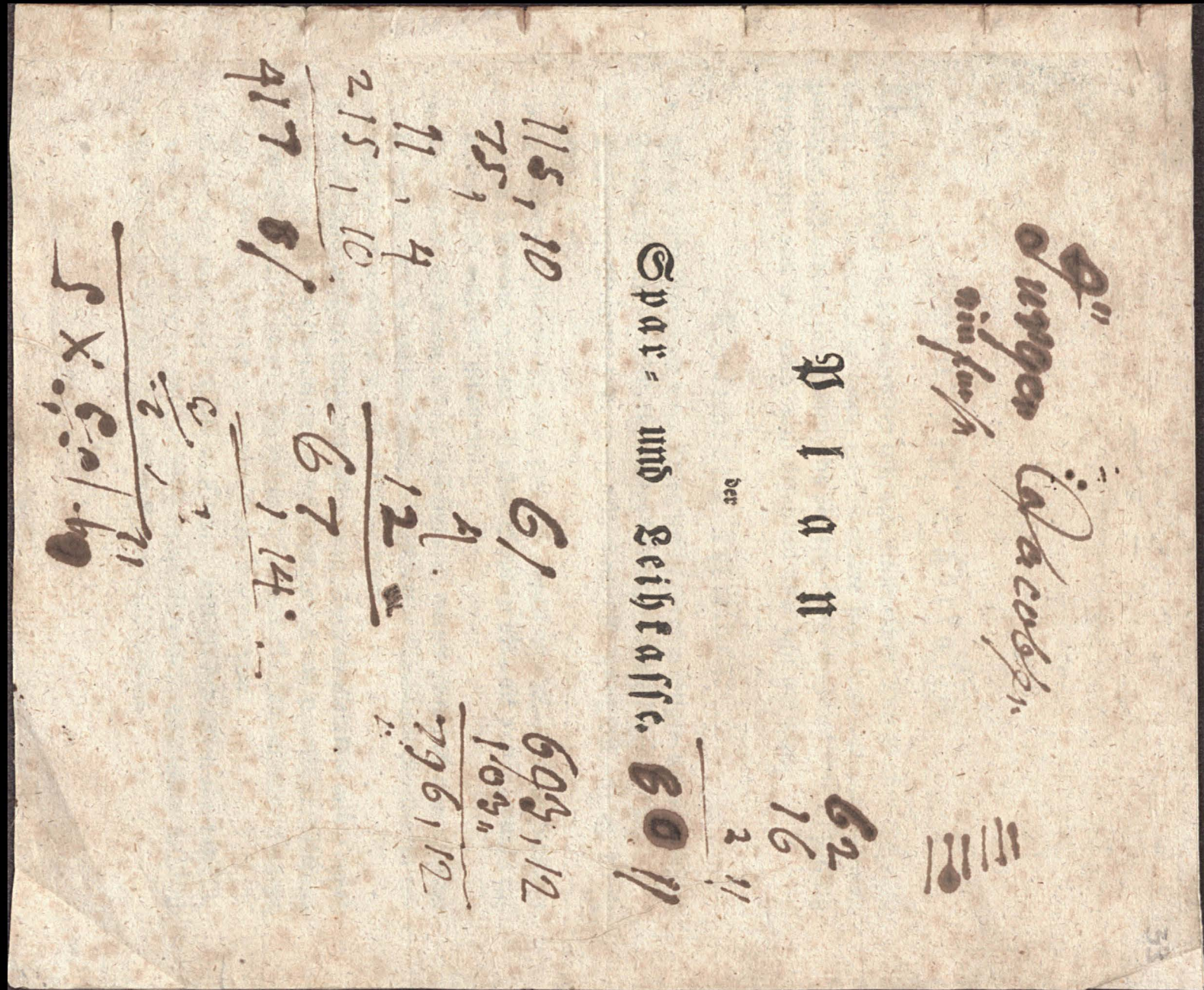
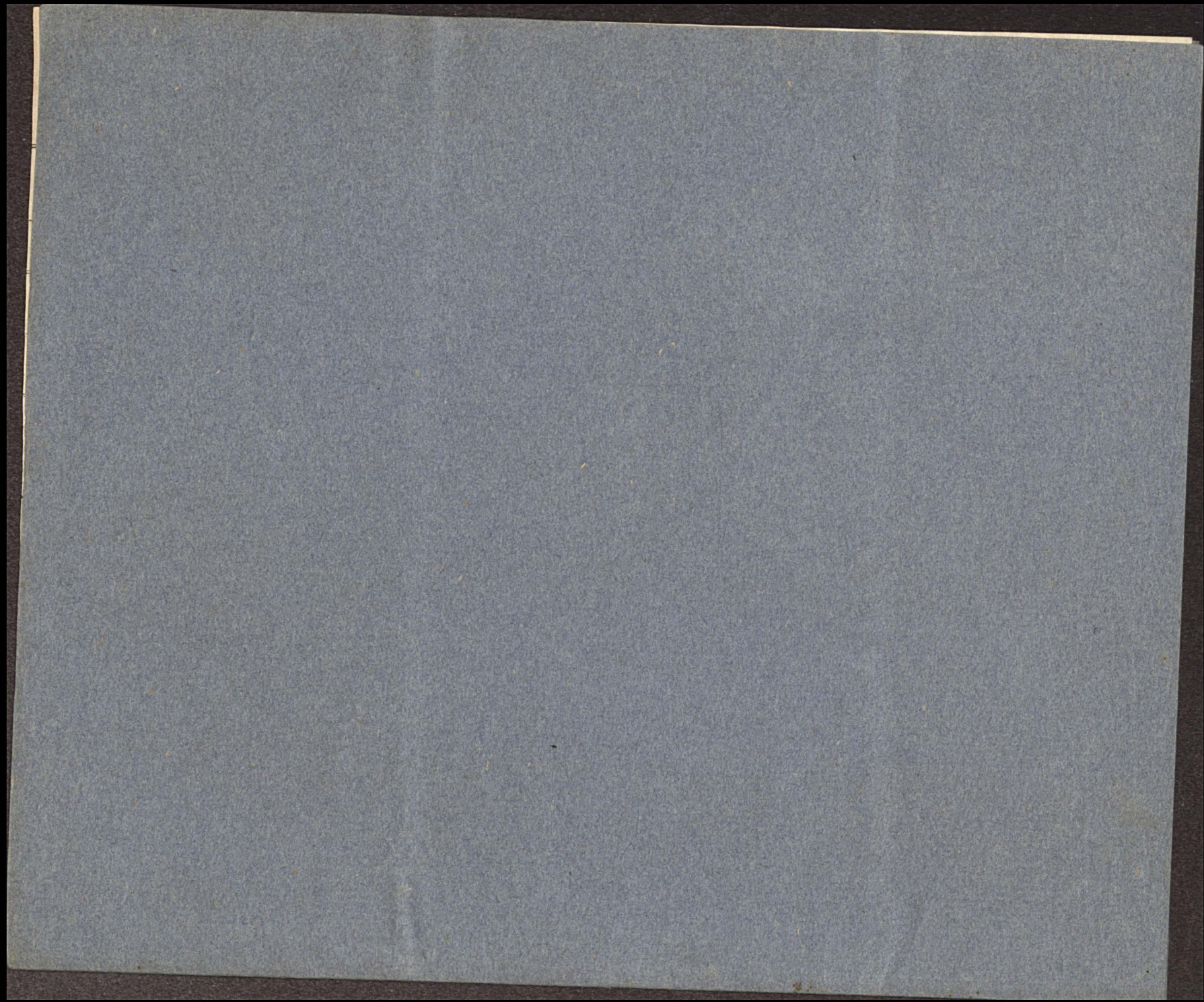
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

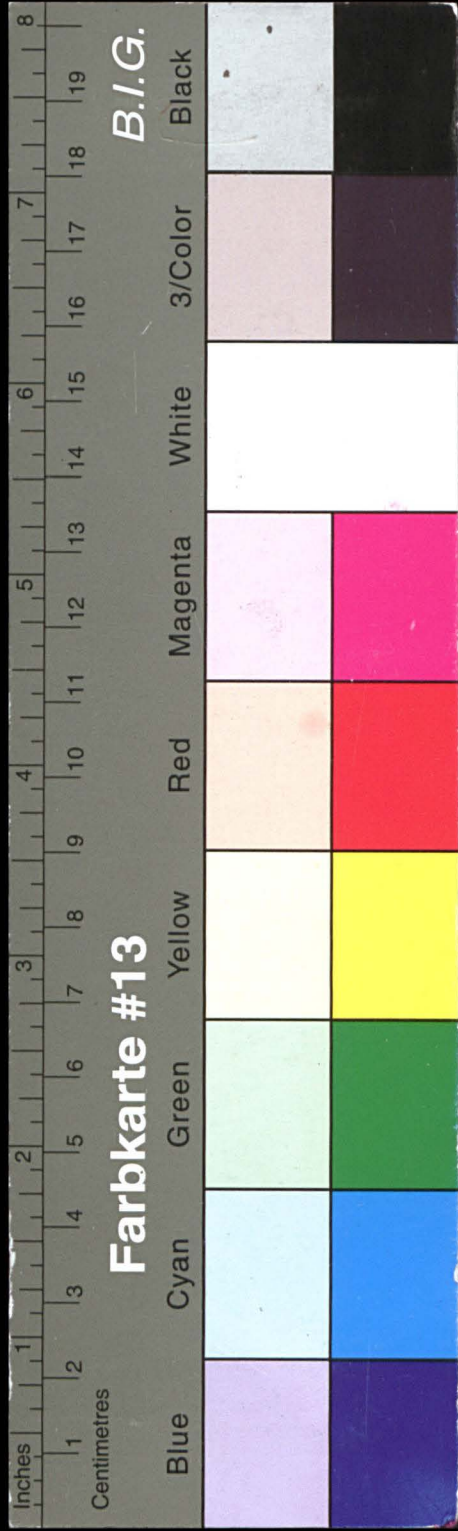
[illegible]



Kreisarchiv Stormarn E103

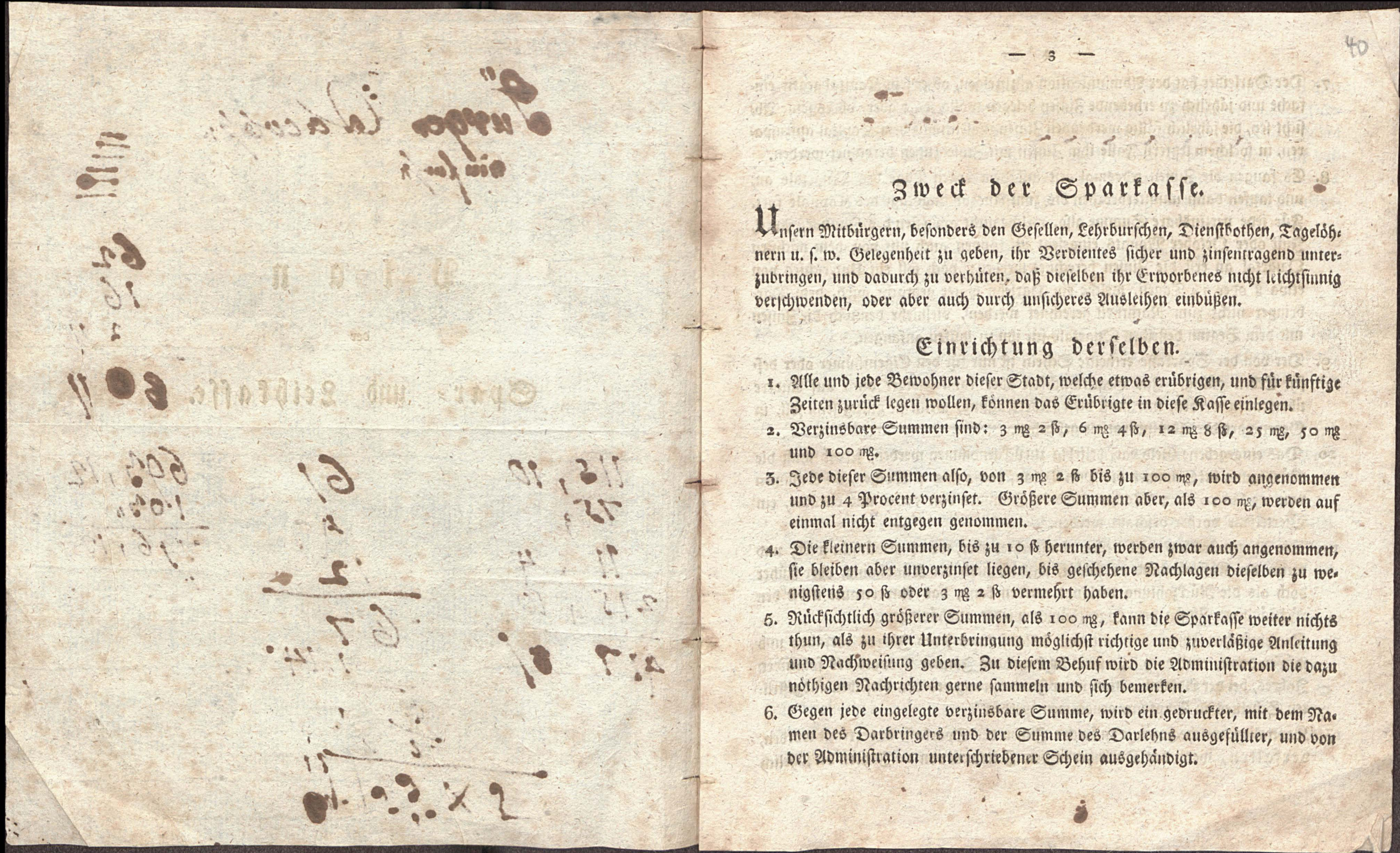
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

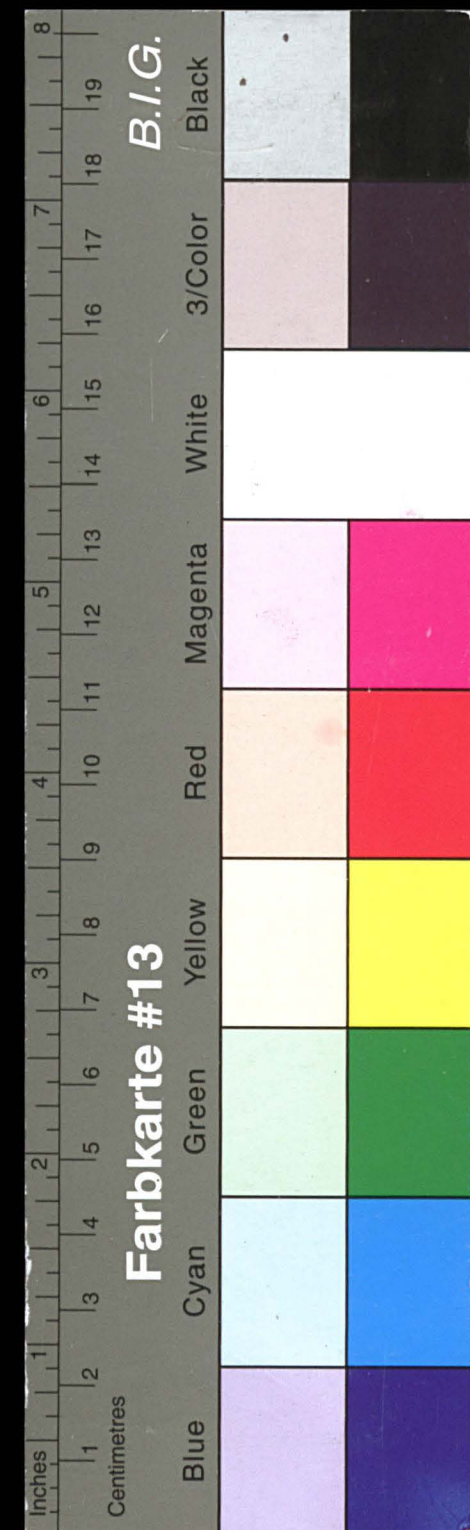




Kreisarchiv Stormarn E103

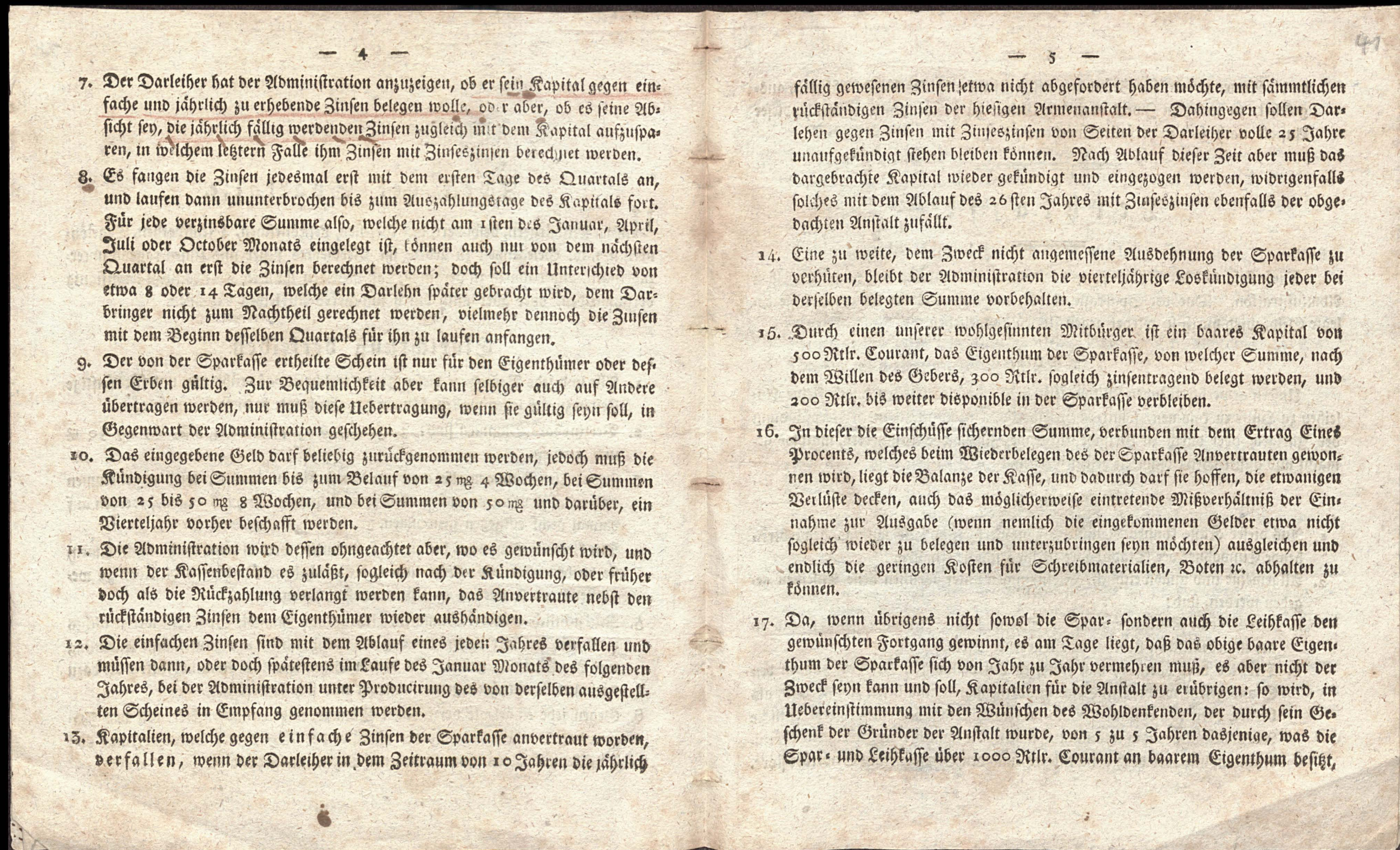
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





Kreisarchiv Stormarn E103

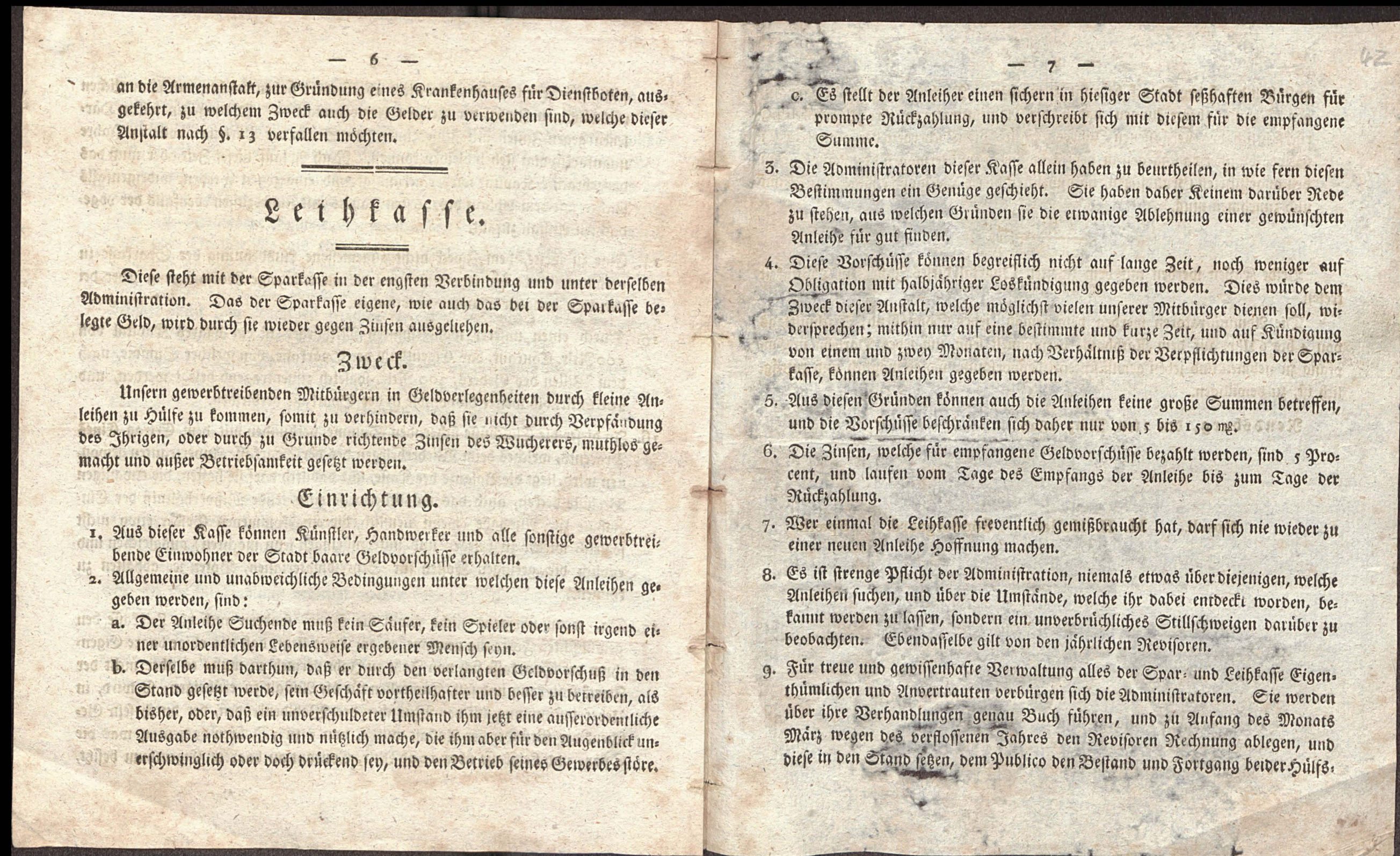
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

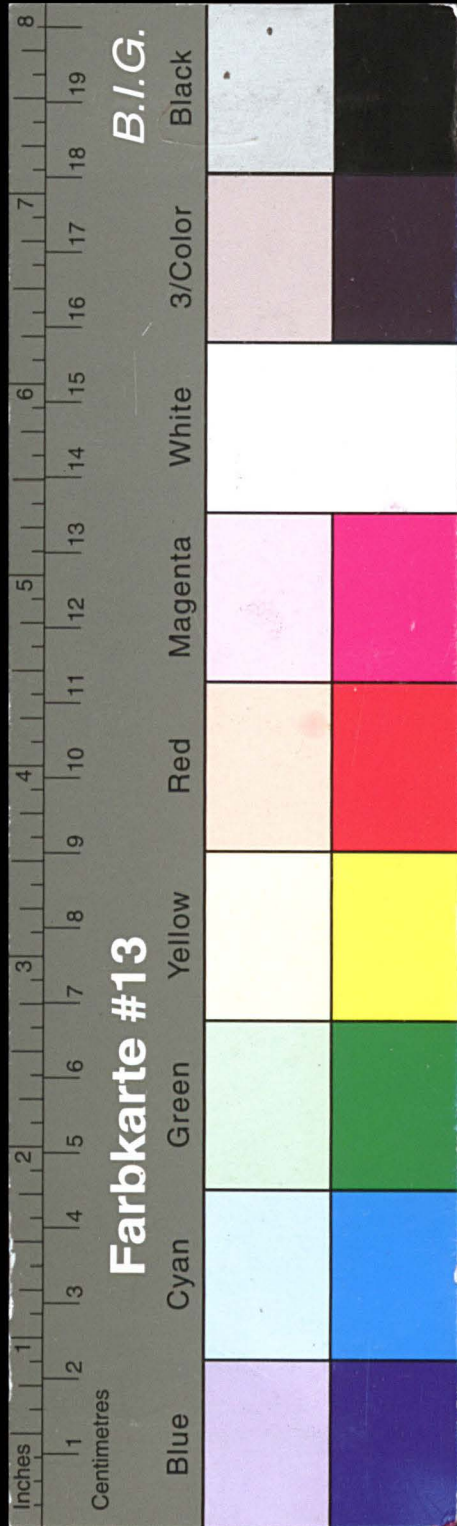




Kreisarchiv Stormarn E103

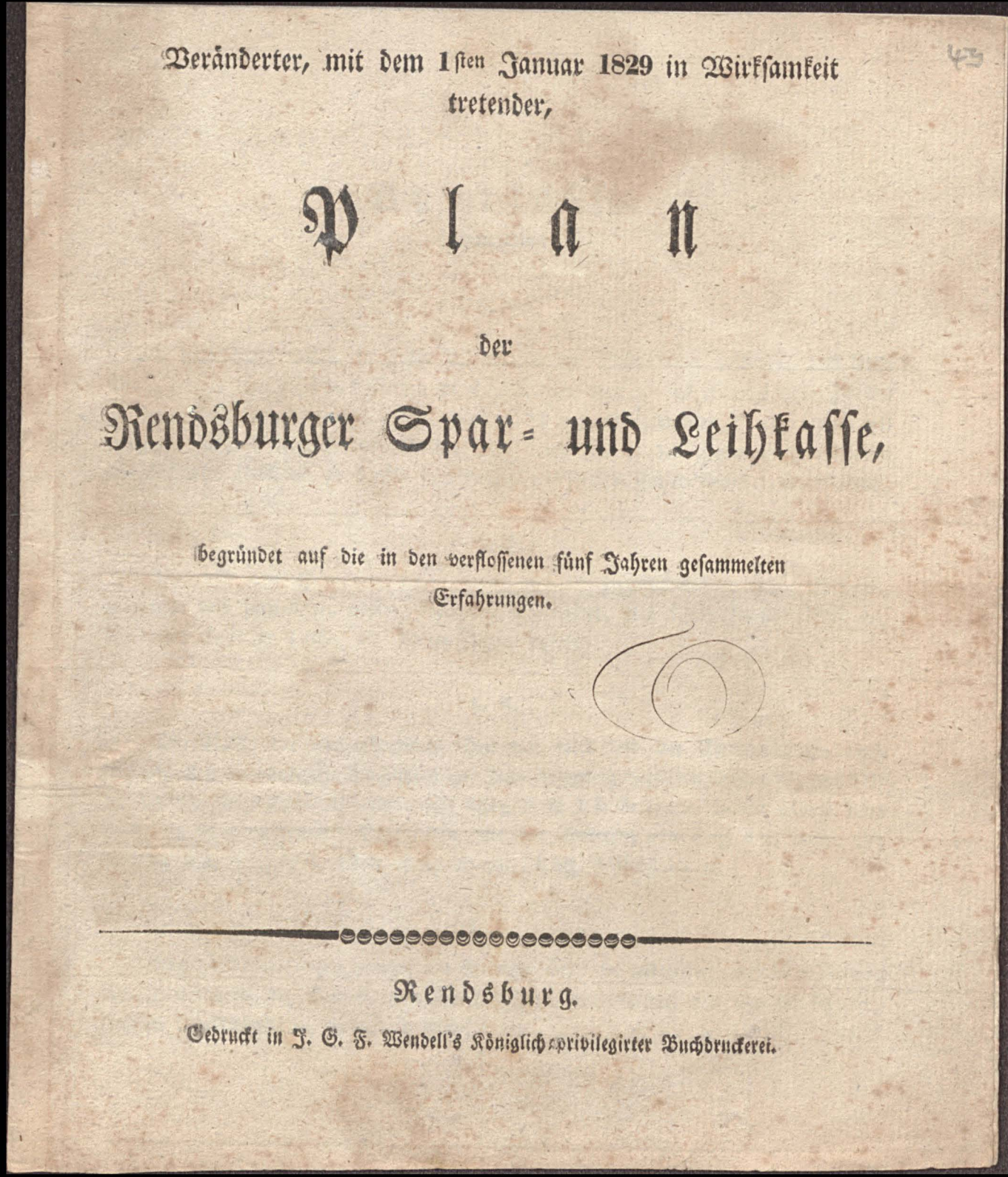
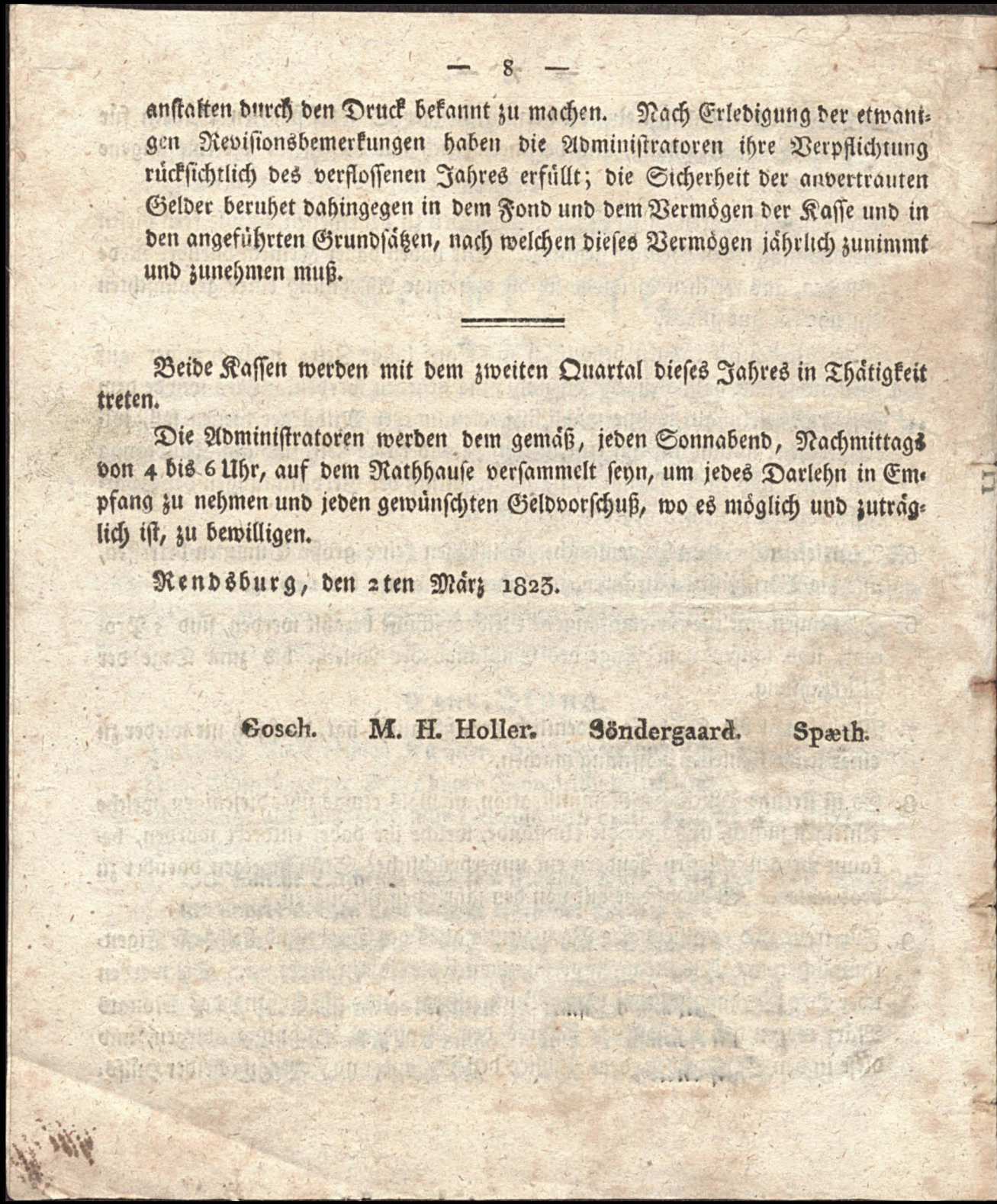
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

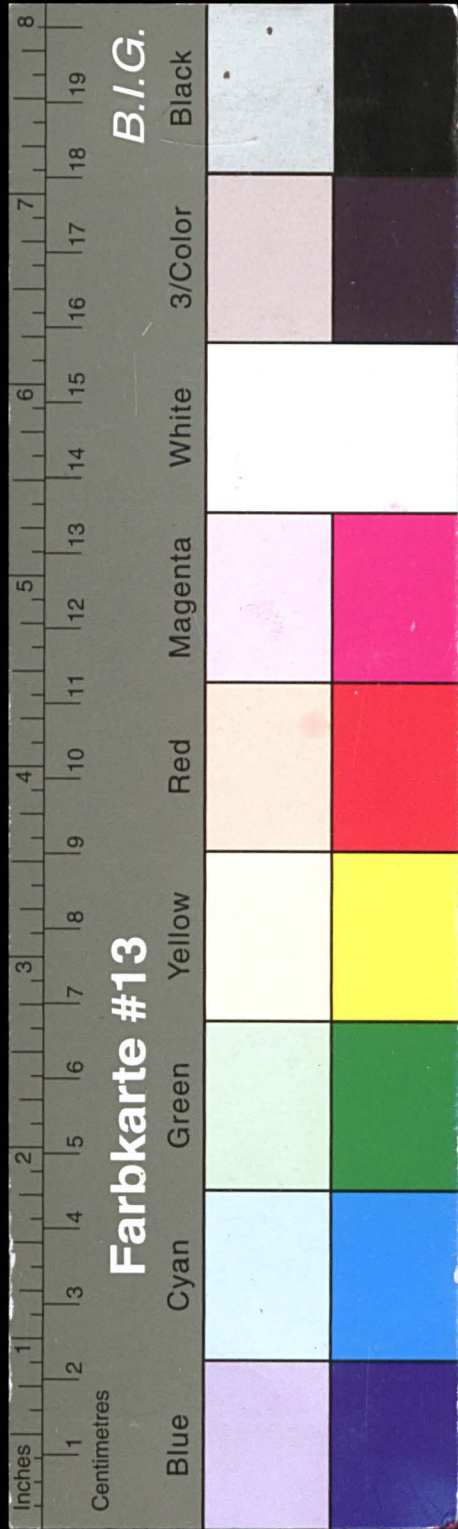




Kreisarchiv Stormarn E103

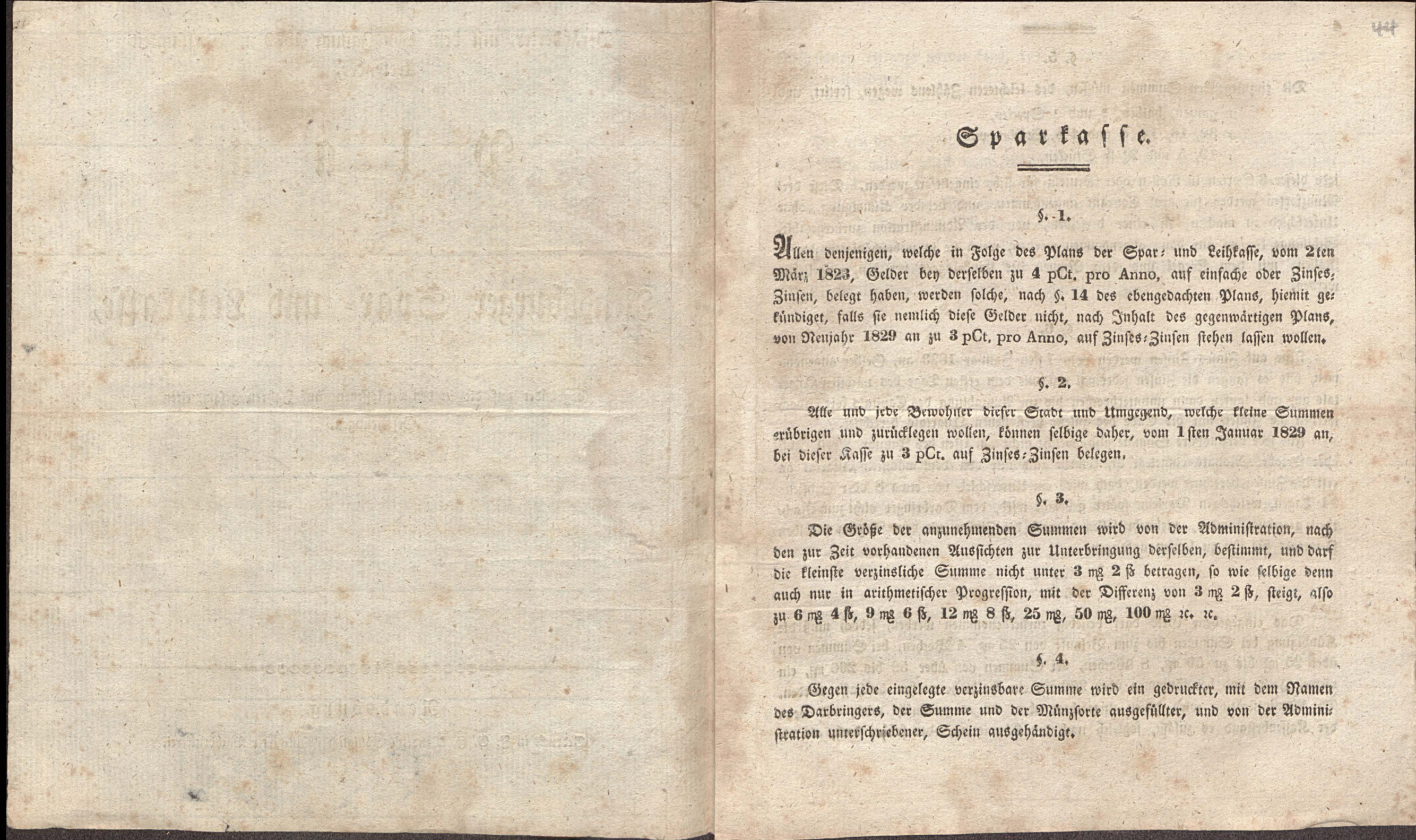
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

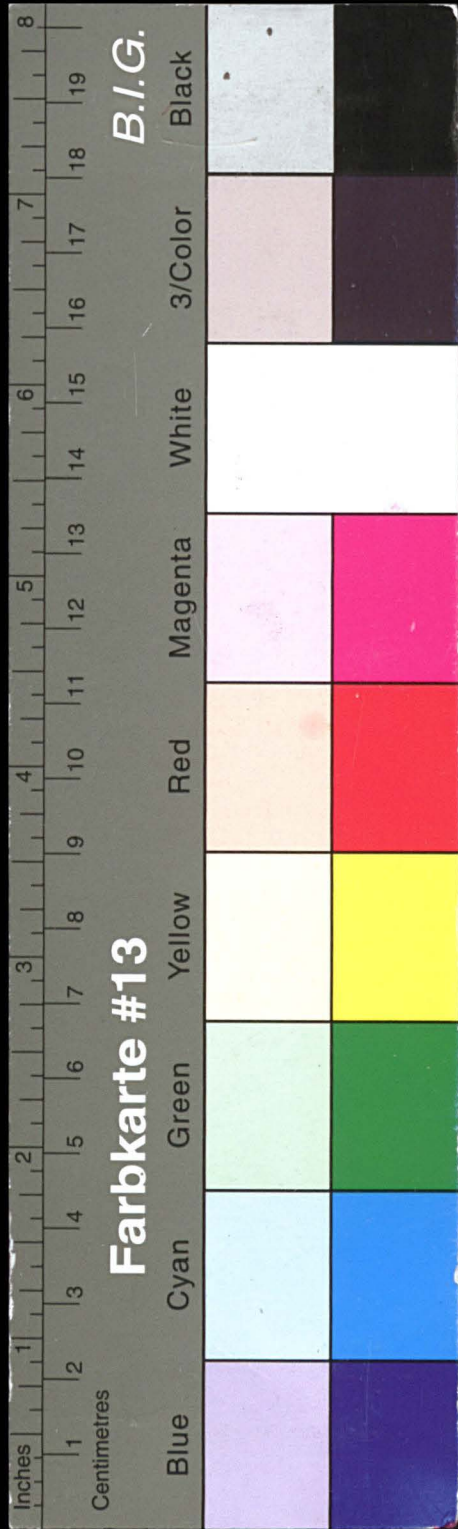




Kreisarchiv Stormarn E103

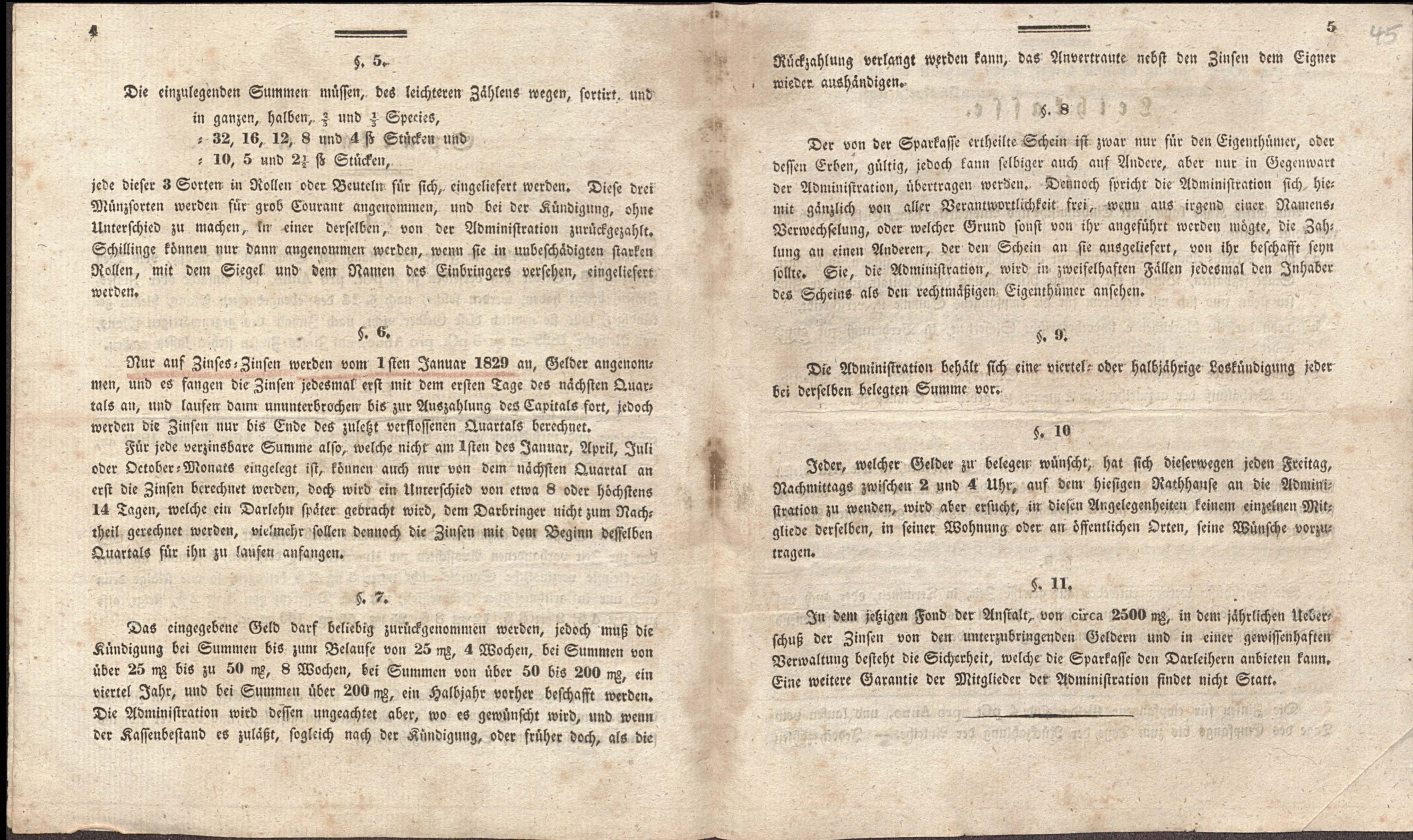
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

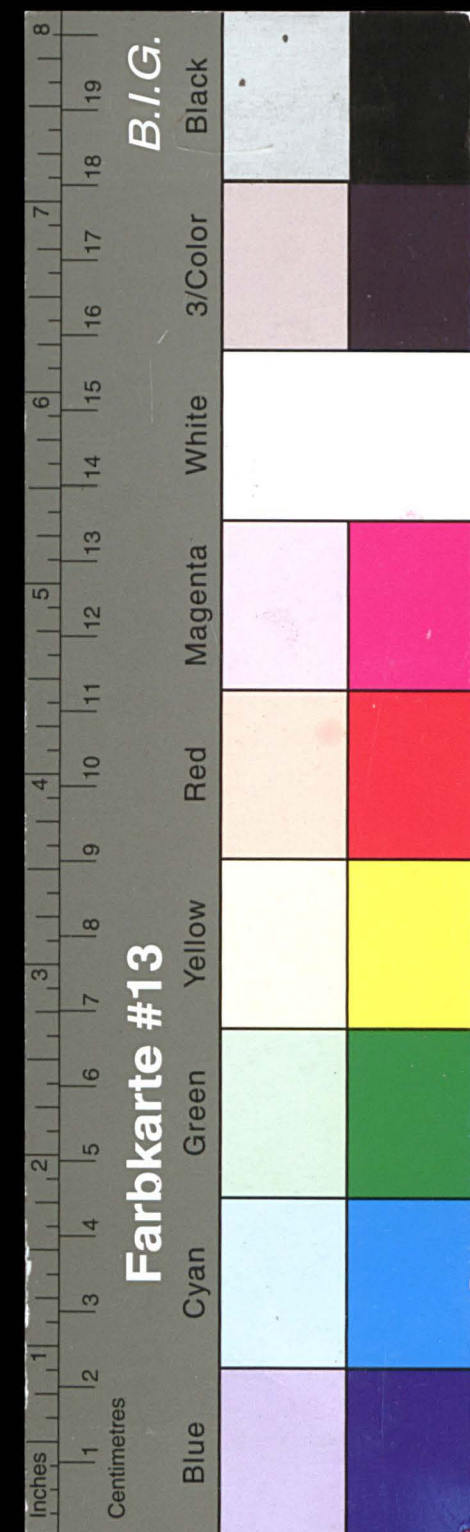




Kreisarchiv Stormarn E103

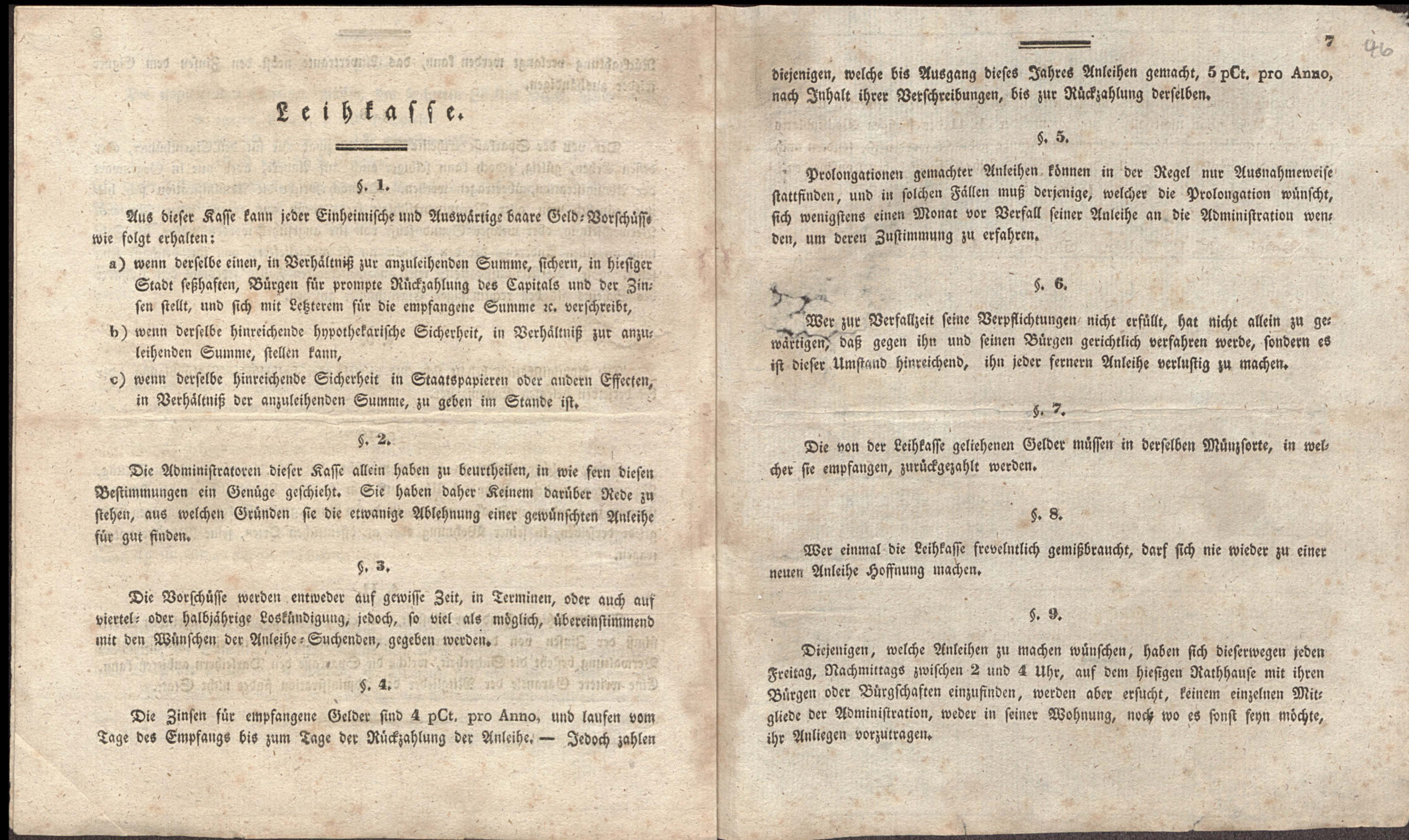
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

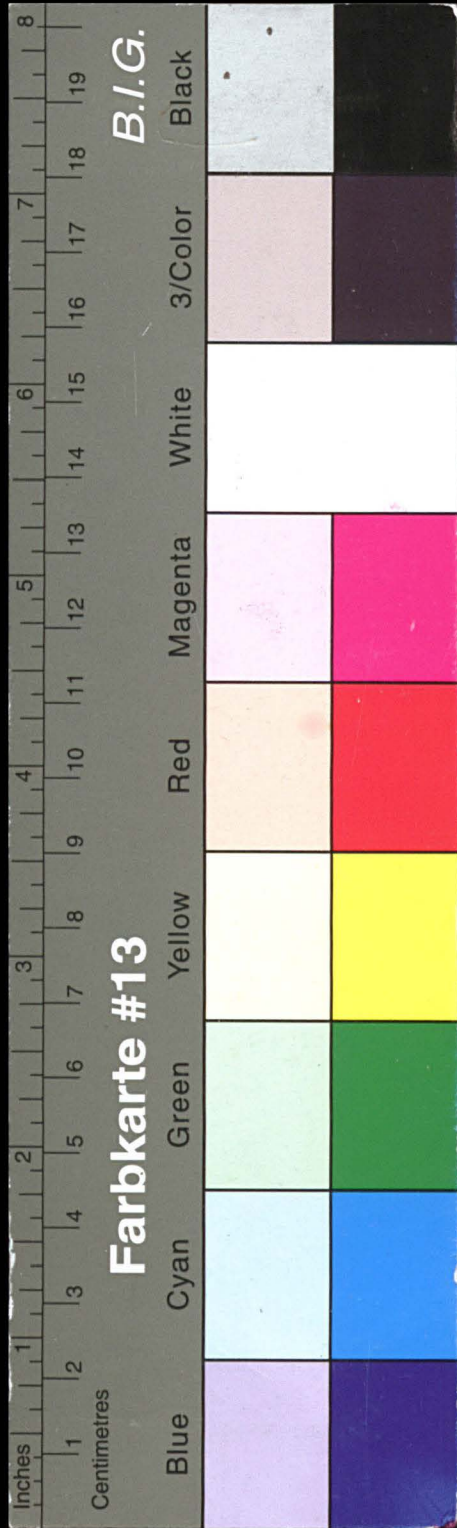




Kreisarchiv Stormarn E103

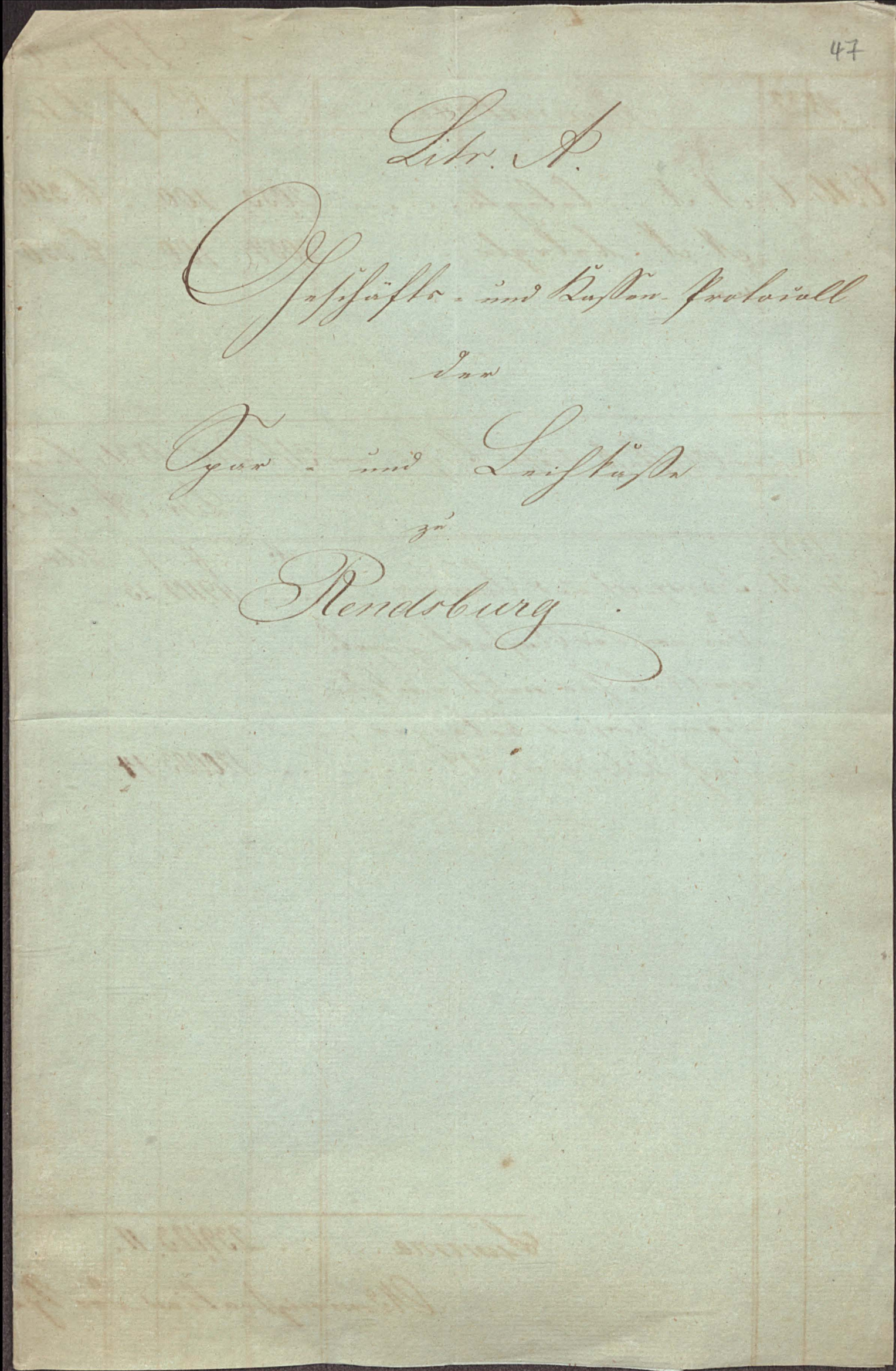
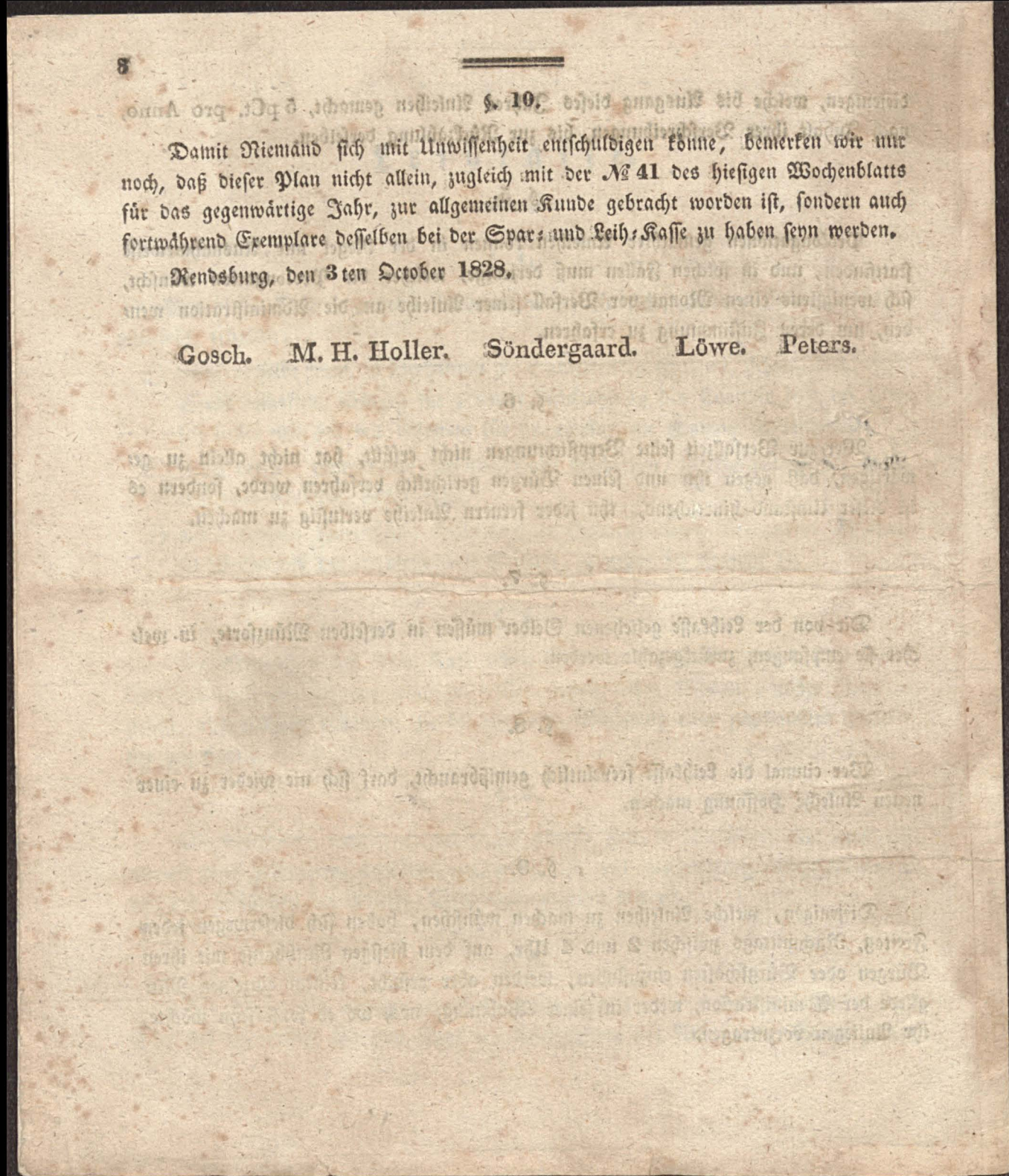
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552





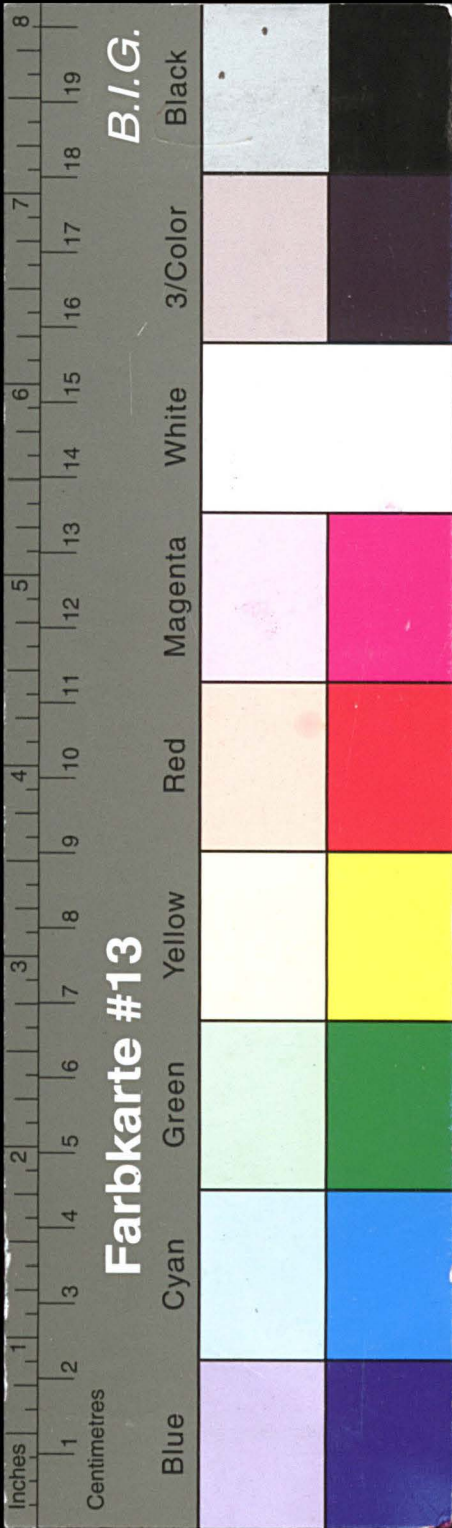
Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



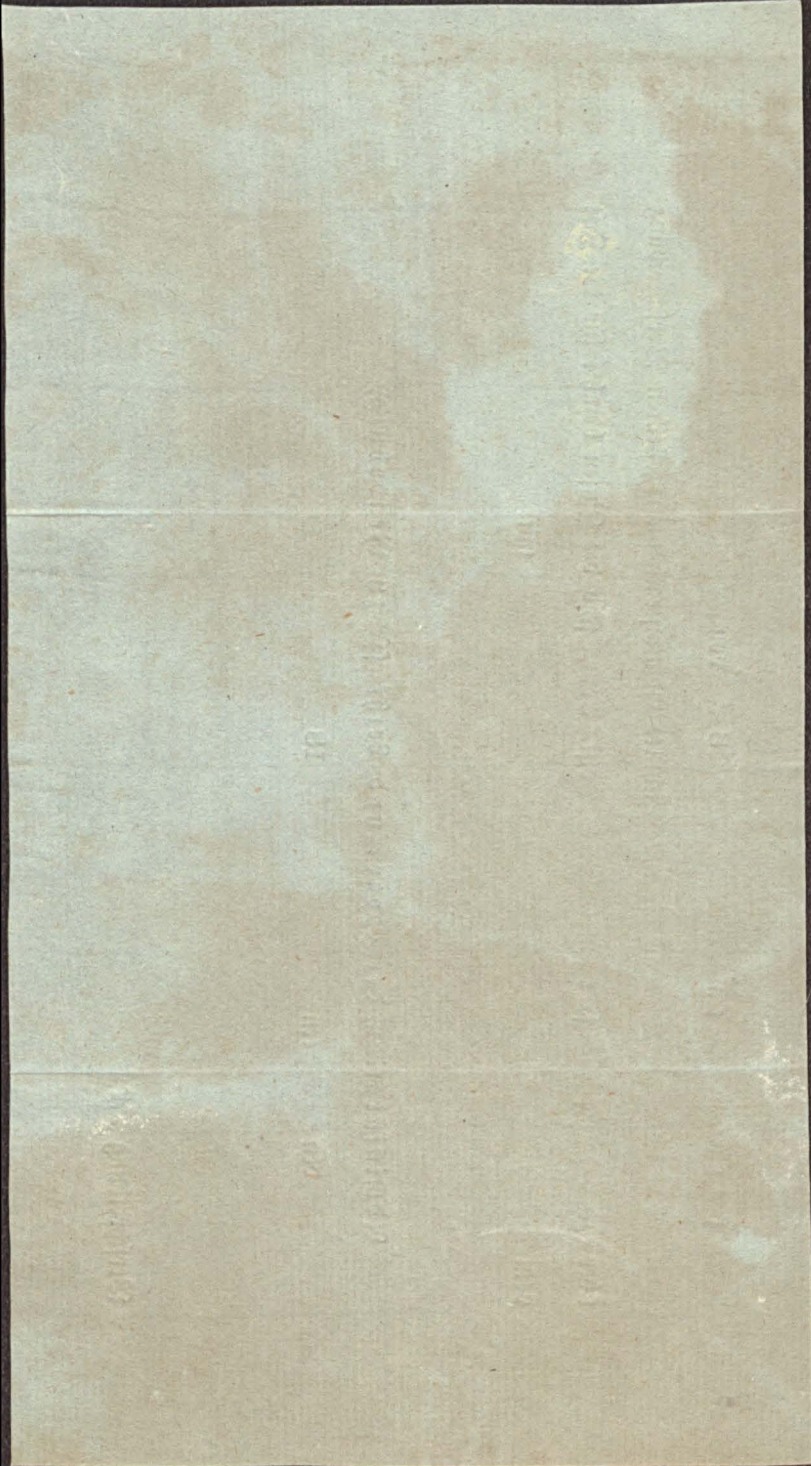


Von der unterm ten 18 von
an die unterzeichnete Administration ausgestellten Verschreibung
über mg 8 vormal. Schl. Hofst. Cour. sind die Zinsen bezahlt für die Zeit
vom mit
Mark Courant.
Administration der Spar- und Leihkasse zu Rendsburg,
den ten 18
Verschreibung N^o 21



Kreisarchiv Stormarn E103

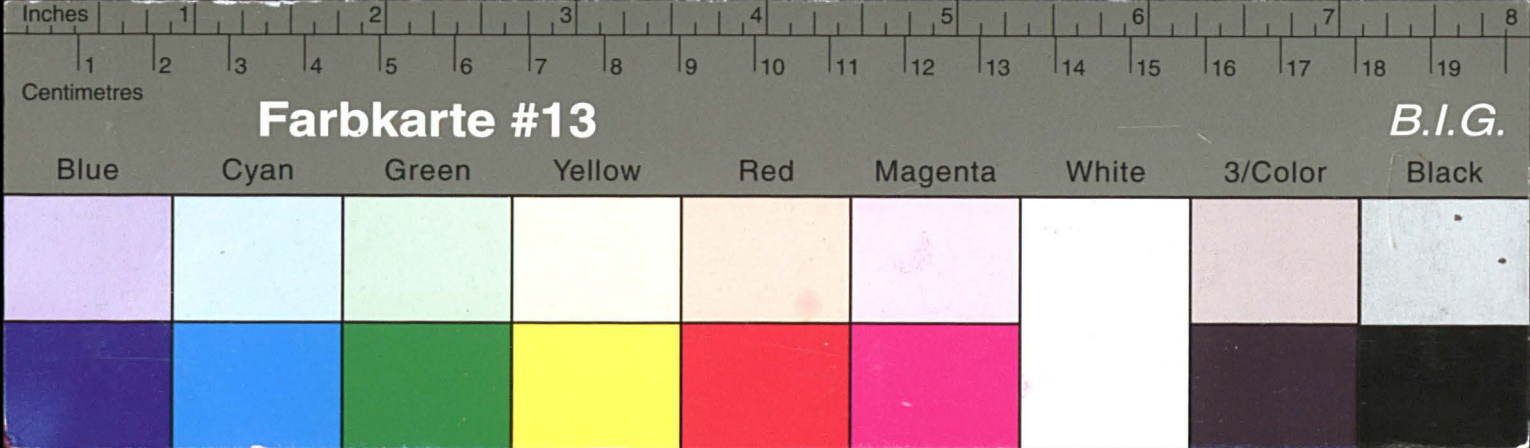
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



№ 49 Mark fl. Courant.

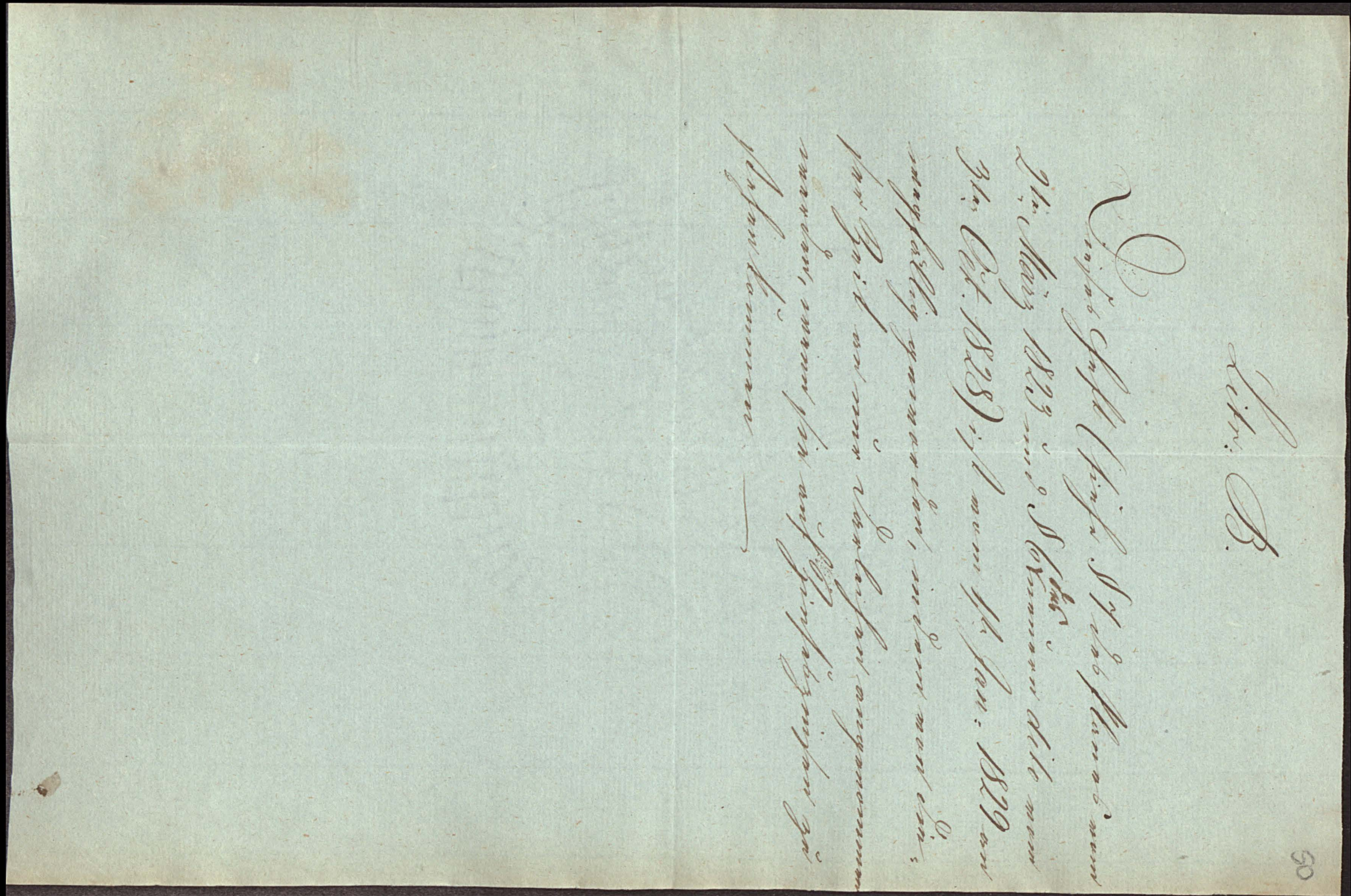
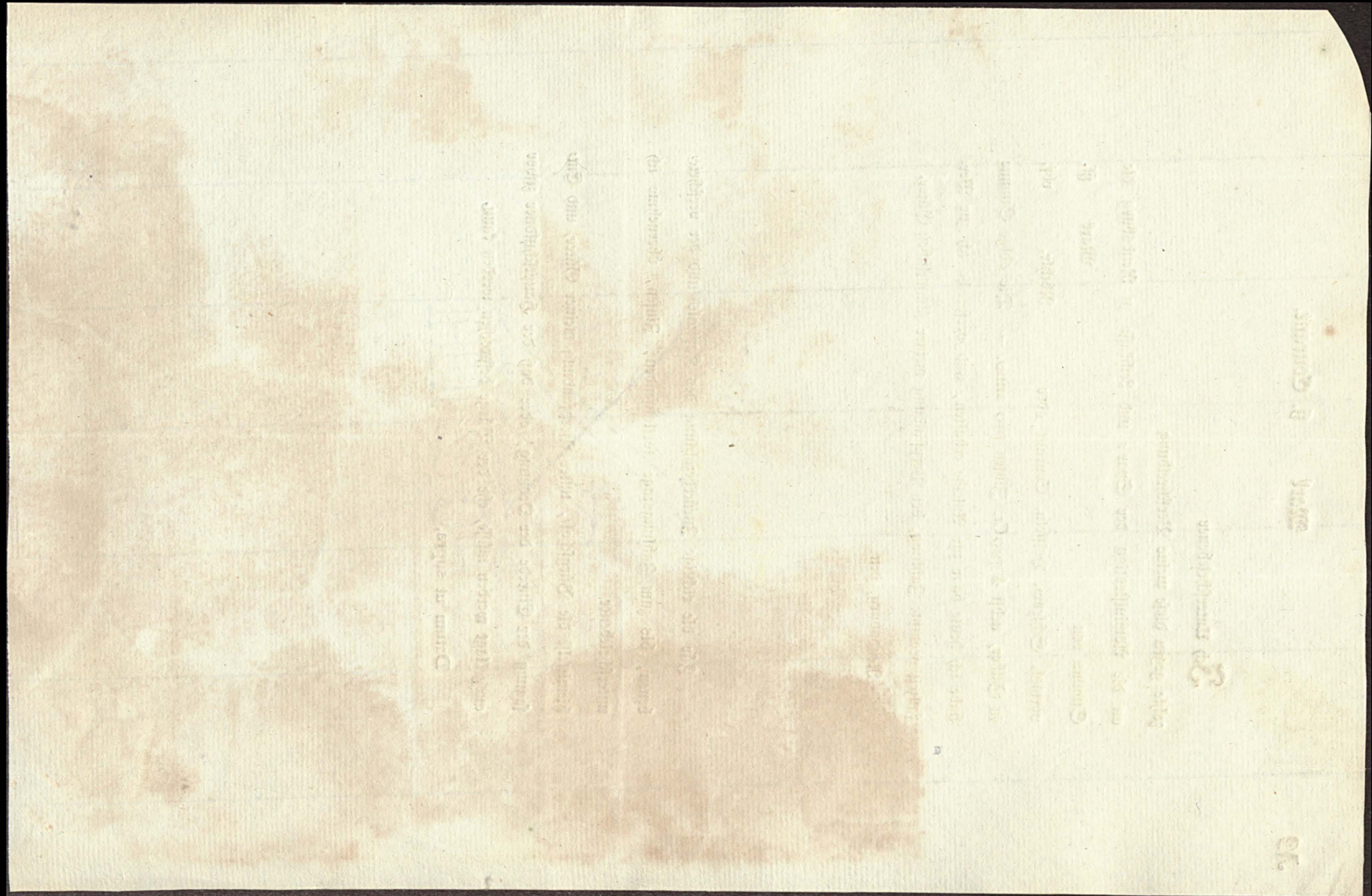
Ich Unterschriebener
zahle gegen diese meine Verschreibung
an die Administration der Spar- und Leihkasse zu Rendsburg die
Summa von Mark fl.
vormal. Schlesw. Holstein. Courant oder Rthlre. rbs.
in Silber, nebst 4 pro Ct. Zinsen pro anno. — Die obige Summe
habe ich heute baar zur Anleihe erhalten, und verspreche ich zur Ver-
fallzeit prompte Zahlung, bei Verpfändung meiner sämtlichen Güter.
Rendsburg, den

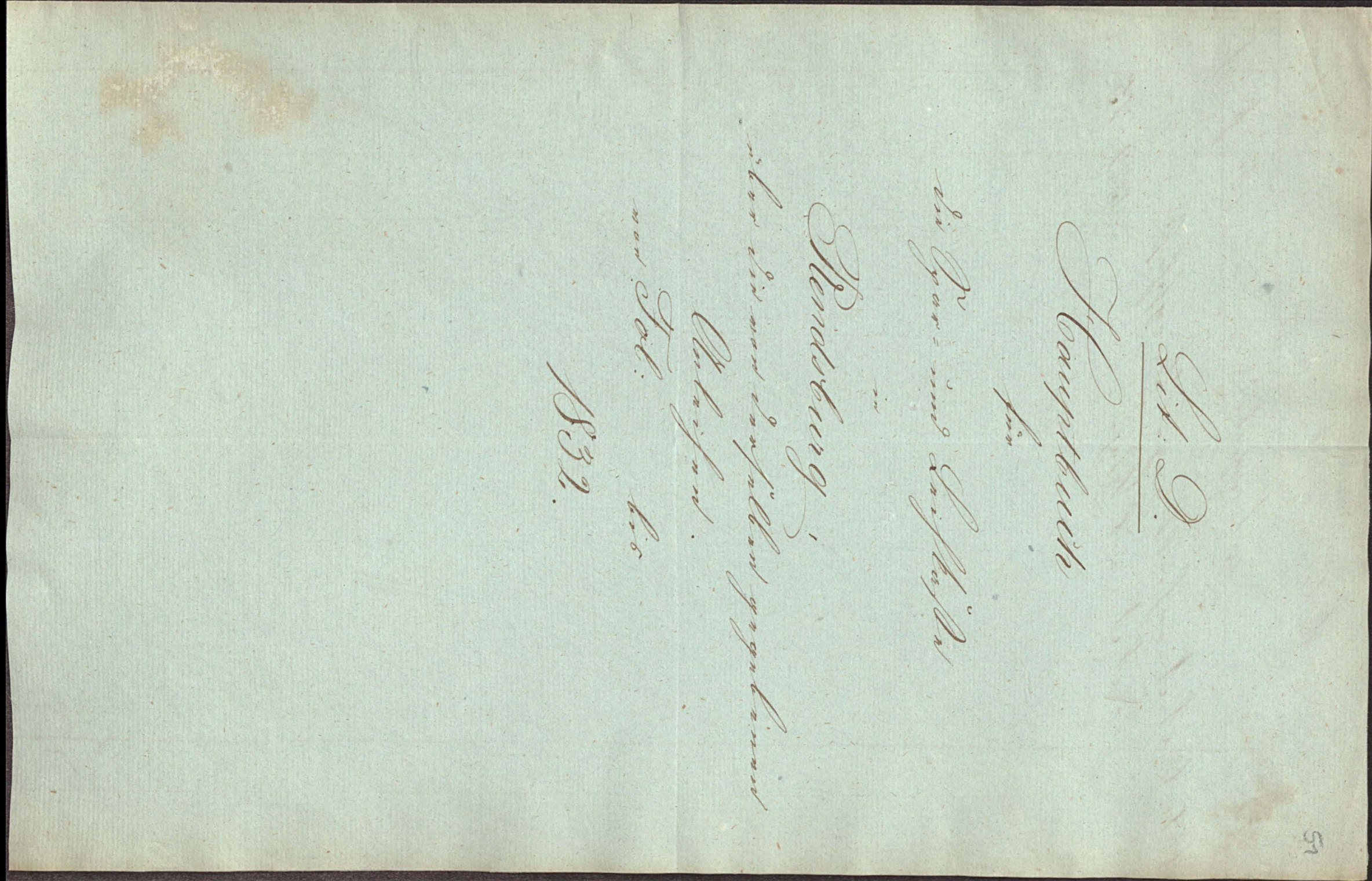
Für die richtige Zurückbezahlung des Kapitals und der verschrie-
benen, bis zum Zahlungstage fortlaufenden, Zinsen, übernehme ich
unterschriebener
hiemittelt die Bürgschaft, unter Verpfändung meiner Güter, und Ent-
sagung der Einrede der Ordnung, oder daß der Hauptschuldner zuvor
ausgeklagt werden müsse, ehe der Bürge besprochen werden kann.
Datum ut supra.

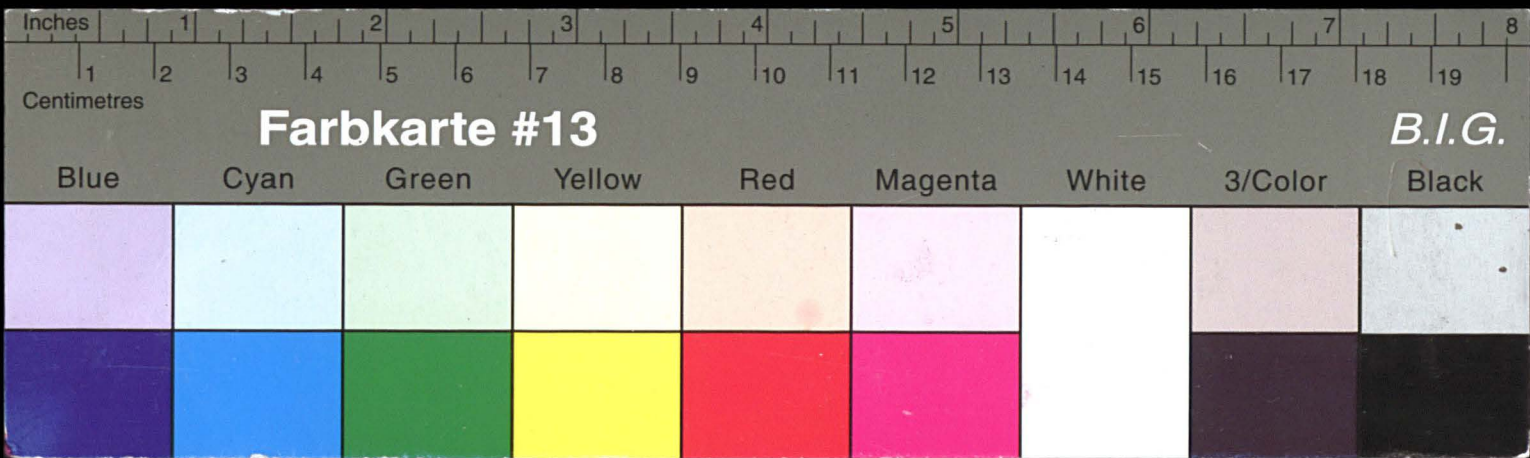


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552



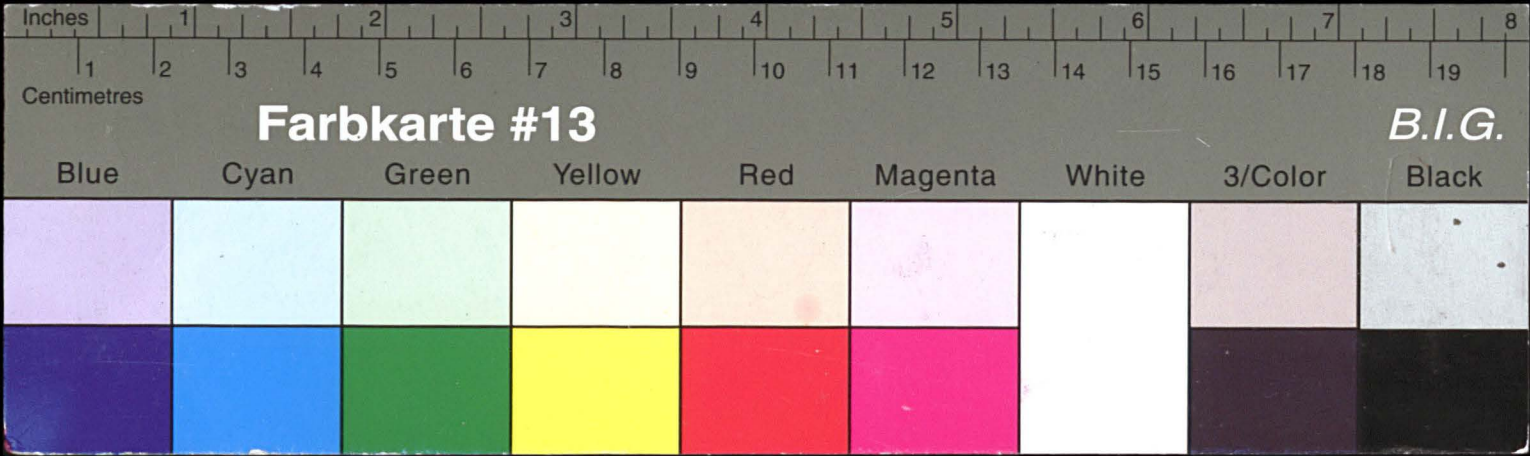




Kreisarchiv Stormarn E103

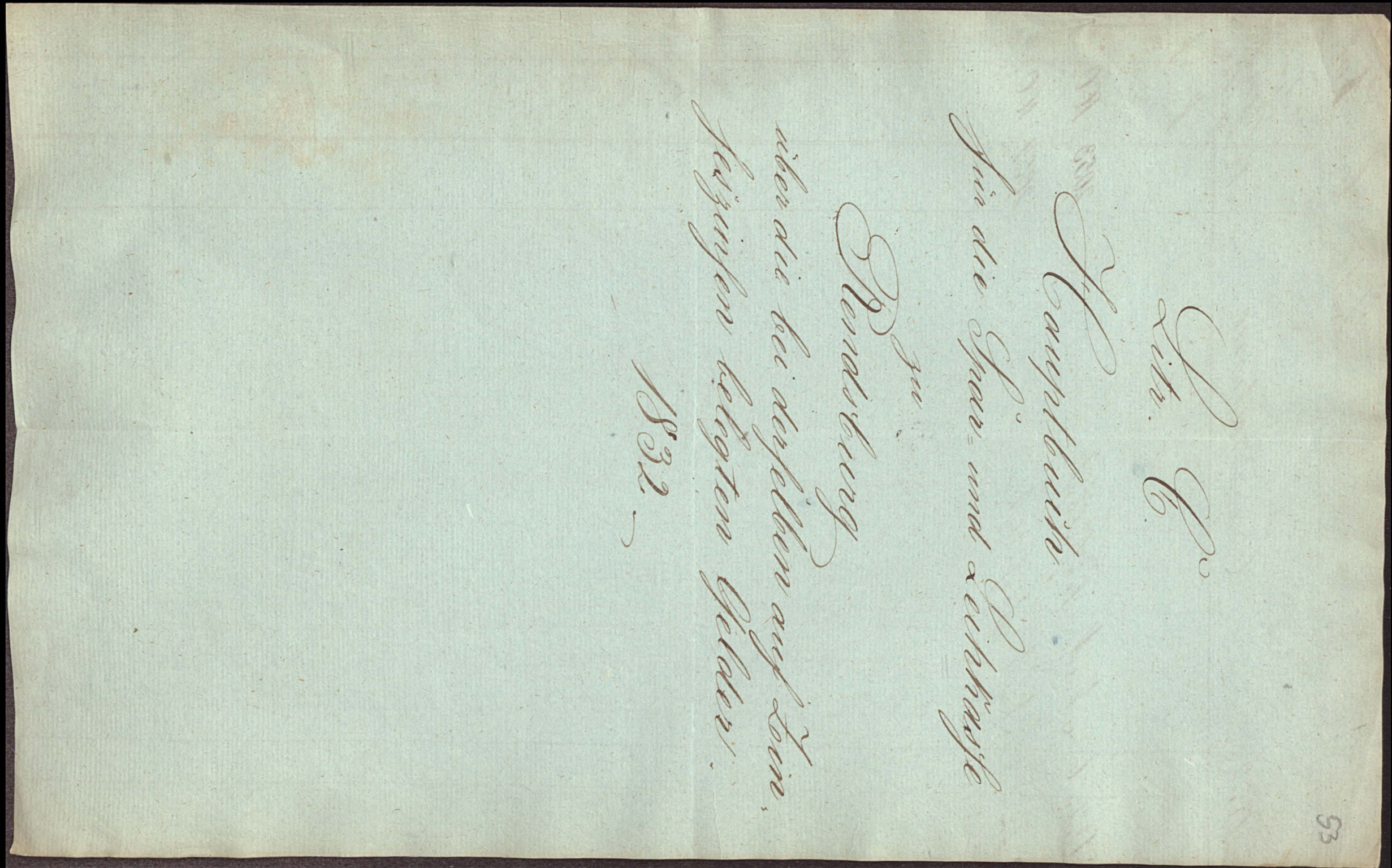
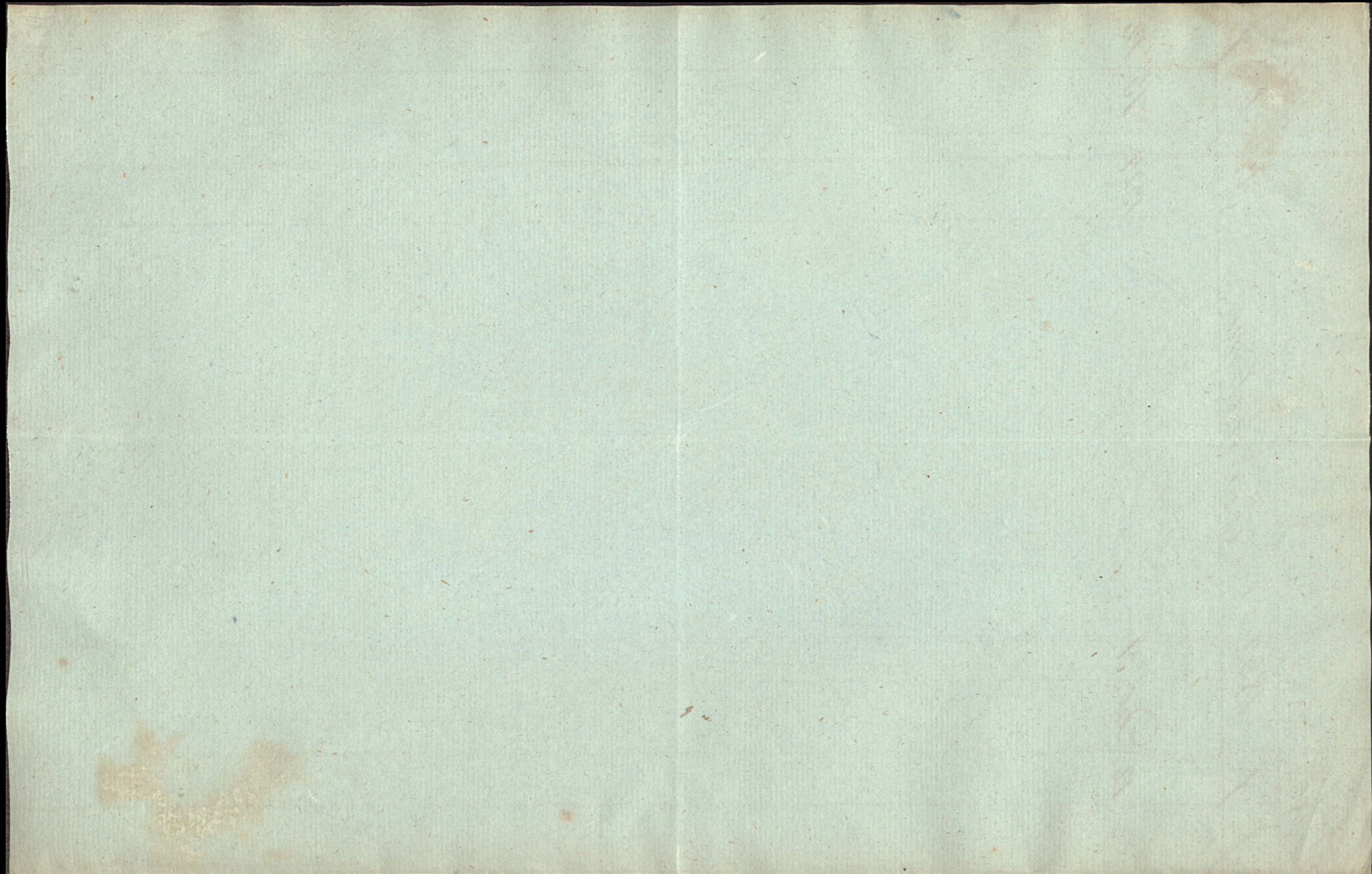
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

	Lib. D.	Century.	Printed 1832.				Century.
1832	Chicago	W. P.	P. P.	1832	Corinthian	W. P.	Century.
Ed. C. H. S. and J. S. S.	Chicago	1834	75	"	Dec. 21	1834	75

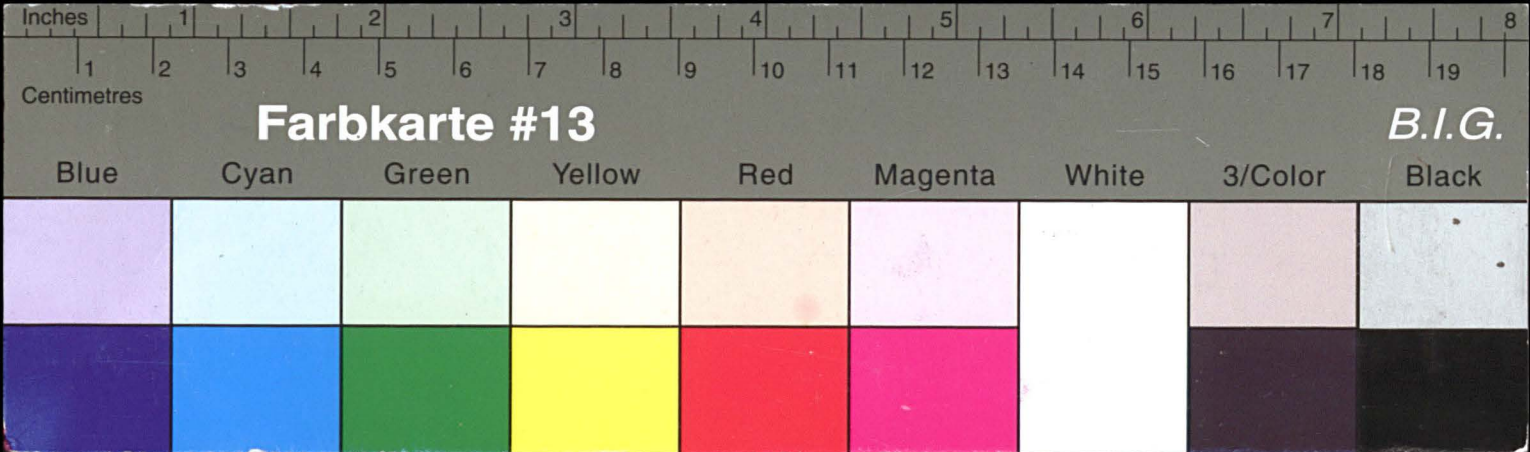


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

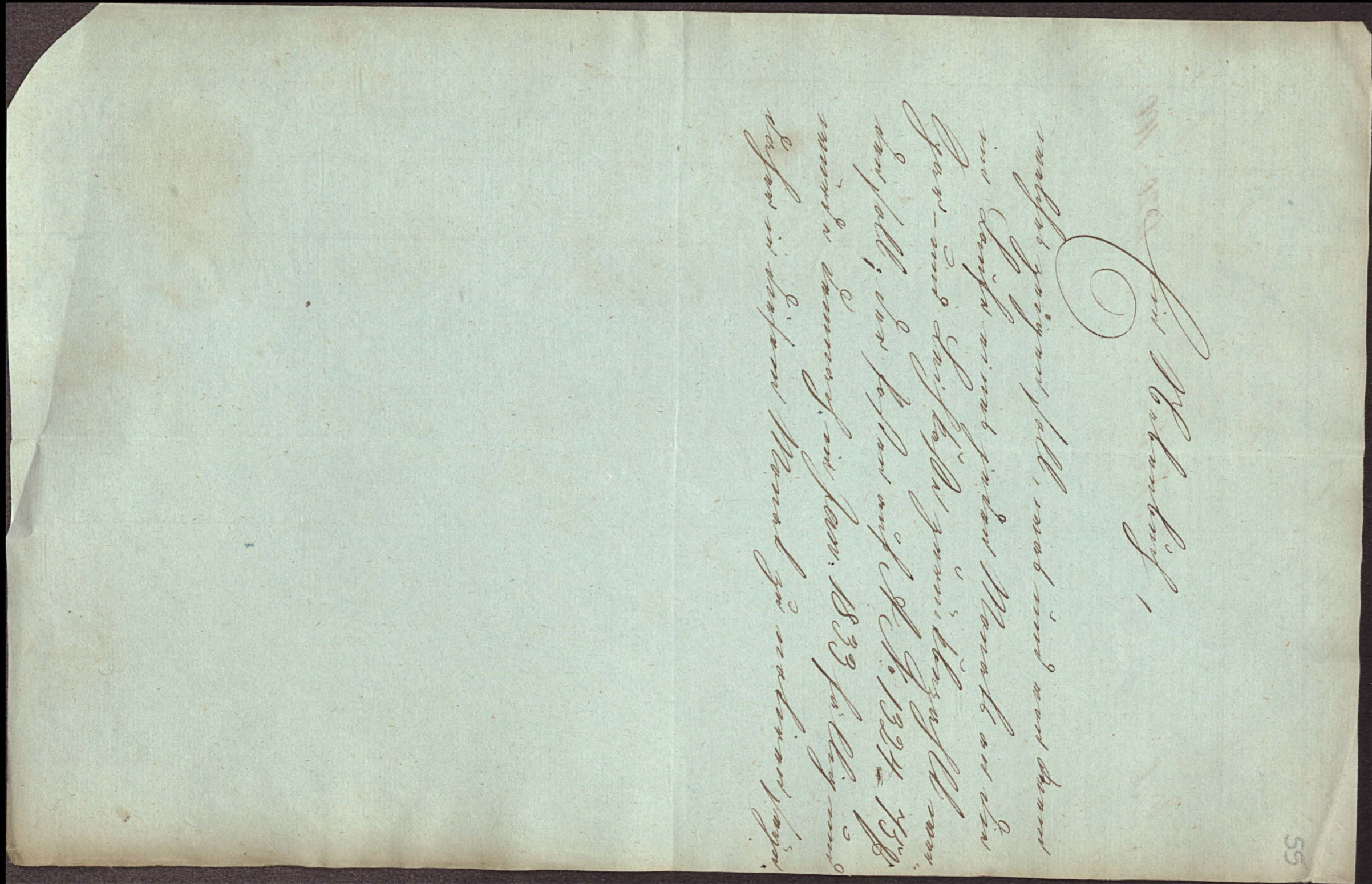
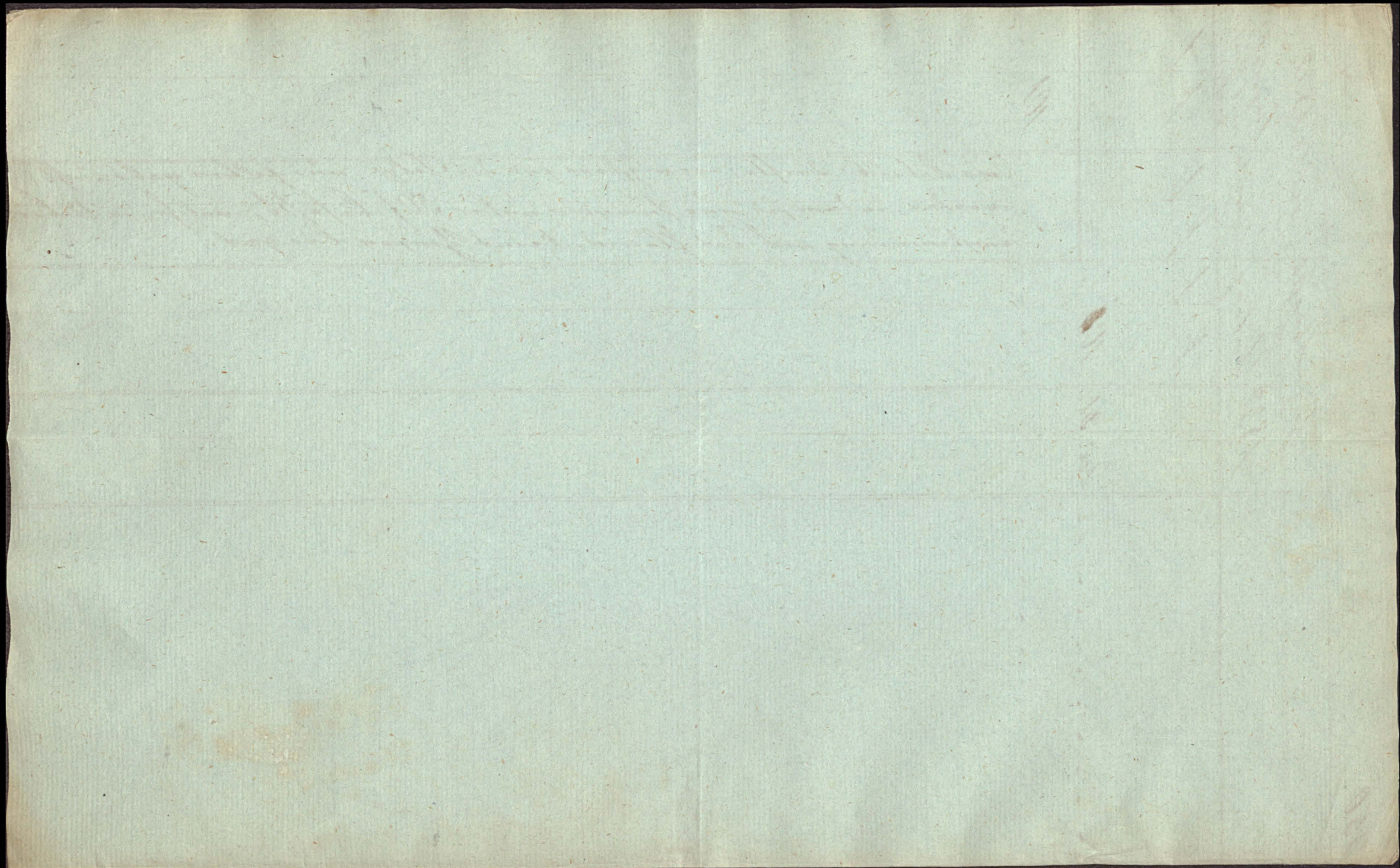


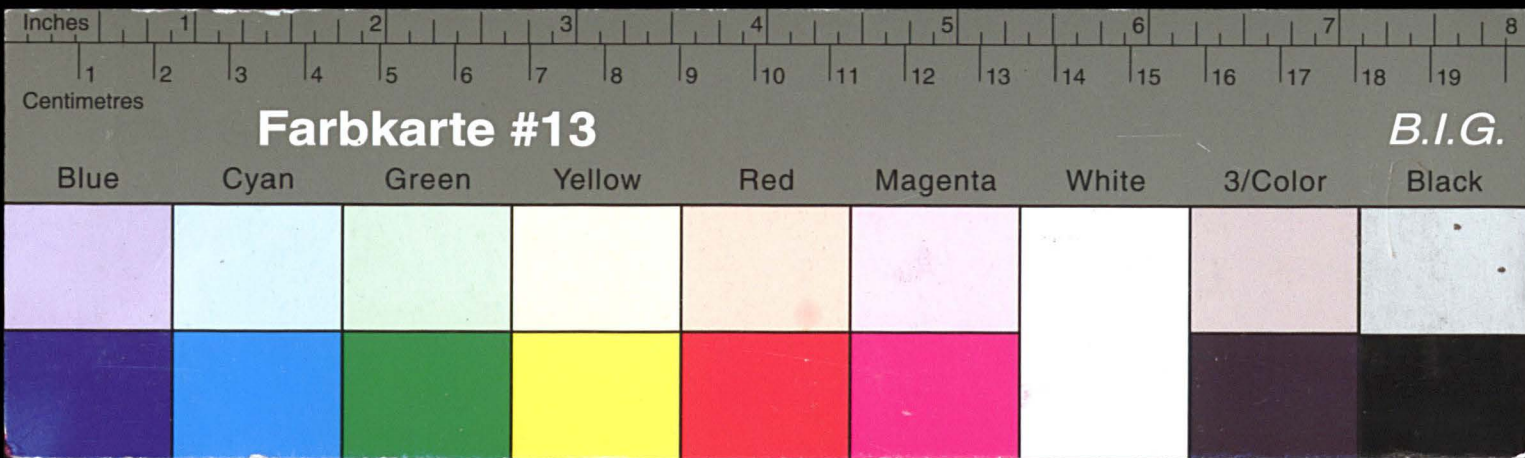
[illegible]



Kreisarchiv Stormarn E103

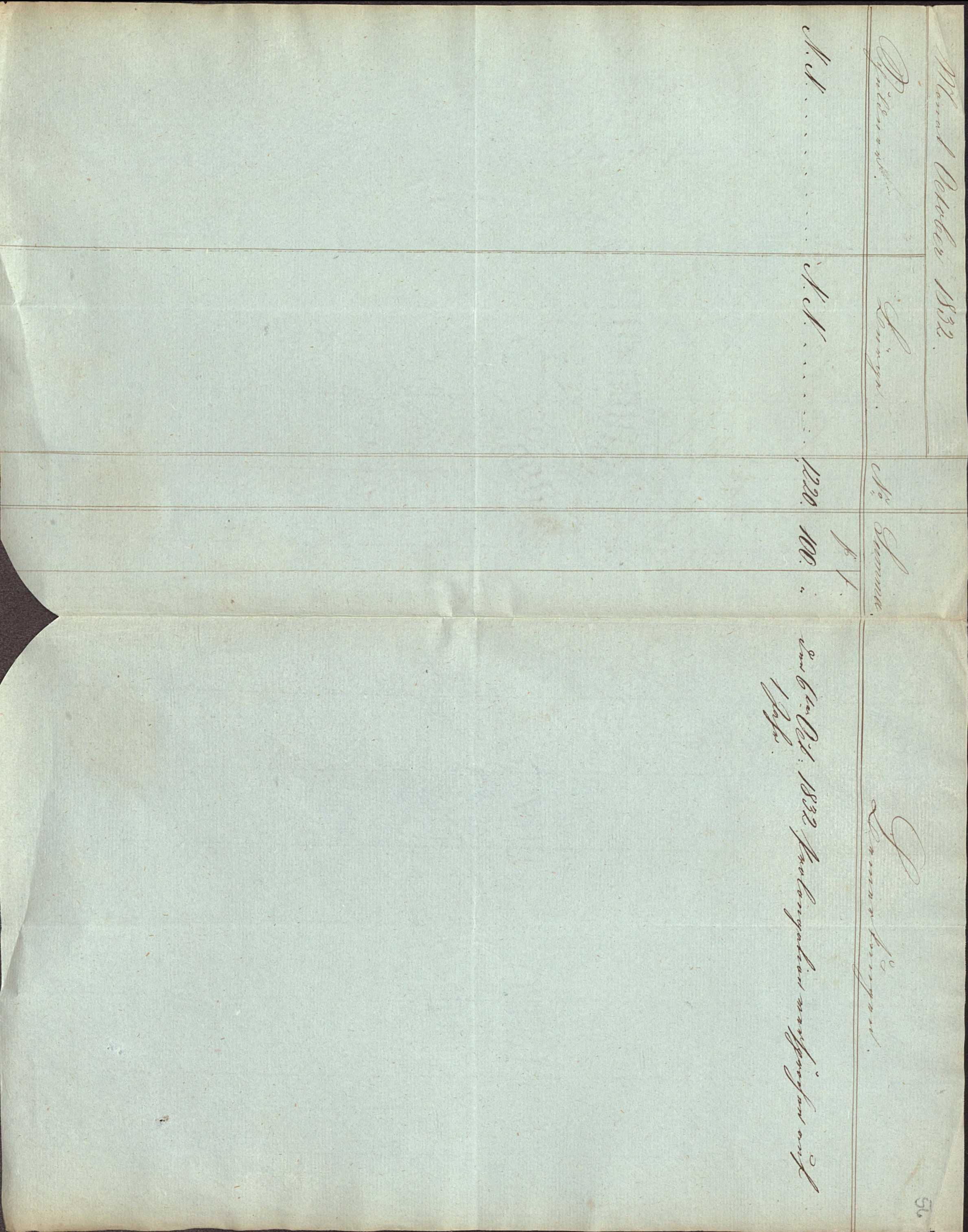
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

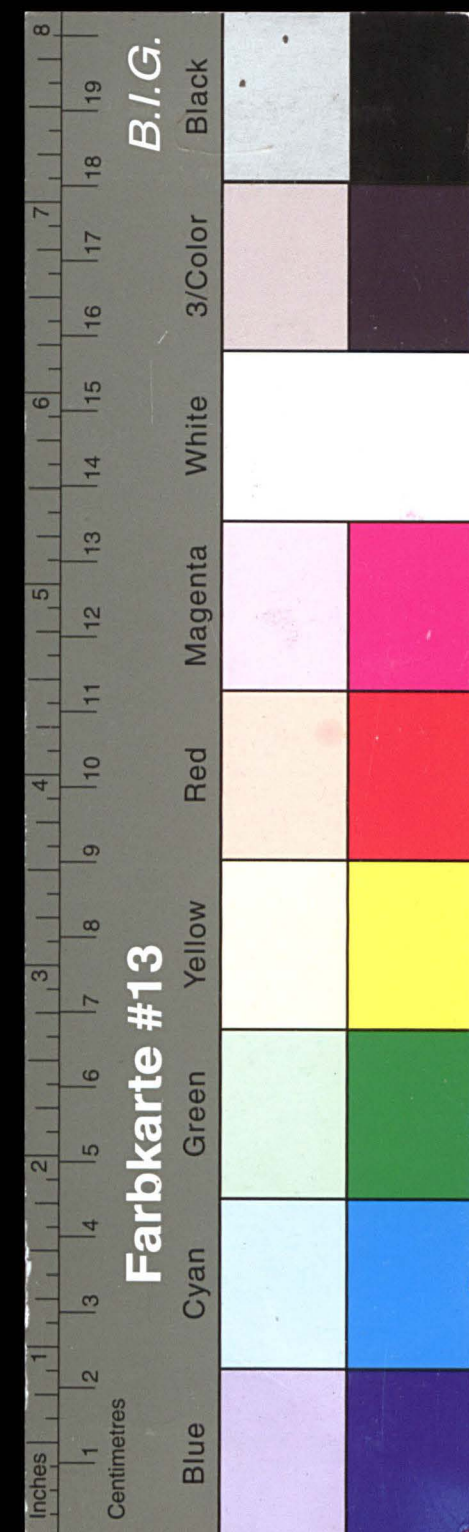




Kreisarchiv Stormarn E103

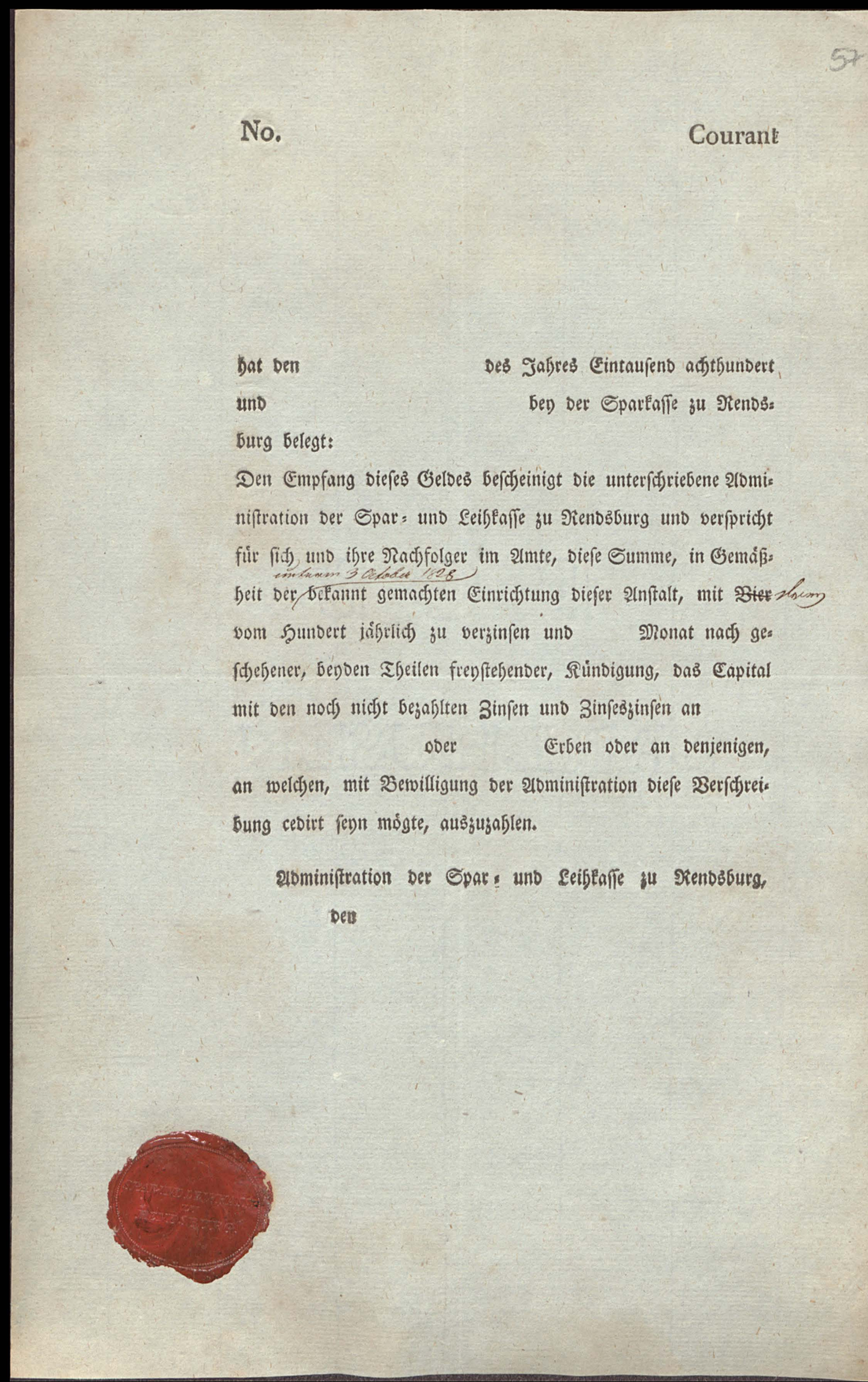
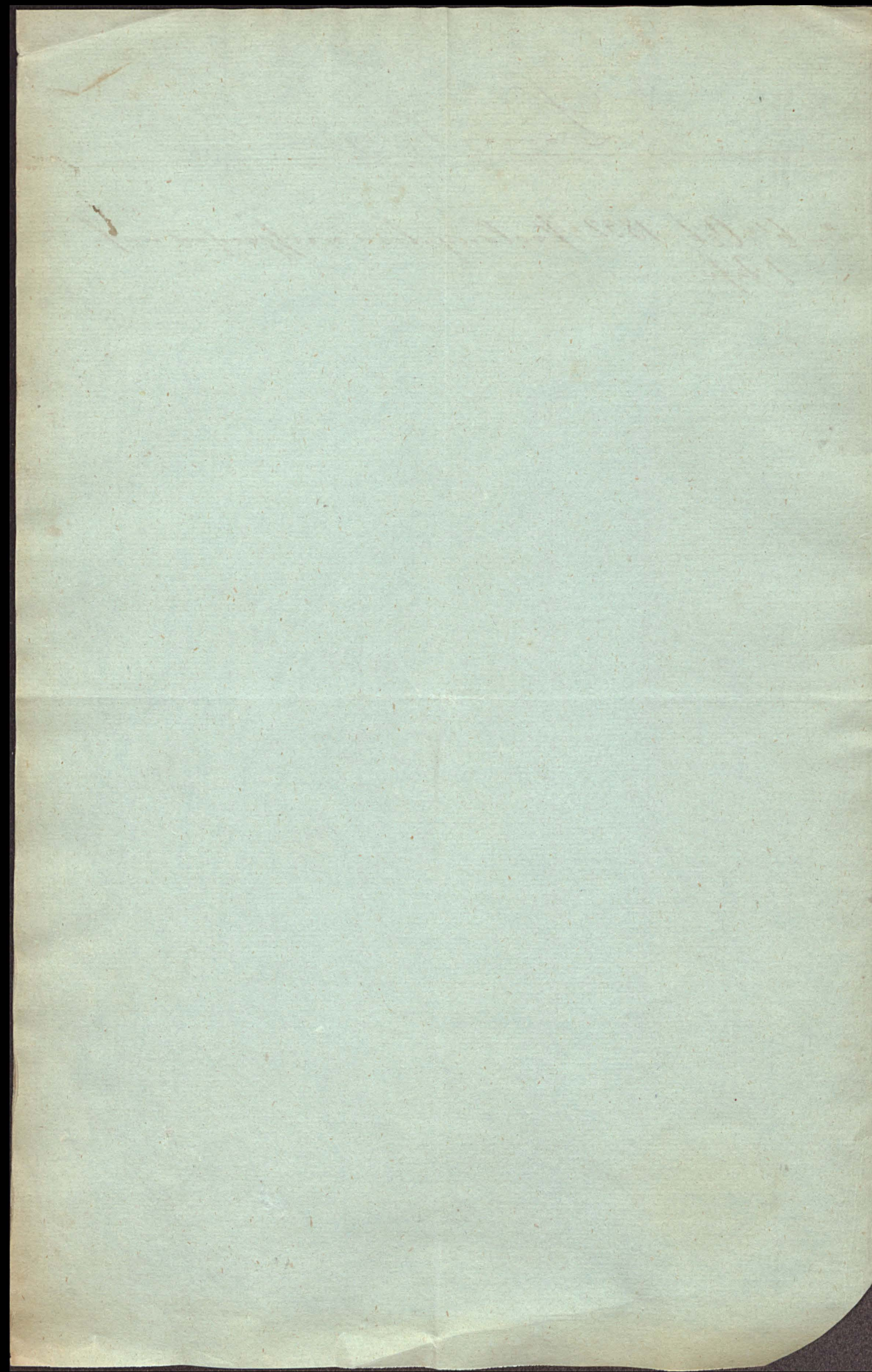
Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

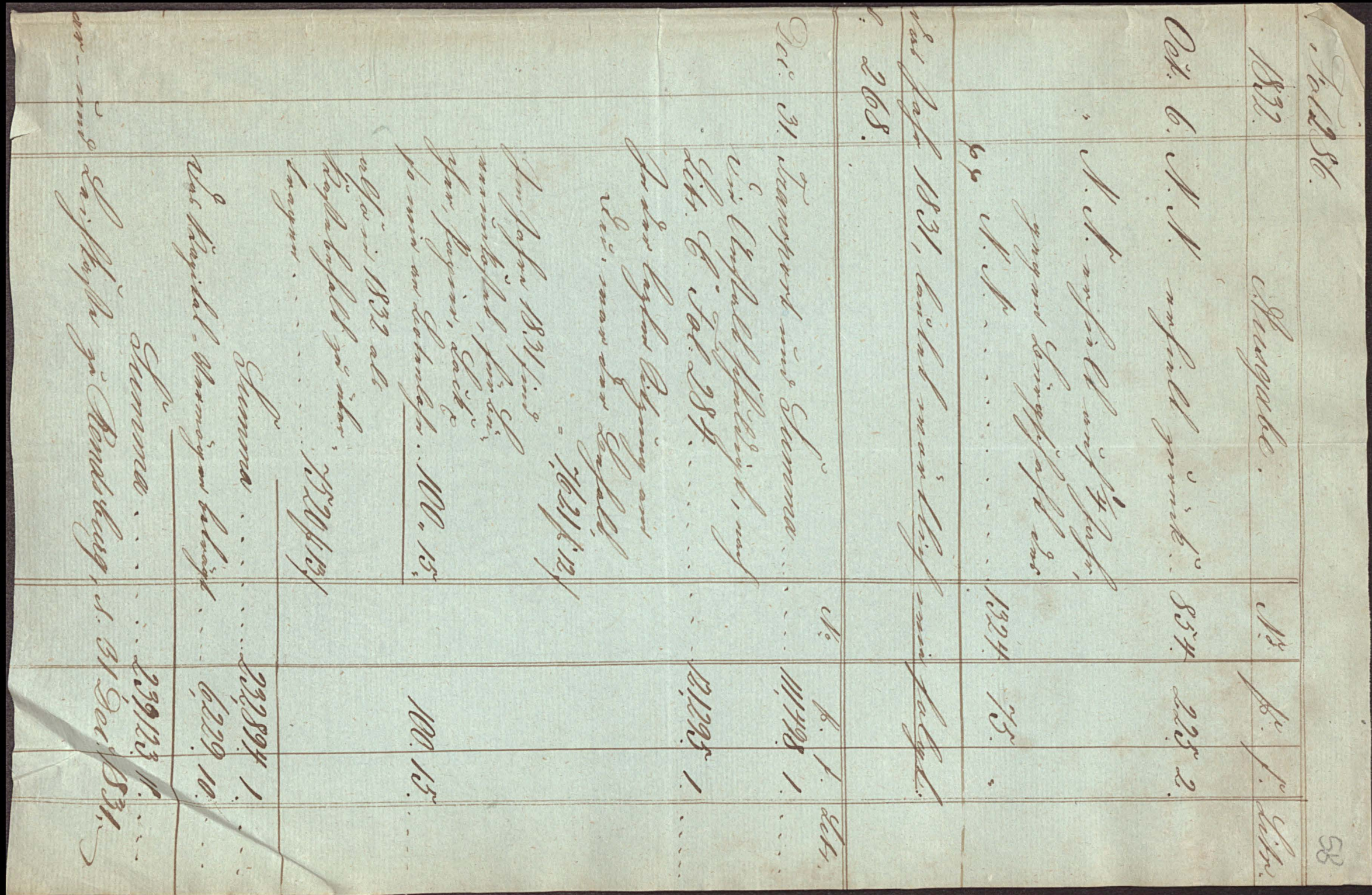


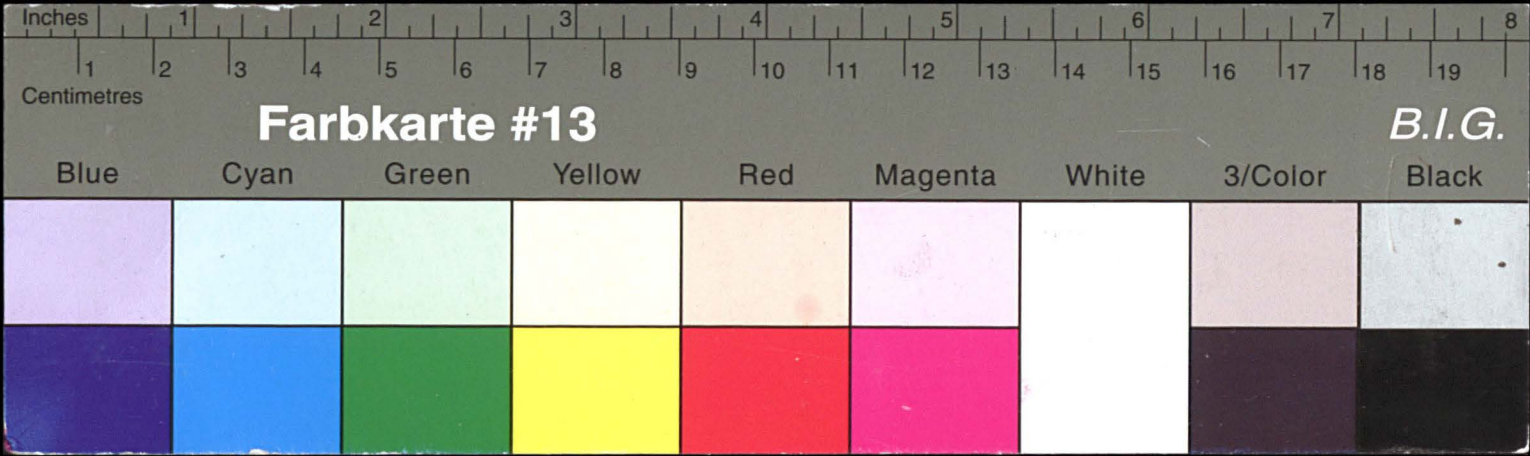


Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552







Kreisarchiv Stormarn E103

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) -
Projektnummer 415708552

